Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Demographischer Wandel:
Weiter und anders diskutiert ...

In 12 Essays aus verschiedenen Perspektiven betrachtet

IMPRESSUM

© 2023 BiB
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden

Direktorin: Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Tel. +49 (0)611 752235

www.bib.bund.de

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung
- auch auszugsweise - bedürfen der
ausdrücklichen Genehmigung des Bundesinstituts
für Bevölkerungsforschung (BiB)

Layout, Satz und Lektorat:

Ulrike Brunner, Sybille Steinmetz, Britta Müller

Druck:

Hausdruckerei des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden

Erschienen im September 2023

urn:nbn:de:bib-var-2023-034

Bildnachweis: babaroga/Adobe Stock (Titelfoto), Klaus Gigga (7), Peter-Paul Weiler für BiB (9, 15, 18, 22, 25, 28, 34, 39, 40, 47, 50, 53, 55, 60, 66, 68), Bettina Ausserhofer/Hertie School of Governance (13), Anna E. Kluge (19), Daniela Grunow (23), DZHW (30), Michael Holstein (36), Astrid Eckert (42), Natascha Nisic (45), Aliona Kardash/TU Dortmund (51), Domantas Jasilionis (57), Berlin-Institut (62), Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) (69

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Den demographischen Wandel weiter und anders diskutieren …

Fehlende Kitaplätze und der Mangel an Lehrkräften, die Lebensumstände Zugewanderter und ihrer Nachkommen oder die in Rente gehenden Babyboomer – das alles sind Themen, die vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Deutschland an Bedeutung gewonnen haben.

Zum demographischen Wandel der vergangenen Jahrzehnte gehört aber auch, dass die Lebenserwartung steigt, wenn auch nicht so stark wie in fast allen westeuropäischen Ländern. Und auch das: Frauen und Männer werden später Eltern, die Familienstrukturen verändern sich, mehr Personen leben alleine, die Mobilität der Bevölkerung zeigt neue Muster. Unübersehbar ist auch, dass zunehmend mehr Menschen, die in Deutschland leben, nicht hier geboren sind und die 84 Millionen Menschen in Deutschland jetzt Teil von mehr als acht Milliarden Erdenbürgern sind.

Die nationale und globale Bevölkerungsentwicklung, die sich aus Geburten, Wanderungsbewegungen und Lebensdauer ergibt, sind die klassischen Themen der demographischen Forschung – und damit auch des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB). In den vergangenen Jahren sind viele Themen hinzugekommen, die über die klassischen demographischen Fragestellungen hinausweisen: Es geht nicht nur darum, Köpfe zu zählen, sondern zu ergründen, was in den Köpfen der Menschen vorgeht. Ebenso wie die internationale Bevölkerungsforschung hat auch das BiB sein Themenspektrum erweitert: So untersuchen wir heute unter anderem, wie sich das Humanvermögen der Gesellschaft verändert oder was das Wohlbefinden für die Demografie bedeutet.

Beschäftigte am BiB haben sich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen anderer Forschungseinrichtungen in zwölf Beiträgen Themen zugewandt, die den demographischen Wandel ebenso klassisch wie modern betrachten. Diese Beiträge haben wir in diesem Band gebündelt, nachdem sie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in der gedruckten Zeitung oder bei FAZ.NET veröffentlicht wurden. Erschienen sind sie zwischen Mai und August 2023, im Jahr des 50. Jubiläums des BiB. Wir wünschen Ihnen viel Freude beim erstmaligen oder wiederholten Lesen und freuen uns auf viele weitere Jahre der Bevölkerungsforschung mit alten und neuen Themen!

Daniel Deckers, Katja Patzwaldt, C. Katharina Spieß

Inhalt

1. Der demographische Wandel betrifft jeden 5
Die Veränderungen des Bevölkerungsaufbaus wirken sich nicht nur auf den Arbeitsmarkt und die Rentenversicherung aus. Politik und Gesellschaft stehen vor viel umfassenderen Aufgaben.

2. Kriegen die Deutschen bald weniger Kinder? 12
In Deutschland werden wieder mehr Kinder geboren: Seit wenigen Jahren liegt die Geburtenziffer hierzulande mit 1,5 Kindern pro Frau im europäischen Mittelfeld. Aber die vielen Krisen werden wohl bald ihre Spuren hinterlassen.

3. Kinderwunsch und Wirklichkeit 17
Die Reproduktionsmedizin hat in Deutschland einen überschaubaren, aber tendenziell steigenden Einfluss auf die Entwicklung der Geburtenrate. Die Grenzen der medizinisch assistierten Reproduktion sind nicht unerheblich.

4. In der Warteschleife 21
Nach wie vor sehen sich Mütter mit Benachteiligungen und erheblichen Hindernissen bei der Karriereentwicklung konfrontiert. Ein Gastbeitrag über die Ursachen und mögliche Lösungen.

5. Wie lassen sich die Bildungspotentiale ausschöpfen? 27
Der demographische Wandel macht auch vor dem Bildungssystem nicht halt. Die Aufgaben werden größer und vielfältiger, die Zahl der Fachkräfte eher kleiner. Zu Resignation besteht jedoch kein Anlass.

6. Einwanderung im internationalen Wettbewerb gestalten 33
Einwanderung wird auch künftig eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der demographischen Herausforderungen spielen. Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt im Ausland zu gewinnen wird aber nicht leichter.

7. Stadt, Land, dazwischen 38
Die Trends der Binnenwanderung spiegeln die Präferenzen für städtische oder ländliche Wohnorte wider. Lange Zeit haben die Städte vom Zuzug profitiert. Vor einigen Jahren hat sich der Trend umgekehrt. Gute Aussichten für das Land?

8. Pendeln für die Arbeit, ja oder nein? 43
Die Anforderungen an die Flexibilität von Erwerbstätigen nehmen zu, doch die Umzugsbereitschaft sinkt. Vor allem Paare stehen vor schwierigen Entscheidungen.

9. Alterung: Fluch oder Segen? 49
Dass wir immer länger und gesünder leben, ist ein historischer Gewinn für den Einzelnen. Vier Vorschläge, wie es auch zu einer Erfolgsgeschichte für die Gesellschaft werden kann.

10. Niedrige Lebenserwartung in Deutschland – ein Warnsignal 54
Trotz hoher Gesundheitsausgaben gehört Deutschland bei der Lebenserwartung zu den Schlusslichtern in Westeuropa. Die Bewältigung der Folgen der Alterung der Gesellschaft macht das nicht einfacher.

11. Was wir über die globale Bevölkerungsentwicklung wissen 59
Noch wächst die Weltbevölkerung. Aber nicht mehr lange. Schon heute sind immer mehr Länder mit Alterung und Schrumpfung konfrontiert.

12. Gut leben in Deutschland 65
Die Beschreibung des wirtschaftlichen Wohlstands reicht nicht aus, um zu wissen, wie es der Bevölkerung geht und wo sie besondere Belastungen wahrnimmt. Es gilt, Wohlbefinden zu messen, auch, um bessere Demographiepolitik zu machen.

1 Der demographische Wandel betrifft jeden

Von C. Katharina Spieß, Marcel Thum

Veröffentlicht in der FAZ am 15.05.2023

„Der demographische Wandel hat begonnen“, ist des Öfteren in politischen Konzeptpapieren und populärwissenschaftlichen Darstellungen zu lesen. Diese Diagnose ist unzutreffend, wenn sie nicht gar in die Irre führt. Den demographischen Wandel gab es schon immer.

In den vergangenen 150 Jahren ist die Zahl der Geburten von 4,7 Kindern je Frau auf ein langjähriges Niveau von 1,5 gefallen. Die Lebenserwartung Neugeborener hat sich mehr als verdoppelt, von 38 auf 83 Jahre bei Mädchen und von 36 auf 79 Jahre bei Jungen. Auch die Bevölkerung hat sich im selben Zeitraum mehr als verdoppelt, und das, obwohl die Fläche Deutschlands heute ein Drittel kleiner ist. Auch Migrationsströme sind seit Jahrhunderten zu beobachten. Im 17. und 18. Jahrhundert wanderten viele Deutsche nach Ost- und Südosteuropa aus. Im 19. Jahrhundert zog es Millionen Deutsche nach Amerika. Im Gegenzug nahm zum Beispiel das spätere Preußen im 17. Jahrhundert viele Hugenotten aus Frankreich auf. Und seit den 1960er Jahren kamen Millionen Gastarbeiter, Spätaussiedler und andere Migranten nach Deutschland.

Eine gefährliche Verkürzung

Heute ist mit der Formel demographischer Wandel in Deutschland zumeist gemeint, dass die Bevölkerung schrumpft und die Zahl der Arbeitskräfte zurückgeht. Diese Trends sind seit Langem unübersehbar – nur sind die damit verbundenen Probleme heute drängender denn je. Zum demographischen Wandel der vergangenen Jahrzehnte gehört überdies auch, dass die Lebenserwartung steigt, dass Frauen und Männer später Eltern werden, dass sich die Familienstrukturen verändern, dass mehr Personen allein leben, dass mehr Menschen, die hierzulande leben, nicht in Deutschland geboren sind und dass die Vielfalt der Gesellschaft insgesamt zunimmt. Wenn sich die politische Debatte auf die Bevölkerungsgröße oder die Alterung verengt, werden Entwicklungen übersehen, die für die Politik und die Gesellschaft nicht weniger wichtig sind und vorausschauendes Handeln erfordern.

Jedoch leidet nicht nur die Debatte über die Dimensionen des demographischen Wandels unter einer gefährlichen Verkürzung. Viele Unschärfen gibt es auch dort, wo die Aufgaben, die der demographische Wandel mit sich bringt, den unterschiedlichen politischen Ebenen zugewiesen werden. In der öffentlichen Debatte dominiert seit mittlerweile mehreren Jahrzehnten die Lage der gesetzlichen Rentenversicherung. Das umlagefinanzierte System steht wegen des Rückgangs der Erwerbsbevölkerung und der steigenden Lebenserwartung auf einer gänzlich anderen Basis als bei seiner Etablierung. Das Rentensystem benötigt mittlerweile einen jährlichen Zuschuss aus Steuermitteln in dreistelliger Milliardenhöhe.

Die Stellschrauben, allen voran eine regelgebundene, an den Anstieg der Lebenserwartung in gesunden Jahren geknüpfte Regelaltersgrenze, sind in der akademischen Literatur ausführlich diskutiert worden und im politischen Raum wohlbekannt. Dort fehlt es nicht an Erkenntnis, sondern an dem Willen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Aktuell etwa ist keine der im Bundestag vertretenen Parteien bereit, das Risiko einzugehen, mit der Ankündigung eines höheren Renteneintrittsalters in den 2040er-, 2050er- oder gar 2060er-Jahren möglicherweise heutige Wählerschaften zu vergraulen. Um die Risikoscheu stand es in Deutschland allerdings schon einmal besser. Anders, als es aktuell bei unseren französischen Nachbarn zu erleben ist, gelang es hierzulande in einem gemeinsamen Kraftakt von SPD und CDU/CSU im Jahr 2007, das Eintrittsalter für die abschlagsfreie Rente stufenweise auf 67 Jahre anzuheben – ohne große Proteste und gesellschaftliche Zerwürfnisse.

Im Zentrum vieler Debatten steht neben der gesetzlichen Renten- auch die gesetzliche Krankenversicherung. Deren Ausgaben werden zum einen durch den technischen Fortschritt in die Höhe getrieben, zum anderen durch den demographischen Wandel in Gestalt der stark besetzten Kohorten der geburtenstarken Jahrgänge der späten 1950er- und der 1960er-Jahre. Die sogenannten Babyboomer erreichen allmählich Altersstufen, in denen in der Regel hohe Gesundheitskosten anfallen. Die „Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“, die Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Mai 2022 eingesetzt hat, soll diesen Entwicklungen Rechnung tragen. Allerdings zeigt diese Reformdebatte exemplarisch, dass nicht allein der Bund gefragt ist. Planung und Finanzierung der Krankenhäuser fallen auch in die Kompetenz der Länder.

Angebote müssen vor Ort gemacht werden

Viele der administrativen oder politischen Aufgaben zur Bewältigung des demographischen Wandels entfallen sogar komplett auf die Ebene von Ländern und Kommunen. Eine Zunahme von Alleinerziehenden oder von Haushalten mit betagten Alleinlebenden bedeutet, dass die Selbstversicherungsfunktion familiärer Lebensformen zurückgeht. So gab es 1996 nur 2,2 Millionen Alleinerziehendenhaushalte – 2022 waren es gut 25 Prozent mehr. Der Anteil der Einpersonenhaushalte hat ebenfalls zugenommen. Spiegelbildlich abgenommen haben die Partnerhaushalte, in denen Kinder leben. Im Jahr 2021 lebten noch 37 Prozent der Frauen im Alter von 30 Jahren mit Partner oder Partnerin sowie mit Kind(ern) – im Jahr 1996 waren es noch 53 Prozent.

Mit der Veränderung der Lebensformen verbunden ist ein höherer Bedarf an Kindertagesbetreuung außerhalb der Familie sowie an ganztägigen Schulangeboten. Ältere Menschen hingegen bedürfen mehr pflegerischer Betreuung in Privathaushalten oder Alten- und Pflegeeinrichtungen. Die Nachfrage nach solchen Dienstleistungen entsteht vor Ort, also müssen die Angebote vor Ort gemacht werden. Die Versorgung im Alter oder die Kindertagesbetreuung müssen zwar nicht unbedingt vollständig in staatlichen Einrichtungen erbracht werden, doch erwarten die Bürgerinnen und Bürger zumindest, dass sich die Kommunalpolitiker um die Verfügbarkeit eines adäquaten Angebots kümmern.

Auch bei einer weiteren Dimension des demographischen Wandels, der vielfältiger werdenden Bevölkerung, sind zumeist regionale oder lokale Akteure in der Politik gefragt. Eine Region mit vielen Einwanderern, die über keine oder wenig Deutschkenntnisse verfügen, muss sich verstärkt um Sprachangebote und Integration kümmern.

Prof. Dr. Marcel Thum lehrt Finanzwissenschaft an der TU Dresden und ist Vorsitzender des Kuratoriums des BiB.

Das Bewusstsein für die ständige regionale Anpassung an neue demographische Gegebenheiten ist in Deutschland vielfach noch nicht so ausgeprägt, wie es sein könnte, ja müsste. Einige Gebietskörperschaften haben sich jedoch schon auf die neuen Gegebenheiten eingestellt. Nicht nur die Länder betreiben mittlerweile Demographiepolitik auf wichtigen Handlungsfeldern, auch viele Kreise und Kommunen halten hierfür Konzepte, Pläne und Projekte bereit – wie ein Blick auf das Demographieportal des Bundes und der Länder im Internet zeigt. Dieses Portal hat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) als Teilprojekt der Demographiestrategie der Bundesregierung im Jahr 2012 gemeinsam mit den Ländern entwickelt. Mittlerweile hat es sich als deutschlandweite Informationsplattform zur Demographiepolitik etabliert und bietet Vernetzungsmöglichkeiten für Demographiebeauftragte auf den verschiedenen Ebenen. Bund und Länder können also beim Thema Demographie an einem Strang ziehen. Sie müssen es nur wollen.

Als Wohn- und Arbeitsort für Fachkräfte attraktiv sein

Wie viele es von diesen Demographiegestalterinnen und -gestaltern auf lokaler Ebene in Deutschland gibt, ist nirgends festgehalten. Aber sie und andere engagierte Menschen vor Ort sorgen dafür, dass der demographische Wandel auch auf regionaler Ebene organisiert, das Leben gleichwertiger gestaltet und die Bevölkerung gut versorgt wird. Die Länder ermöglichen dies oft durch Förderprogramme für Kommunen, Vereine oder Verbände. Das Demographieportal zeigt sehr viele gute Beispiele, wie Regionen auf den Wandel reagieren.

In Rheinland-Pfalz etwa gibt es vielfältige Projekte, um Dörfer für die Zukunft zu rüsten. Der größte und zugleich am wenigsten besiedelte rheinland-pfälzische Landkreis, der Eifelkreis Bitburg-Prüm, bietet seinen Gemeinden einen „Zukunftscheck Dorf“. Bislang haben 300 Ortsgemeinden Hilfe zur Selbsthilfe bei den Themen Alterung, Leerstand oder soziales Miteinander erhalten. Und es gibt die „Digitalen Dörfer“, die zeigen sollen, wie sich die Digitalisierung für ländliche Regionen nutzen lässt. Seit dem Jahr 2015 wurden einige digitale Anwendungen entwickelt, von der „Dorffunk-App“ zwecks Verbesserung der Kommunikation im Dorf bis hin zur „LieferBar“, einem gemeinschaftlich organisierten „Mitbringservice“.

In ländlichen Gebieten geht es oft auch darum, als Wohn- und Arbeitsort für Fachkräfte attraktiv zu sein. Das Projekt „Heim[at]office“ stärkt das ortsflexible, digitale Arbeiten im Land Brandenburg. Rückkehrer- oder Willkommensagenturen in diesem Land wie „Comeback Elbe-Elster“ oder in Niedersachsen die „Fachkräfteagentur Wendlandleben“ werben um Fachkräfte und bieten umfassende Beratung für Rückkehrwillige. Das „Network Waldeck-Frankenberg“ wiederum hat zum Ziel, Studienabsolventen zurück in ihre nordhessische Heimat zu holen, und möchte den Begriff „Karriere machen“ auch im ländlichen Raum verankern. Initiativen in verschiedenen Ländern wollen etwas gegen die unbesetzten Landarztstellen tun. Ein mehrfach preisgekröntes Beispiel ist die „Klasse Allgemeinmedizin“, die Studentinnen und Studenten auf eine Tätigkeit in ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts vorbereitet.

Städte stehen mitunter vor anderen demographischen Herausforderungen als ländliche Räume. Beispielsweise erfahren viele Eltern keine Unterstützung durch die Großeltern. Leihgroßeltern im thüringischen Jena schließen diese Lücke; Ähnliches leistet der Großelterndienst in Berlin. Das Projekt „andersWohnen – Senioren und Alleinerziehende gemeinsam“ in Nürnberg zeigt, wie sich verschiedene Generationen gegenseitig unterstützen können.

Die doppelte Herausforderung der Länder

Um bei knappen finanziellen Mitteln Daseinsvorsorge sicherstellen zu können, bieten sich die interkommunale Zusammenarbeit oder Verwaltungsgemeinschaften an. Die aus vier Kommunen zusammengeschlossene Kleeblattregion mit der Stadt Kyritz als Mittelzentrum im Nordwesten Brandenburgs oder der hessische Gemeindeverwaltungsverband Feldatal-Grebenau-Romrod-Schwalmtal etwa sind auf diesem Gebiet Vorreiter. All diese Beispiele zeigen, dass die Folgen des demographischen Wandels vor Ort angegangen werden können und sich manche Ansätze auch überregional umsetzen lassen. Hilfreich wäre es für die Zukunft, auch den Ertrag dieser Projekte öffentlich zu bewerten, um Mittel effektiv und effizient einzusetzen und auch andernorts davon zu lernen.

Aus finanzwissenschaftlicher Perspektive stehen die Länder bei der Anpassung an demographische Veränderungen vor einer gleich doppelten Herausforderung: Erstens ist es mit ihrer Finanzautonomie nicht weit her, und zweitens haben sie typischerweise mit einer großen Heterogenität demographischer Entwicklungen auf ihrem Territorium zu kämpfen. Das macht eine landesweit einheitliche Demographiepolitik schwierig.

Die Länder hängen letztendlich am gesamtdeutschen Steueraufkommen. Bis auf die Grunderwerbsteuer, die insgesamt nur wenig zum gesamten Steueraufkommen beiträgt, können die Länder die Steuersätze nicht direkt selbst festsetzen. Darüber hinaus verteilt der Länderfinanzausgleich Mittel von reicheren hin zu ärmeren Ländern um. Das ist richtig und wichtig für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit geht wegen des Finanzausgleichs aber nicht Hand in Hand mit fiskalischen Einnahmen. Wie viele Mittel ein Land zur Verfügung hat, hängt – insbesondere für die Empfängerländer im Länderfinanzausgleich – von den bundesweiten Steuereinnahmen und der Einwohnerzahl des eigenen Landes ab. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass ein Land, das mit einer schrumpfenden Bevölkerung rechnet, auch sinkende Einnahmen zu erwarten hat. Da es aber kaum über Instrumente verfügt, um zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren, muss es sich über die Ausgabenseite an die schrumpfenden Einnahmen anpassen.

Große Unterschiede zwischen den Regionen

Wenn die Länder in der Zukunft ihre fiskalischen Spielräume nicht komplett verlieren wollen, müssen sie im Zuge einer vorausschauenden Demographiepolitik rechtzeitig auf der Ausgabenseite anpassen. Die Betonung liegt hier auf „rechtzeitig“, da ein Großteil der Ausgaben der Länder auf Personal entfällt. Einstellungsentscheidungen von heute wirken sich auf die Ausgabenverpflichtungen in den kommenden 30 oder 40 Jahren aus. Leider haben viele Länder diese langfristige Perspektive aus den Augen verloren und stocken, so könnte man aus einer politökonomischen Perspektive anmerken, ihr Personal immer wieder gerade kurz vor Landtagswahlen auf.

Die zweite Herausforderung ist die große Heterogenität der demographischen Entwicklungen. Selbst wenn die Einwohnerzahl eines Landes annähernd konstant bliebe, gäbe es neben Gemeinden, die wachsen, solche, die stagnieren oder schrumpfen. Im Aggregat mag es so aussehen, als bestünde kein großer Handlungsbedarf, da die Bevölkerungszahl insgesamt konstant bleibt. Doch ist es offensichtlich, dass es zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Regionen große Unterschiede gibt.

Die Leistungen der Daseinsvorsorge müssen in den wachsenden Gemeinden ausgebaut und in den schrumpfenden Gemeinden reduziert werden. Die räumliche Heterogenität macht aber nicht nur eine Landespolitik unmöglich, die für alle Kommunen einheitliche Regelungen vorsieht. Sie verlangt den politischen Akteuren auch Mut zum Handeln ab. Gerade in den schrumpfenden Regionen wird es Widerstand gegen Anpassungsmaßnahmen geben. Gegen sie wird oft das Argument ins Feld geführt, dass die staatlichen Leistungen fix seien und nicht von der Bevölkerungszahl abhängig gemacht werden könnten. Allerdings ist die Anpassung in vielen Fällen keine technische Unmöglichkeit, sondern eher eine Frage des politischen Willens.

Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass öffentliche Leistungen weitgehend proportional zur relevanten Bevölkerungsgröße angepasst werden können. Wenn es in einer Gemeinde weniger Kinder gibt, wird sie auf Dauer auch weniger Kitaplätze benötigen. Für frei werdende Räumlichkeiten müssen neue Verwendungen gesucht werden, und die Erzieherinnen und Erzieher müssen ihrer Arbeit dort nachgehen, wo die jungen Familien ihre Betreuungsleistungen nachfragen. Auf anderen Berufsfeldern wird es so sein, dass das Personal, das nicht mehr benötigte Leistungen angeboten hat, durch rechtzeitige Weiterbildungen auf andere Felder wechseln kann, die regional eher gefragt sind.

Nur wenn auch das lebenslange Lernen vor Ort mitgedacht wird, können regionale Arbeitsmärkte atmen; insgesamt werden größere Binnenwanderungsströme zwischen Regionen notwendig. Beides bedarf einer längerfristigen Planungsperspektive und einer verantwortungsvollen Weiterbildungspolitik. Solche Anpassungen können mühsam sein und stoßen nicht selten auf politischen Widerstand, sind aber vor dem Hintergrund der oben beschriebenen knappen Finanzen unumgänglich.

Viele Beispiele auf dem Demographieportal

Es gibt aber auch öffentliche Leistungen, die sich unterhalb einer kritischen Bevölkerungsgröße gar nicht mehr anbieten lassen. Sie sollten nur in zentralen Orten vorgehalten werden. Dazu gehören teure Kultureinrichtungen wie Museen, Theater und Opernhäuser, aber auch Freizeiteinrichtungen wie botanische oder zoologische Gärten. In stark schrumpfenden Gemeinden wird sich die eine oder andere öffentliche Leistung nicht mehr anbieten lassen. Ein Aussitzen des Anpassungsprozesses ist eine große Gefahr für die zukünftige Handlungsfähigkeit einer Kommune. Die Fixkosten verteilen sich auf immer weniger Köpfe, und die Mittel für andere, dringend benötigte Leistungen fehlen. Auch hier kann die Antwort nur eine rechtzeitige Anpassung sein.

Prof. Dr. C. Katharina Spieß ist Direktorin des BiB und lehrt Bevölkerungsökonomie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

In Musterprojekten haben einzelne Kommunen und Länder gute Lösungen gefunden, um diese Entwicklungen sozial abzufedern. Auch dafür gibt es viele Beispiele auf dem Demographieportal. Hierzu gehören Theater, die im ländlichen Raum mehrere Bühnen bespielen, wie die Wanderoper Brandenburg, oder auch die bessere Anbindung an die größeren Städte, in denen die öffentlichen Leistungen weiter verfügbar sind oder sogar ausgebaut werden konnten. Weitere Beispiele sind digitale Ortsbusse, Mitfahrbänke oder die Verzahnung des Individualverkehrs mit dem ÖPNV. Auch im Bereich der Wasserversorgung macht sich dies bemerkbar. Mit dem bundesweit einmaligen Verbundsystem „Westeifelprojekt“ werden in einer Region mit starkem demographischem Wandel Trinkwasserversorgung, Energieeffizienz und der Ausbau des Glasfasernetzes kombiniert.

Viel staatlicher Gestaltungswillen erforderlich

Diese Beispiele zeigen, dass sinnvolle Anpassungsmaßnahmen nicht unbedingt mit einer Verschlechterung der Lebensqualität einhergehen oder die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefährden müssen. Es sind aber vielfach Beispiele, die politischen Gestaltungswillen voraussetzen. Viele staatliche Aufgaben in den Kommunen und Ländern betreffen allerdings gar nicht so sehr physische Güter wie etwa die Museen, sondern bestehen aus Dienstleistungen wie in den Bürgerbüros oder Finanzämtern. Auch hier ist eine Angleichung der Personalstärke an die Bevölkerungsgröße unumgänglich. Durch die Knappheit an Arbeitskräften entsteht jedoch ein zusätzlicher Anpassungsbedarf.

Beschäftigte in der Industrie und in Teilen des privaten Dienstleistungssektors erfahren durch den technischen Fortschritt ein beständiges Produktivitätswachstum. Da sich die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weitgehend im Gleichschritt mit den Löhnen in der Privatwirtschaft entwickeln, würden die Kosten öffentlicher Leistungen ständig weiter steigen, wenn die Produktivität nicht gesteigert würde. In der Fachwelt ist dieses Phänomen als baumolsche Kostenkrankheit bekannt.

Daher ist es dringend nötig, dass auch der öffentliche Sektor die Digitalisierung für Produktivitätssteigerungen nutzt. Anders als der Privatsektor unterliegen die öffentlichen Dienstleistungen typischerweise keinem direkten Wettbewerbsdruck. Das Landgericht oder das Ausländeramt können nicht Insolvenz anmelden, selbst wenn weiterhin Papierakten durch die Gänge geschoben werden. Aber die Kosten pro Leistung, die diese Einrichtungen liefern, würden immer weiter steigen. Und die Kosten fehlender Anpassungen drohen noch schneller zu steigen, sollten die Bürgerinnen und Bürger mit den Füßen abstimmen und Kommunen mit schlecht arbeitenden Verwaltungen verlassen. Als wie belastend das in der Öffentlichkeit erlebt wird, zeigt sich schon in Wahlkämpfen wie denen in Berlin, in denen es seit Jahren auch um das spröde Thema Verwaltungsmodernisierung geht.

Auf Digitalisierung setzen

Aber nicht nur wegen der Kosten, sondern auch aus Arbeitsmarktgründen ist eine Beschleunigung des technischen Fortschritts im öffentlichen Sektor angesichts des demographischen Wandels dringend notwendig. Ohne Anpassungen wird der staatliche Sektor den privaten Firmen dringend benötigte Arbeitskräfte entziehen. Aktuell hat die öffentliche Verwaltung im Mittel deutlich niedrigere Nichtbesetzungsquoten als das verarbeitende Gewerbe und die Dienstleistungssektoren. Dies legt nahe, dass Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer die Jobs im staatlichen Sektor wegen der Höhe der Löhne, der Arbeitszeit und der Sicherheit im Beruf attraktiv finden. Dringend benötigt wird aber ein Digitalisierungsschub, der auch im öffentlichen Sektor Arbeitskräfte einspart.

Selbstverständlich gibt es auch Felder, auf denen sich der öffentliche Sektor schwertut, Fachkräfte zu gewinnen. Manche Kitas müssen wegen fehlender pädagogischer Fachkräfte früher schließen, und im Schulsektor werden Lehrkräfte händeringend gesucht. Wenn der Staat in diesen Bereichen Fachkräfte beispielsweise durch bessere Bezahlung gewinnen will, dann muss er erst recht in anderen Bereichen Effizienzgewinne erzielen, indem er auf Digitalisierung setzt. Der demographische Wandel betrifft jeden und jede Region, den Bund, das Land, die Gemeinde und die Kommune vor Ort – Anpassungen sind auf allen Ebenen notwendig. Sehr gute Beispiele gibt es, die das Ergebnis einer vorausschauenden Politik sind. Eine solche ist mehr denn je notwendig.

2 Kriegen die Deutschen bald weniger Kinder?

Von Martin Bujard und Michaela Kreyenfeld

Veröffentlicht bei FAZ.NET am 22.05.2023

Die Zahl 2,1 ist eine wichtige Größe in der demographischen Forschung, denn sie gibt das sogenannte Bestandserhaltungsniveau an. Fällt die Geburtenrate dauerhaft unter diesen Wert, fällt die Bevölkerungszahl ohne Zuzug aus dem Ausland über kurz oder lang zurück. Die nordischen Länder, allen voran Schweden, galten lange Zeit als Vorbild für eine fortschrittliche Familienpolitik. Die Geburtenrate lag in der Nähe des Bestandserhaltungsniveaus, gleichzeitig punkteten diese Länder mit Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Die Geburtenziffer in der Bundesrepublik oszillierte hingegen seit den 1970er Jahren um einen Wert von nur 1,3 bis 1,4. Westdeutschland bildete regelmäßig das Schlusslicht der europäischen Verteilung. In der DDR erlebte die Fertilität in den 1970er Jahren ein kurzfristiges Hoch. Jedoch brach die ostdeutsche Geburtenziffer nach der Wiedervereinigung drastisch ein. Seit 2005 liegen die jährlichen Raten in Ost und West auf einem ähnlichen Niveau.

Die Trendwende hat Gründe

In den vergangenen Jahren hat sich die fixe europäische Rangordnung verschoben. Deutschland hat sich mit einer Geburtenrate von 1,5 bis 1,6 in das europäische Mittelfeld vorgeschoben, während die südeuropäischen Länder, vor allem Spanien, Italien und Portugal, mit einem Wert von 1,2 Kindern pro Frau die neuen Schlusslichter in Europa bilden. Weltweit ist es derzeit Südkorea, das mit Werten von unter einem Kind pro Frau neue Negativrekorde bricht.

Während Anfang der 2000er Jahre noch deutsche Delegationen Schweden bereisten, geben sich in Deutschland mittlerweile südkoreanische Delegationen die Klinke in die Hand, um von der Bundesrepublik zu lernen. Die Gründe für die Trendwende hierzulande scheinen auf der Hand zu liegen. Schon 2004, während der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer wurde durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz der Ausbau der Kindertagesstätten forciert. Dieses Projekt wurde während der großen Koalition unter Angela Merkel fortgeführt. Mit dem Kinderförderungsgesetz des Jahres 2008 wurde der Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz für Ein- und Zweijährige ab 2013 eingeführt. In Westdeutschland lag die Betreuungsquote für unter Dreijährige noch 2007 unter zehn Prozent, inzwischen sind es mehr als 35 Prozent. Im internationalen Vergleich kam diese Entwicklung spät, aber mit einem hohen Tempo.

Darüber hinaus wurde 2007, vor allem dank der Vorarbeiten der damaligen Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) und der Durchsetzungskraft ihrer Nachfolgerin Ursula von der Leyen (CDU), das einkommensabhängige Elterngeld eingeführt. Dieser politische Schritt setzte mit den sogenannten „Vätermonaten“ nicht nur öko-

nomische Anreize für Väter, Elternzeit zu nehmen, sondern hatte auch Signalwirkung für die Dauer der Erwerbsunterbrechung von Müttern. Nach der Geburt eines Kindes galt fortan nicht mehr das „Drei-Phasen-Modell“, das nach jeder Geburt eine Auszeit von mindestens drei Jahren vorsah, sondern es forcierte die Norm einer einjährigen Pause für Mütter. Die Forschung war sich damals einig: Deutschland hatte den „Nordic Turn“ eingeschlagen. Anstatt an der Oberfläche zu kratzen, wurden durchgreifende familienpolitische Reformen auf den Weg gebracht, die sich unverblümt am schwedischen Vorbild orientierten.

Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld lehrt Familiensoziologie und -demographie an der Hertie School, Berlin, ist BiB Fellow und Mitglied des Kuratoriums des BiB

In der Rückschau stimmten nicht nur Wucht und Richtung, sondern auch der Zeitverlauf. Die gewaltigen und gleichzeitig kostspieligen Reformen waren zu einem Zeitpunkt eingefädelt worden, als an eine globale Finanz- oder Coronakrise nicht zu denken war. Anders in Spanien, Portugal oder Italien: Hier mangelte es zwar nicht an Erkenntnis, sondern an Handlungswillen.

Auch wenn Niedrigfertilität in Südeuropa nicht die gleiche lange Tradition hatte wie in Deutschland, lagen die demographischen Fakten schon länger auf dem Tisch: Die Kinderlosigkeit nahm rapide zu, desgleichen die Ein-Kind-Familie, und das gepaart mit einem kontinuierlichen Rückgang der sogenannten Gesamtfertilität, also der Anzahl der Kinder über die gesamte Lebenszeit. Nachdem die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und später die Coronakrise die Länder durchgeschüttelt hatten, fehlte es schlichtweg an Mitteln, um die Familienpolitik auf den „nordischen Kurs“ zu bringen.

Kostspielige familienpolitische Maßnahmen wie das einkommensabhängige Elterngeld dürften angesichts der Staatsverschuldung in Südeuropa derzeit undenkbar sein. Doch auch andere Gründe erschweren die Gründung einer Familie. Wohnraum ist knapp, die Jugendarbeitslosigkeit hoch und der Arbeitsmarkt hat für die junge Generation zumeist befristete und schlecht bezahlte Stellen übrig.

Die nordische Kehrtwende

Die Freude darüber, dass Deutschland rechtzeitig auf nordischen Kurs gesetzt hat und nunmehr an Italien und Spanien vorbeigezogen ist, sollte jedoch nicht überborden. Deutschland ist nicht nur deswegen mit Schweden fast gleichauf, weil die deutsche Geburtenrate nach oben geklettert ist, sondern auch, weil die nordischen Geburtenraten in den vergangenen Jahren erstaunlicherweise gesunken sind. Mit einer Rate von nur 1,67 liegt Schweden im Jahr 2021 nur noch einen Steinwurf von der deutschen Geburtenrate entfernt. Für Deutschland liegen noch keine amtlichen Zahlen für 2022 vor, aber die jüngsten Zahlen für Schweden zeigen an, dass die Geburtenziffer mit 1,52 ein historisches Tief erreicht hat.

Wenn man sich an die Debatten vor Einführung des Elterngeldes zurückerinnert, so waren die hohen Geburtenraten in den nordischen Ländern ein wesentliches Argument für die Einführung des Elterngeldes. Heute ließe sich diese Karte nicht mehr so einfach spielen. Dabei wäre der Vorwurf, dass die nordische Politik ineffektiv sei, vermutlich ungerechtfertigt: Zum einen scheint die „nordische Kehrtwende“ durchaus

vielfältige Früchte in Deutschland getragen zu haben. Eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) hat Effekte des Elterngeldes nur für Akademikerinnen im Alter von 35 bis 44 Jahren nachgewiesen. Die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen lag bei knapp 30 Prozent und ist seit mehreren Jahren rückläufig. Zuletzt lag sie bei 26 Prozent. Die Erwerbstätigenquote der Mütter liegt in Deutschland mittlerweile deutlich über dem EU-Schnitt, der Anteil der Väter in Elternzeit wächst kontinuierlich.

Zum anderen ist zu bedenken, dass die jährliche Geburtenziffer eine trügerische Maßzahl sei. Geburtenentscheidungen sind letztendlich Lebenslaufentscheidungen. D. h., das Kind, das ich in diesem Jahr nicht bekomme, kann ich im nächsten bekommen. Kommen viele Paare im gleichen Jahr auf den gleichen Gedanken, geht die jährliche Geburtenrate im Sturzflug nach unten. In Schweden können wir seit Jahrzehnten diese „RollerCoaster Fertility“ beobachten, obwohl die „tatsächliche Kinderzahl“ (Kinderzahl gemessen über das ganze Leben von Frauen und Männern) bislang auf relativ konstantem, hohem Niveau von etwa zwei Kindern pro Frau verweilt. Hervorzuheben ist hier „bislang“, da wir das mit Sicherheit nur für die Jahrgänge, die bis 1975 geboren worden sind, sagen können.

Die Unsicherheit nimmt zu

Möglicherweise zeigt sich in Schweden bereits, was sich in Deutschland bislang nur andeutet: Ökonomie und Geburtenentwicklung sind heute stärker gekoppelt, als das in der Vergangenheit der Fall war. Zahlreiche Studien auf Basis schwedischer Registerdaten zeigen, dass Arbeitslosigkeit und niedriges Einkommen dazu führen, dass Entscheidungen für Kinder aufgeschoben werden. Für Deutschland waren bis vor kurzem die Muster nicht so klar. Ganz im Gegenteil: Für viele Frauen waren gerade Arbeitslosigkeit und eine ausweglose berufliche Perspektive der passende Moment, um mit der Mutterschaft zu beginnen, wohlwissend, dass nicht das eigene Einkommen, sondern das des (Ehe-)Partners die ökonomische Situation der Familie in Zukunft bestimmen würde. Mittlerweile zeigen auch die empirischen Studien für Deutschland in eine andere Richtung. Nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen stellt die Etablierung im Arbeitsmarkt eine Grundvoraussetzung dar, um eine Familie zu gründen. Das Elterngeld, dessen Höhe an das vorherige Einkommen gekoppelt ist, verstärkt diesen Effekt.

Wirtschaftliche und soziale Verwerfungen schlagen sich damit unmittelbarer in den jährlichen Geburtenraten nieder. Zwar kann man auf der einen Seite vermuten, dass auf ein Geburtentief schnell ein Geburtenhoch folgen kann, wenn sich die ökonomische Situation wieder entspannt. Dennoch hinterlassen gesellschaftliche Krisen ihre Spuren in den jährlichen Geburtenraten. Neuere Forschungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) und der Universität Stockholm zeigen, dass die Coronakrise nicht nur mit erheblichen monatlichen Schwankungen verbunden ist, sondern in den jährlichen Geburtenraten in Deutschland wie auch Schweden Spuren hinterlassen wird. Die Möglichkeit, Geburten nachzuholen, setzt voraus, dass sich gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen irgendwann bessern und sich Krisen nicht überlappen oder eine Krise der nächsten folgt.

Angesichts der multiplen Krisen wie Coronapandemie, Inflation und russischer Angriffskrieg in der Ukraine spricht vieles dafür, dass die Unsicherheit zunimmt und Paare die Familiengründung und -erweiterung eher noch weiter aufschieben bzw. unterlassen. Eine weitere Dimension stellt zudem die Klimakrise dar, die gerade in der jüngeren Generation die Frage (neu) entflammt hat, ob eine Elternschaft vor dem Hintergrund des Klimawandels überhaupt zu verantworten sei.

Prof. Dr. Martin Bujard leitet den Forschungsbereich „Familie und Fertilität“ am BiB und hat eine Honorarprofessur an der Universität Heidelberg.

Es ist jedoch nicht nur der Blick auf die aktuelle jährliche Geburtenziffer, der die nordische Fassade bröckeln lässt. Folgt man den demographischen Beobachtern, ist auch die „Geschlechterrevolution“ auf halber Strecke versackt. Zwar haben Frauen gerade im Bildungssystem nachgezogen und sind formal ähnlich gut qualifiziert wie Männer. Aber an der Zuständigkeit für Sorgearbeit innerhalb der Familie ist nur gekratzt, aber nicht gerüttelt worden. Auch wenn man aus deutscher Perspektive, wo sich ein massiver Gender Pension Gap und Gender Pay Gap auftut, sicher nur das Recht hat, kleinlaut zu monieren, so stoßen Frauen auch in Schweden an die sprichwörtliche gläserne Decke. Sie verdienen weniger und sind seltener in Vollzeit erwerbstätig als ihre männlichen Gegenüber. Gleichheit sieht anders aus.

Anders als in Deutschland setzt man in Schweden jedoch voll auf das Prinzip der Eigenständigkeit. Witwen- und Witwerrenten sind praktisch abgeschafft worden. Rentenpunkte für Sorgeleistungen, die in Deutschland die Rente von Frauen mit Kindern aufbessern, spielen kaum eine Rolle. Auch der Versorgungsausgleich, der nach einer Scheidung die Rentenleistungen zwischen Ex-Mann und Ex-Frau kräftig umsortiert, ist den nordischen Nachbarn fremd. Es scheint gelegentlich, als wären die Stützpfeiler entfernt worden, ehe man die Revolution zum Ende gebracht hat. Was auf der einen Seite fortschrittlich ist und klare Anreize für ökonomische Eigenständigkeit setzt, lässt auf der anderen Seite – so könnte man argumentieren – jene im Regen stehen, bei denen eine ökonomische Eigenständigkeit dann doch nicht so gelingt oder die auf Grund von Sorgearbeit zurückgesteckt haben.

Migration als Ausweg?

Vor dem Hintergrund von Krisen, niedrigen Geburtenraten und Bevölkerungsalterung stellt sich generell die Frage, ob der Fokus stärker auf die Migration gerichtet werden muss. Deutlicher wird das in absoluten Zahlen: Während in den 1970er Jahren jährlich etwa sechs Millionen Kinder in den Ländern der heutigen EU (ohne Großbritannien) geboren wurden, sind es derzeit etwa vier Millionen. Gerade in Deutschland hat die Einwanderung dafür gesorgt, dass der seit langem vorhergesagte Rückgang der Bevölkerung sich bis heute noch nicht eingestellt hat. Die Nettozuwanderung lag, mit erheblichen jährlichen Schwankungen, seit der Wiedervereinigung bei etwa 300.000 Personen pro Jahr.

Es ist müßig, auch wenn dies immer wieder gerne am rechten populistischen Rand getan wird, Geburten und Zuwanderung gegeneinander auszuspielen. Fest steht jedoch, dass der derzeitige Fachkräftemangel nicht vom Himmel gefallen ist, sondern sich seit Jahrzehnten ankündigt hat. Klar ist auch, dass ein erheblicher Teil der qualifizierten Zuwanderung nach Deutschland aus Ländern wie Bulgarien, Polen und Rumänien stammt. Ohne sie würden unser Gesundheitssystem und die Pflege kaum noch funktionieren. Allerdings haben diese Länder selbst mit einer rapiden demographischen Alterung und, wie Bulgarien und Kroatien, mit einem massiven Bevölkerungsrückgang zu kämpfen. Gebraucht würde – so das Argument vieler – eine qualifizierte Migration aus so genannten Drittstaaten, also Ländern außerhalb der EU.

Personalmangel mag zudem die Ansätze einer fortschrittlichen Familienpolitik arg ins Stocken bringen. Wenn Kindertageseinrichtungen früher schließen müssen, da keine Erzieherinnen und Erzieher verfügbar sind und Arbeitgeberverbände kundtun, dass eine Arbeitszeitverkürzung auf Grund des Fachkräftemangels nicht machbar ist, dann hat das auch Rückwirkungen auf die Familienpolitik. Es schließt sich dann der Kreis. Versäumnisse der Vergangenheit blockieren den Weg in die Zukunft.

3 Kinderwunsch und Wirklichkeit

Von Jasmin Passet-Wittig und Hannah Zagel

Veröffentlicht bei FAZ.NET am 30.05.2023

Viele Menschen bleiben heute lange kinderlos und befassen sich erst spät im Lebensverlauf mit der Frage, ob sie noch Eltern werden wollen oder nicht. Es mag daher überraschen, dass die Idealvorstellung nach wie vor die einer Familie mit zwei Kindern ist. Tatsächlich haben Frauen des Geburtsjahrgangs 1973 im Durchschnitt 1,56 Kinder und damit deutlich weniger als die im Mittel gewünschten zwei Kinder.

Frauen der Geburtsjahrgänge 1969 bis 1973 sind zu 21 Prozent kinderlos geblieben, was bedeutet, dass jede fünfte Frau dieser Gruppe keine Kinder bekommen hat. Unter Akademikerinnen ist sogar jede vierte Frau kinderlos geblieben, obwohl sie sich häufig drei oder mehr Kinder gewünscht haben. Zum Vergleich: Bei den um die Mitte der 1940er Jahre geborenen Frauen blieb nur etwa jede achte Frau kinderlos.

Was ist der Grund für diese Lücke zwischen Kinderwunsch und Wirklichkeit? Wichtig ist zunächst: Fragen zum Kinderwunsch werden in sozialwissenschaftlichen Befragungen, zum Beispiel per Telefon oder online, gestellt. Bei den Antworten auf die Frage nach der Zahl der gewünschten Kinder handelt es sich immer um eine Momentaufnahme.

Wie Studien zu Kinderwünschen im Lebensverlauf zeigen, verändern sich die Idealvorstellungen abhängig von der aktuellen beruflichen und privaten Lebenssituation, dem Gesundheitszustand oder auch dem persönlichen Wohlbefinden. Die Formulierung der Frage nach dem Kinderwunsch hat ebenfalls einen Einfluss auf die Antworten.

Wie groß die tatsächliche Lücke ist, lässt sich also nicht mathematisch exakt bestimmen. Trotzdem können wir Aussagen über mögliche Ursachen treffen: Möglicherweise fehlt der passende Partner oder die berufliche Situation ist schwierig, so dass die Erfüllung des Kinderwunschs zurückgestellt wird.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Lücke zwischen Kinderwunsch und Wirklichkeit besteht im Auftreten von Fertilitätsproblemen. Davon spricht man, wenn bei heterosexuellen Paaren über den Zeitraum eines Jahres trotz regelmäßigen Geschlechtsverkehrs ohne Verhütung keine Schwangerschaft eintritt. Diese Diagnose betrifft nicht nur Kinderlose, sondern auch Personen oder Paare, die bereits Kinder haben. Diese Gruppe ist jedoch deutlich weniger sichtbar, weil sie bereits Kinder hat.

Für Paare, die sich ein Kind oder Geschwisterkinder wünschen, stellt das Ausbleiben einer gewünschten Schwangerschaft eine große Belastung dar. Schließlich geht es hier um das Lebensziel der Elternschaft – ein hochemotionales und stark von sozialen Normen geprägtes Thema. Kinderwunsch und Elternschaft sind immer auch mit wahrgenommenen gesellschaftlichen Erwartungen verbunden.

Untersuchungen zu gesellschaftlichen Vorstellungen von Familie aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) zeigen, dass für viele junge Erwachsene Familie da ist, wo Kinder sind, trotz der gestiegenen gesellschaftlichen Akzeptanz unterschiedlicher Lebensmodelle auch ohne Kinder. Fragen nach dem „Wann ist es bei euch soweit?“ oder „Wollt ihr keine Kinder?!“ empfinden kinderlose Paare mit unerfüllten Kinderwünschen als besonders unangenehm. Solche Fragen transportieren die gesellschaftlichen Erwartungen und können die psychische Belastung der Betroffenen noch erhöhen.

Dr. Jasmin Passet-Wittig leitet das Projekt zu Infertilität und Reproduktionsmedizin am BiB.

Kinderwunschbehandlung oder nicht?

Das Risiko von Fertilitätsproblemen nimmt aus biologischen Gründen mit dem Alter zu. Zwar treten Fertilitätsprobleme aufgrund des Alters häufiger bei Frauen auf, aber auch bei Männern steigt altersbedingt das Risiko. Weil aber die Verwirklichung des Kinderwunsches nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt immer öfter aufgeschoben wird, kommen immer mehr Menschen in die Situation, dass ihr Kinderwunsch nicht in Erfüllung geht.

Immer mehr entscheiden sich in dieser Situation dazu, medizinische Hilfe zu suchen und wenden sich an ein sogenanntes Kinderwunschzentrum. Zu den am häufigsten verwendeten Verfahren der dort praktizierten Reproduktionsmedizin zählt die In-Vitro-Fertilisation (IVF). Bei dieser Methode werden der Frau Eizellen entnommen, im Reagenzglas mit Samenzellen des Partners oder eines Spenders befruchtet und dann in die Gebärmutter übertragen. Die Intracytoplasmatische Spermieninjektion (ICSI) ist eine Variante der IVF, bei der eine einzelne männliche Samenzelle direkt in die Eizelle eingeführt wird.

Die Nachfrage nach Behandlungen wegen Fertilitätsproblemen spiegelt sich nicht eins zu eins in den Behandlungszahlen wider. Die Motive, die einer Entscheidung für oder gegen eine Kinderwunschbehandlung zugrunde liegen, sind vielfältig. Ein wichtiger Faktor sind dabei die Behandlungskosten. Eine einzelne IVF-Behandlung kann mit hohen Kosten von mehreren tausend Euro verbunden sein.

In der Regel werden sie von den gesetzlichen Krankenkassen nur zur Hälfte übernommen, und dies für höchstens drei Versuche. Darüber hinaus ist die Kostenübernahme in der gesetzlichen Krankenkasse an weitere Kriterien geknüpft: Wer nicht verheiratet ist oder in einer weiblich-gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebt, muss die Kosten überwiegend komplett selbst tragen. Nicht jeder kann sich also die Kinderwunschbehandlung leisten, insbesondere dann nicht, wenn aufgrund der relativ geringen Erfolgsaussichten mehrere Behandlungen erforderlich sind.

Auch der antizipierte und tatsächliche Zeitaufwand spielen bei der Entscheidung für oder gegen eine Behandlung im Kinderwunschzentrum eine Rolle. Ein Behandlungszyklus umfasst meist mehrere Arztbesuche, die mit den eigenen Arbeitszeiten kollidieren können. Neben den körperlichen Belastungen durch die Behandlungen und dem Bangen um deren Erfolg stellt dies eine zusätzliche Last dar.

Weitere Hürden für eine reproduktionsmedizinische Behandlung bei Menschen mit Kinderwunsch sind Sprachbarrieren, fehlendes Wissen, Scham oder ethische Bedenken,

etwa bezüglich der Zeugung von Leben außerhalb des Körpers oder der Verwendung von gespendeten Keimzellen. Religiöse Überzeugungen können sowohl in die eine als auch in die andere Richtung wirken. Wie eine aktuelle Überblicksarbeit aus dem BiB zeigt, beziehen sich vorliegende Studien zu den Hürden für die Nutzung der Reproduktionsmedizin stark auf den englischsprachigen Raum. Für Deutschland liegen nur wenige Studien vor, die auch zusammengenommen nicht so aussagekräftig sind, wie sie es angesichts dieser Problemlage sein sollten.

Im europäischen Vergleich im Mittelfeld

Im Jahr 2020 wurden in Deutschland mehr als 113.000 Behandlungen mit IVF und den damit verbundenen Verfahren durchgeführt. Infolge künstlicher Befruchtung kamen etwa 22 200 Kinder zur Welt, was einem Anteil von ungefähr 2,9 Prozent aller Geburten entspricht. Im Vergleich zum Jahr 2010 ist das ein Anstieg um einen Prozentpunkt. Diese Quote ist nicht gering, aber im europäischen Vergleich eher im Mittelfeld.

In den Nachbarländern Dänemark (5,7 Prozent) und Österreich (6,3 Prozent) wurde 2020 ein wesentlich höherer Anteil aller Kinder nach Kinderwunschbehandlungen geboren. Das untere Ende der Skala bilden Irland mit einem Anteil von 0,9 oder Polen mit 1,6 Prozent. Es ist damit zu rechnen, dass die Anzahl der Kinder, die mittels assistierter Reproduktion gezeugt werden, in Deutschland weiter steigen wird.

Wie lassen sich die Unterschiede in der Nutzung von reproduktionsmedizinischen Behandlungen im europäischen Vergleich erklären? Eine wichtige Rolle spielen die von Land zu Land unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen der Reproduktionspolitik: Über Gesetze und andere Regelwerke nimmt der Staat Einfluss auf das Ob, Wann und Wie des (Nicht-)Kinderkriegens. Mit diesen Reproduktionspolitiken befasst sich ein aktuelles Projekt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Eine Palette staatlicher Maßnahmen wie die Regulierung von Sexualerziehung, von Verhütungsmitteln, von Schwangerschaftsabbrüchen, von Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsfürsorge bestimmt, wie selbstbestimmt Menschen ihre reproduktiven Wünsche verwirklichen oder sich aus schwierigen Situationen wie ungewollten Schwangerschaften befreien können. Im Fall der Reproduktionsmedizin bestimmt der Staat, welche Verfahren zulässig sind, wer diese nutzen darf und in welchem Umfang die Kosten der Behandlungen übernommen werden.

Die Ausgestaltung der Regeln in einem Land unterliegt gesellschaftlichen und politischen Aushandlungsprozessen. Von einer freizügigen Regulierung spricht man, wenn sie den Ärztinnen und Ärzten große Autonomie bei der Anwendung unterschiedlicher Verfahren einräumt, wenn die Hürden für den Zugang zur Reproduktionsmedizin niedrig sind und Kosten umfänglich übernommen werden.

Dr. Hannah Zagel leitet die Forschungsgruppe zur Regulierung von Reproduktion im Ländervergleich am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

In der Regulierung der Reproduktionsmedizin lassen sich gesellschaftliche und politische Vorstellungen darüber erkennen, wessen Fortpflanzung erwünscht ist. Wenn – wie in Griechenland, Polen und Ungarn – der Zugang zu Kinderwunsch-

behandlungen nur verheirateten, verschiedengeschlechtlichen Paaren vorbehalten ist, kann dies als Hinweis auf traditionelle Vorstellungen von Familie gelten.

Ein anderes Beispiel sind die Altersbeschränkungen der Krankenkassenzuschüsse für Kinderwunschbehandlungen. In Deutschland liegen die Grenzen bei 40 Jahren für Frauen und 50 Jahren bei Männern. Diese Regelungen reflektieren womöglich eher Elternschaftsnormen als medizinische Gründe. Beispiele für Länder mit großzügigeren Altersgrenzen für Zuschüsse von Krankenkassen zu reproduktionsmedizinischen Behandlungen bei Frauen sind Belgien und die Niederlande mit bis zu 43 Jahren sowie Norwegen. Dort können Frauen sogar bis zum Alter von 46 Jahren Zuschüsse erhalten.

Neue Methoden, höhere Nachfrage

Immer mehr Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten neue Gesetze verabschiedet oder bestehende reformiert. Sie reagierten damit auf die rasche Entwicklung neuer Methoden einerseits und die erhöhte Nachfrage andererseits. So wurde beispielsweise das Fortpflanzungsmedizingesetz in Österreich 2015 als Reaktion auf ein Urteil des Verfassungsgerichts liberalisiert. In manchen Ländern steht die Regulierung noch aus, unter anderem in Deutschland.

Hier stellt das Embryonenschutzgesetz von 1990 nach wie vor den rechtlichen Rahmen, obwohl es nach überwiegender Ansicht aufgrund einer zu rigiden Begriffsbestimmung dessen, was ein Embryo ist, novelliert werden sollte. Das Embryonenschutzgesetz ist insofern bedeutsam, als es in Deutschland kein anderes, eigenes Gesetz gibt, das die Reproduktionsmedizin reguliert.

Viele gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure vertreten die Auffassung, dass die Gesetzeslage an die heutigen medizinischen Möglichkeiten sowie die geänderten Vorstellungen von Familie und Elternschaft angepasst werden muss. So befasst sich die im März 2023 von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zu Fragen der reproduktiven Selbstbestimmung unter anderem mit der Spende von Eizellen sowie der sogenannten altruistischen Leihmutterschaft.

Aus demografischer Sicht lässt sich festhalten, dass die Reproduktionsmedizin einen zwar überschaubaren, aber tendenziell steigenden Einfluss auf die Geburtenentwicklung hat. Zu beachten sind jedoch auch die Grenzen der medizinisch assistierten Reproduktion. Neben den hohen Behandlungskosten sowie den körperlichen und psychischen Belastungen durch die Behandlung fallen die begrenzten und mit dem Alter der Patienten sinkenden Erfolgsaussichten ins Gewicht. Nach drei Versuchen bleiben etwa 50 Prozent der Wunscheltern ohne Kind.

Viele Betroffene müssen die reproduktionsmedizinische Behandlung demnach beenden, ohne dass ihr Wunsch nach einem Kind in Erfüllung gegangen ist. Eine signifikante Steigerung der Zahl der Geburten mittels Reproduktionsmedizin erscheint vor diesem Hintergrund nicht als realistisch. Aufgrund der angesprochenen Belastungen der Frauen, die mit den reproduktionsmedizinischen Verfahren verbunden sind, ist eine Steigerung auch nicht erstrebenswert.

Der Handlungsbedarf für den Staat bleibt dennoch bestehen: Um mit den gesellschaftlichen und medizinischen Entwicklungen Schritt zu halten, ist es dringend notwendig, Aushandlungsprozesse über neue Regeln für die Reproduktionsmedizin zuzulassen und zu fördern.

4 In der Warteschleife

Von Inga Laß, Daniela Grunow, Sabine Diabaté

Veröffentlicht bei FAZ.NET am 06.06.2023

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich in den vergangenen Jahren viel getan: Ein erster Meilenstein war im Jahr 2007 die Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes. Im Jahr 2013 folgte der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung ab dem zweiten Lebensjahr in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege. Während zuvor in weiten Teilen Deutschlands nur wenige Betreuungsplätze für unter Dreijährige vorhanden waren, hat mittlerweile mehr als jedes dritte Kind einen Platz in einer Kita oder bei einer Tagesmutter. Gleichzeitig haben Ganztagsangebote für Grundschulkinder vielerorts deutlich zugenommen.

Und waren es vor 16 Jahren noch beinahe ausschließlich Frauen, die nach der Geburt eine Auszeit von der Erwerbsarbeit genommen haben, so hat sich der Anteil der Väter, die Elternzeit nehmen, nach der Einführung des Elterngeldes von vormals 3 Prozent im Jahr 2006 auf heute 43 Prozent mehr als verzehnfacht. Gleichzeitig sind immer mehr Frauen und Mütter erwerbstätig – die Frauenerwerbsquote Deutschlands ist mittlerweile eine der höchsten in der Europäischen Union.

Auch die gesellschaftlichen Einstellungen ändern sich: Die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Betreuung von Kindern in Kitas wird nun auch in Westdeutschland zunehmend akzeptiert. Vätern wird immer seltener nur die Rolle des Ernährers zugeschrieben; sie dürfen und sollen sich im Alltag als liebevoll Sorgende aktiv in die Hausarbeit und Kinderversorgung einbringen.

Noch weit von der Gleichstellung der Geschlechter entfernt

Trotz dieser Meilensteine sind wir in Deutschland noch weit von einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Gleichstellung der Geschlechter entfernt. Obgleich Frauen heute weniger Zeit als noch Anfang des Jahrtausends in Hausarbeit investieren, hat sich das zeitliche Engagement der Männer auf diesem Feld nicht deutlich erhöht.

Alles in allem verbringen Frauen daher auch heute noch gut 50 Prozent mehr Zeit mit Hausarbeit als Männer. Dabei übernehmen Frauen insbesondere Tätigkeiten, die häufig anfallen und sich nicht aufschieben lassen, wie kochen, putzen und waschen. Männer übernehmen dagegen tendenziell Aufgaben, die seltener anfallen und zeitlich flexibler erledigt werden können, etwa Reparaturen oder Gartenarbeit.

Bei der Kinderbetreuung sehen wir ein ähnliches Muster: Der Anteil der Väter, die in Elternzeit gehen, ist zwar deutlich gestiegen. Dennoch nehmen die meisten Väter nur die beiden Partnermonate in Anspruch, und dies meist parallel zur Mutter, die üblicherweise mindestens zehn Monate aussetzt.

Insgesamt verbringen Mütter mehr als doppelt so viel Zeit mit der Versorgung von Kindern wie Väter, wobei sich der Zeiteinsatz beider Elternteile in diesem Bereich zuletzt

leicht erhöht hat: bei den Vätern binnen eines Jahrzehnts um durchschnittlich acht Minuten, bei den Müttern um drei Minuten. Das zusätzliche Engagement der Väter für ihre Kinder entlastet die Mütter also zeitlich nicht, obwohl Mütter im gleichen Zeitraum deutlich häufiger berufstätig geworden sind.

Dr. Inga Laß leitet die Forschungsgruppe „Familie“ am BiB und ist Honorary Senior Fellow an der University of Melbourne.

Zudem sind es in der Regel nach wie vor die Mütter, die ihre Erwerbsarbeit um die Bedürfnisse der Familie herum arrangieren. Wenn Mütter nach der Geburt in den Arbeitsmarkt zurückkehren, dann arbeiten sie meist über Jahre hinweg nur in Teilzeit und nehmen berufliche Wechsel und Abstiege in Kauf. Denn qualifizierte Vollzeitarbeitsplätze lassen sich oft schwer mit den Bedürfnissen kleiner Kinder vereinbaren.

Dabei möchten 42 Prozent der Mütter in Deutschland gerne mehr Stunden arbeiten oder eine Erwerbstätigkeit (wieder) aufnehmen. Die allermeisten Väter hingegen arbeiten unverändert in Vollzeit, auch wenn die Kinder klein sind. Zudem sind es vor allem die Mütter, die zu Hause bleiben, wenn das Kind krank wird. Angaben der Techniker Krankenkasse zufolge wird Kinderkrankengeld zu 70 Prozent von Frauen beantragt.

Entsprechend erfahren Frauen und insbesondere Mütter am Arbeitsmarkt nach wie vor große Nachteile. Ein Indikator dafür ist der Gender Pay Gap, bei dem Deutschland im europäischen Vergleich jedes Jahr aufs Neue einen Spitzenplatz einnimmt. Pro Stunde verdienen Frauen im Durchschnitt 18 Prozent weniger als Männer. Während Unterschiede bei der Berufswahl einen Teil dieser Differenz erklären, ist ein Gutteil auf unterschiedliche Karrierestufen und mehr Teilzeitarbeit bei Frauen zurückzuführen – und ist damit indirekt das Ergebnis von Vereinbarkeitsproblemen.

Nach wie vor werden zudem viele frauendominierte Berufe schlechter bezahlt als Berufe mit dem gleichen Anforderungsniveau, in denen überwiegend Männer arbeiten. Zum Beispiel sind die Löhne gerade in den stark frauendominierten, aber systemrelevanten Bereichen Gesundheits- und Altenpflege sowie Erziehung und Sozialarbeit deutlich unterdurchschnittlich. Doch selbst, wenn all diese Faktoren berücksichtigt werden, so bleibt bei dem sogenannten bereinigten Gender Pay Gap eine Lohndifferenz bestehen: Frauen verdienen bei gleicher Qualifikation für die gleiche Arbeit sieben Prozent weniger Lohn als Männer. Dies fördert wiederum eine traditionelle Arbeitsteilung zwischen Eltern.

Wo hakt es noch? Neben strukturellen auch kulturelle Hürden

Fragt man nach den Gründen dafür, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf sich warten lässt, gibt es gleich mehrere Anhaltspunkte. Eine wichtige Ursache liegt in dem langsamen Wandel gesellschaftlicher Normen bezüglich Familien- und Erwerbsarbeit. Zwar wird Erwerbstätigkeit von Müttern auch kleiner Kinder zunehmend gutgeheißen, aber überwiegend nur „nebenbei“, das heißt in Teilzeit.

Väter hingegen dürfen oder sollen sogar in Vollzeit in ihrem Beruf arbeiten. Einbringen in die Kinderbetreuung ja, aber nach Feierabend: Diese Auffassung über Zuständigkeiten von Müttern und Vätern teilen laut einer gemeinsamen Studie des Bundesinstituts für

Bevölkerungsforschung (BiB), der Goethe-Universität Frankfurt und dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt mit Daten des Familienleitbildsurvey aktuell circa 39 Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 39 Jahren.

Die Einstellung entspricht dem sogenannten Zuverdienermodell, das in Deutschland aktuell in Familien mit Kindern am geläufigsten ist. Das hier subtil noch nachwirkende Leitbild des Vaters als „Ernährer“ verschiebt sich also nur langsam hin zu einem Leitbild als „Vereinbarer“.

Was sind „gute Mütter“?

Noch zögerlicher ist der Übergang von der Vollzeitmutter zu der (auch) erwerbstätigen Mutter. Nach wie vor werden Mütter von einem Teil der Bevölkerung als hauptverantwortlich für die Kinderversorgung angesehen. Diese Auffassung teilen aktuell laut dem familiendemografischen Panel (FReDA) etwa ein Drittel der Männer und ein Viertel der Frauen.

Zudem beobachtet mehr als die Hälfte aller jungen Erwachsenen (60 Prozent) im Leitbildsurvey, dass es vollzeiterwerbstätigen Müttern von zweijährigen Kindern in der Gesellschaft abgesprochen wird, „gute Mütter“ zu sein. Dem gegenüber steht gerade mal ein Sechstel dieser jungen Erwachsenen (17 Prozent), die auch persönlich diese Haltung vertreten. Hier wird eine deutliche Kluft zwischen der eigenen Meinung und dem wahrgenommenen Stimmungsbild in Deutschland sichtbar.

Die Arbeitswelt ist im Wandel

Insgesamt überwiegen ambivalente Vorstellungen von Geschlechterrollen und hohe, miteinander konfligierende Ansprüche an Eltern. Deutschland befindet sich – so scheint es – in einem kulturellen Transformationsprozess: Elterliche und geschlechtliche Rollen befinden sich im Umbruch, einige tradierte Leitbilder brechen weg, werden aber nur schrittweise von neuen Leitbildern ersetzt.

Auch die Arbeitswelt ist im Wandel: Viele Beschäftigungsverhältnisse bieten heutzutage scheinbar mehr Flexibilität bei der Festlegung der Arbeitszeiten. So ist der Anteil an Teilzeitbeschäftigten von 14 Prozent im Jahr 1991 auf 30 Prozent im Jahr 2021 gestiegen. Auch der Anteil der Beschäftigten mit Gleitzeitregelungen hat zugenommen. Allerdings ist die Nutzung flexibler Angebote vielfach mit einem sogenannten Flexibilitäts-Stigma behaftet. Das heißt, diejenigen, die zum Beispiel in Teilzeit arbeiten, laufen Gefahr, bei der Vergabe von prestigeträchtigen Aufgaben, Beförderungen oder Gehaltserhöhungen übergangen zu werden.

Prof. Dr. Daniela Grunow lehrt Soziologie mit dem Schwerpunkt Quantitative Analysen gesellschaftlichen Wandels an der Goethe-Universität Frankfurt/Main und ist BiB Fellow.

Darüber hinaus bestehen noch familienpolitische Regelungen, wie zum Beispiel das Ehegattensplitting, die es für Elternpaare kurzfristig gesehen unattraktiv machen, sich die Erwerbs- und Familienarbeit hälftig aufzuteilen. Ein weiteres Problemfeld besteht in dem Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, das noch nicht bedarfsgerecht ist. So stehen weiterhin viele Eltern gegen Ende ihrer Elternzeit ohne Betreuungsplatz für ihr Kind

da, weil die Nachfrage schlicht das Angebot übersteigt. Zudem gibt es noch Verbesserungsbedarf bei der Qualität von Bildungs- und Betreuungsangeboten.

Was die Coronapandemie bewirkt hat

Die Coronapandemie hat Eltern vor massive Herausforderungen gestellt. Durch die Schließung von Kitas und Schulen sowie Kontaktbeschränkungen wurden sie von heute auf morgen alleinverantwortlich für die Betreuung und Beschulung ihrer Kinder. Wie BiB-Untersuchungen zeigen, waren viele Eltern und vor allem Mütter in dieser Zeit stärker belastet als Kinderlose. Zudem haben sich Streit, Konflikte und Trennungen gehäuft, und zwar speziell in Familien, die COVID-bedingte Einkommenseinbußen erlitten haben. Das zeigen unter anderem Untersuchungen der Goethe-Universität.

Doch die Pandemie hielt auch mindestens einen Lichtblick für die Vereinbarkeit bereit: die Transformation der Arbeitswelt von einer ausgeprägten Anwesenheitskultur hin zu einer weiten Verbreitung des Homeoffice. Arbeiteten vor der Pandemie in Deutschland 13 Prozent der Beschäftigten zumindest gelegentlich von zu Hause aus, waren es im Jahr 2021 mit 25 Prozent nahezu doppelt so viele. Viel spricht dafür, dass dieser Anteil dauerhaft höher als vor der Pandemie bleiben wird.

Homeoffice birgt dabei großes Potenzial für eine leichtere Kombination von Erwerbs- und Familienarbeit. Wie gemeinsame Studien des BiB mit der University of Melbourne auf Basis australischer Daten zeigen, kann Homeoffice durch Vorteile wie eingesparte Pendelwege und größere zeitliche Flexibilität den Konflikt zwischen beruflichen und familialen Anforderungen erheblich verringern, vor allem dann, wenn ein hoher Anteil der Arbeitszeit zu Hause geleistet wird. Das gilt vor allem für Mütter.

Auch die Arbeitszufriedenheit australischer Frauen und Mütter liegt höher, wenn sie zumindest teilweise von zu Hause aus arbeiten. Viele Mütter mag die Möglichkeit, zu Hause zu arbeiten, sogar erst in die Lage versetzen, überhaupt berufstätig zu sein oder mehr Stunden als zuvor zu arbeiten. So könnte sich die Geschlechterlücke in der Beteiligung am Arbeitsmarkt durch Homeoffice auch in Deutschland weiter schließen lassen.

Homeoffice birgt auch Risiken

Jedoch verbinden sich mit dem Homeoffice auch Risiken für die Beschäftigten. Die Arbeit von zu Hause kann zu einer Entgrenzung der Erwerbsarbeit führen und das Privatleben beeinträchtigen, zum Beispiel, indem deutlich länger als im Büro oder zu atypischen Zeiten wie abends, nachts und am Wochenende gearbeitet wird.

Darüber hinaus birgt Homeoffice die Gefahr des erwähnten Flexibilitätsstigmas. Solange in Deutschland Arbeit, die von zu Hause geleistet wird, teils weniger wahrgenommen wird, und Beschäftigte, die nicht ständig vor Ort sind, als weniger engagiert gelten, können Eltern, die vom Homeoffice Gebrauch machen, Karriereeinbußen erleiden. Sind dies vor allem die Mütter, kann dies den Gender Pay Gap noch vergrößern.

Darüber hinaus besteht das Risiko, dass auch die Schere zwischen Frauen und Männern in der unbezahlten Arbeit weiter aufgeht, und zwar dadurch, dass Mütter die Vorteile des Homeoffice häufiger dazu nutzen, um (noch) mehr Haus- und Familienarbeit zu erledigen, während Väter sich auch zu Hause auf die Erwerbsarbeit konzentrieren und noch länger arbeiten.

Was der Staat tun kann

Laut einer Studie des Weltwirtschaftsforums aus dem vergangenen Jahr wird es beim aktuellen Tempo gesellschaftlichen Wandels noch 60 Jahre dauern, bis Deutschland und andere europäische Länder die Gleichstellung der Geschlechter erreicht haben. Wollen wir wirklich so lange in der Warteschleife hängen? Was kann angesichts der aktuellen Problemlagen getan werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern? Hierzu bedarf es sowohl institutioneller als auch kultureller Veränderungen.

Ein offensichtlicher Schritt ist die (noch) konsequentere Ausrichtung der Familienpolitik auf eine Unterstützung der Vereinbarkeit. Unter anderem wäre hier eine stärkere Förderung des väterlichen Engagements in der Familienarbeit von Nutzen. Von der für 2024 geplanten Einführung eines bezahlten vierzehntägigen Vaterschaftsurlaubs darf man sich aufgrund der kurzen Bezugsdauer des Urlaubsgeldes nur geringe Effekte erhoffen. Eine Erhöhung der Zahl der Partnermonate oder der Lohnersatzrate beim Elterngeld, wie im 9. Familienbericht empfohlen, dürfte deutlich wirksamer sein.

In Norwegen, wo Eltern während der Elternzeit hundert Prozent ihres früheren Einkommens als Elterngeld ausgezahlt werden, teilen sich neun von zehn Vätern die Elternzeit mit der Mutter. In Deutschland liegt nicht nur die Lohnersatzrate mit meist 65 Prozent deutlich niedriger, auch wurden Mindest- und Höchstbetrag seit Einführung des Elterngelds trotz Inflation nicht angehoben.

Zudem gilt es, die Vereinbarkeitspotenziale des Homeoffice (besser) zu nutzen, und gleichzeitig die Beschäftigten vor den Risiken dieser Arbeitsform zu schützen. Hier kommt es also auf die richtige Ausgestaltung an, zum Beispiel mit klaren Regelungen für die Erreichbarkeitszeiten und Freizeit.

Es bedarf weiterer Forschung, um die langfristigen Konsequenzen des Homeoffice für Eltern abschätzen zu können. Außerdem gilt es zu beachten, dass die Arbeit von zu Hause nicht in allen Berufen möglich ist. Es sind vor allem gutbezahlte Bürojobs, die diese Möglichkeit bieten, während Beschäftigte in der Industrie und in orts- oder personenbezogenen Dienstleistungsberufen weiterhin zum Arbeitsort werden pendeln müssen. Auch für diese Beschäftigten bedarf es guter Vereinbarkeitslösungen.

Normativer Wandel tut not

Dr. Sabine Diabaté ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am BiB.

Neben der Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen bedarf es eines normativen Wandels, und dies in zwei Bereichen. Der erste betrifft Geschlechterstereotype, die Frauen und Männer daran hindern, sich gleichermaßen kompetent und zuständig für Erwerbsarbeit und Familie zu fühlen. Bereits im Bildungssystem sollten derartige stereotype Zuschreibungen nach dem Geschlecht thematisiert und infrage gestellt werden.

Der zweite Bereich betrifft die derzeit sehr hohen normativen Ansprüche an Eltern, insbesondere

an Mütter, die intellektuelle Entwicklung ihrer Kinder intensiv zu fördern. Diesen Erwartungen können nur wenige berufstätige Eltern gerecht werden. Weitere staatliche Investitionen in die Qualität der (frühkindlichen) Bildung könnten helfen, den Verantwortungsdruck, der auf den Eltern lastet, zu verringern. Ein wichtiger Zusatzeffekt dieser Maßnahme wäre eine Verbesserung der Chancengleichheit von Kindern jeglicher Herkunft im Bildungssystem.

Der gesellschaftliche Wandel hin zur guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf vollzieht sich weder automatisch noch kommt er über Nacht. Er muss nun Fahrt aufnehmen, damit es nicht 60 Jahre oder länger dauert, ehe Frauen und Männer gleichberechtigt an beiden Lebensbereichen teilhaben können.

5

Wie lassen sich die Bildungspotentiale ausschöpfen?

Von Mathias Huebener, C. Katharina Spieß und Sandra Buchholz

Veröffentlicht in FAZ.NET am 14.06.2023

Was bedeutet der demographische Wandel für die Bildung, und welche Rolle spielt eine gute Bildung, um dem demographischen Wandel zu begegnen? Spricht man dieser Tage über den demographischen Wandel, kommt die Sprache schnell auf den großen Mangel an Fachkräften. Diese Lücke reißt der Wandel schon jetzt in den Arbeitsmarkt. Sie wird noch größer werden, sobald die sogenannten Babyboomer in den Ruhestand treten. Das bedeutet aber auch, dass dem Bildungswesen selbst weniger Fachkräfte zur Verfügung stehen werden. Dabei sollen doch mit ihnen die Grundlagen für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Gesellschaft der Zukunft geschaffen werden.

Dieser Mangel an Fachkräften wird regional unterschiedlich stark auftreten. Er macht entschlossenes und innovatives politisches Handeln erforderlich, um im demographischen Wandel eine gute Bildung zu ermöglichen. Denn das Bildungssystem spielt eine zentrale Rolle, um die vielfältigen Auswirkungen des Wandels abzumildern. In einer insgesamt schrumpfenden Bevölkerung ist es ökonomisch noch wichtiger als zuvor, die geringere Anzahl an Köpfen bestmöglich zu bilden, Kinder und Jugendliche ebenso wie Erwachsene in der Fort- und Weiterbildung.

Dass diese Bildungspotentiale in Deutschland noch lange nicht vollständig ausgeschöpft werden, zeigt sich etwa daran, dass der familiäre Hintergrund nach wie vor einen großen Einfluss auf die Bildungschancen und den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hat. Bereits im Kleinkindalter hängt die Chance auf einen Kitaplatz von den demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen der Eltern ab. Kinder geringer gebildeter Eltern, jene aus armutsgefährdeten Haushalten und aus Familien, in denen kein Deutsch gesprochen wird, erhalten trotz Betreuungswunsch viel seltener einen Kitaplatz, so eine neuere Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB).

Bedauerlich daran ist, dass Kitaplätze für diese Kinder und ihre Familien besonders wichtig wären. Für armutsgefährdete Familien ist ein Kitaplatz eine Chance, Armut zu überwinden, da er den Eltern die Möglichkeit gibt, einer bezahlten Arbeit nachzugehen – ganz abgesehen davon, dass die Eltern selbst wichtige Arbeitskräfte darstellen. Kinder, die zu Hause kein Deutsch sprechen, würden besonders von dem Erlernen der deutschen Sprache profitieren. Aber auch sonst kann ein Kitabesuch durch den Kontakt mit einheimischen Kindern und Eltern die Integration der Familien fördern.

Im weiteren Bildungsverlauf setzen sich diese Ungleichheiten fort. Beim Schuleintritt weisen Kinder aus sozial schwächeren Familien eine geringere sprachliche, motorische und sozio-emotionale Entwicklung auf. Sie erhalten seltener eine Empfehlung für das Gymnasium und haben schließlich auch eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit, das Abitur zu erlangen. Wie eng der familiäre Kontext mit den Bildungschancen

von Kindern noch immer zusammenhängt, zeigen kürzlich veröffentlichte Zahlen sehr eindrücklich: Vier von fünf Kindern erlangen das Abitur, wenn beide Eltern selbst das Abitur erworben haben und die Familie im obersten Einkommensviertel liegt. Wachsen Kinder in Deutschland mit einem alleinerziehenden Elternteil ohne Abitur aus dem untersten Einkommensviertel auf, erreicht nur jedes fünfte das Abitur. Und selbst wenn es das Kind aus einer sozial schwächeren Familie bis zum Abitur geschafft hat, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es danach ein Studium aufnehmen und abschließen wird, deutlich geringer als bei anderen Kindern.

Dr. Mathias Huebener leitet die Forschungsgruppe „Bildung und Humanvermögen“ am BiB.

Um Bildungspotentiale besser zu nutzen, fehlen allerdings schon heute zahlreiche Fachkräfte im Kita- und Schulbereich. Zwar wird – je nach Bevölkerungsprognose – die Zahl junger Menschen und damit die Nachfrage nach Bildung leicht zurückgehen. Doch übertrifft der prognostizierte Mangel an Fachkräften im Bildungssystem den vorhergesagten Rückgang der Zahl junger Menschen, so dass das Bildungssystem massiv unter Druck kommen wird. Schätzungen zufolge könnten bis zum Jahr 2030 mehr als 230.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen, sollten frühkindliche Bildung in guter pädagogischer Qualität angeboten und gleiche Teilhabechancen eröffnet werden. Prognosen zufolge wird auch der Mangel an Lehrkräften noch größer werden als derzeit. Die Kultusministerkonferenz (KMK) rechnet damit, dass bis in das Jahr 2030 bundesweit 14.000 Lehrkräfte fehlen werden. Andere Studien sind weniger optimistisch mit Blick auf die Zahl möglicher Lehramtsstudierenden und gehen davon aus, dass am Ende des Jahrzehnts sogar mehr als 80.000 Lehrkräfte fehlen werden. Zusätzlich gibt es einen Bedarf von mehr als 74.000 Lehrkräften, um geplante schulpolitische Reformen in die Tat umzusetzen. Es geht um ganztägige Angebote für Grundschulkinder, um Inklusion und Unterstützung von Kindern in schwierigen sozialen Lagen.

Lerngruppen werden vielfältiger

Hinzu kommt, dass der demographische Wandel auch mit Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung einhergeht. So nimmt beispielsweise der Anteil von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte zu. Im Alter von bis zu sechs Jahren haben zwei von fünf Kindern einen Migrationshintergrund. Dadurch werden Lerngruppen in Kitas und Schulen zunehmend vielfältiger. Um jeden von Anfang an bestmöglich fördern zu können, wäre es sinnvoll, mehr pädagogische Fachkräfte einzusetzen – was den Bedarf nochmals erhöhen würde.

Wie lässt sich auf diese zunächst ernüchternden Aussichten reagieren? Die Forschung zeigt, dass die Bereitstellung von Informationen eine wichtige Rolle spielt, um Bildungsungleichheiten abzubauen und Fehlallokationen im Bildungssystem zu verringern. Gerade die Bildungsbiographien von Menschen aus weniger privilegierten Elternhäusern sind durch mehr „Schleifen“ gekennzeichnet. Beispielsweise absolvieren Studienberechtigte aus Elternhäusern mit niedrigem formalem Bildungsniveau häufiger erst eine Ausbildung, ehe sie den Schritt ins Studium „wagen“. Das hat auch damit zu tun, dass ihnen die nötigen Informationen über das Bildungssystem fehlen. Sie sind aber die Voraussetzung für eine gute Passung von individuellen Fähigkeiten und Interessen auf der einen und Bildungsangeboten auf der anderen Seite, damit Gesellschaft und Individuum wertvolle Zeit und Geld im Bildungssystem erspart wird.

Prof. Dr. C. Katharina Spieß ist Direktorin des BiB und lehrt Bevölkerungsökonomie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

In zahlreichen Projekten ist in jüngster Zeit nachgewiesen worden, wie durch die Bereitstellung von Informationen Bildungsbiographien beeinflusst und Ungleichheiten verringert werden können. Verglichen wurden Bildungsentscheidungen einer Gruppe, welche bestimmte Informationen erhält, mit denen einer Kontrollgruppe, die diese Informationen nicht bekommt. Solche Studien liegen für unterschiedliche Bildungsbereiche vor, oft auch im Zusammenhang mit persönlicher Unterstützung oder Mentoring.

Einige Beispiele: Im Kitabereich nahmen sozial schwächere Eltern deutlich häufiger ihren Anspruch auf einen Kitaplatz wahr, wenn sie darüber informiert und bei der Suche nach einem Kitaplatz persönlich unterstützt wurden. Im Grundschulalter gibt es das Programm „Balu und Du“, in dem Kinder für ein Jahr persönliches Mentoring erfahren, um ihren Horizont zu erweitern und ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Davon profitierten besonders Kinder aus finanziell schwächeren Familien, bis dahin, dass sie sich nach dem Mentoring häufiger für den Besuch eines Gymnasiums entschieden und die sozioökonomischen Unterschiede im Gymnasialbesuch etwa halbiert wurden.

Den Übergang ins Erwerbsleben begleiten

Auch sozial benachteiligten Hauptschülerinnen und -schülern konnte ein Mentoring einen erfolgreichen Übergang ins Erwerbsleben ermöglichen. In einem Modell begleiteten Studierende die Schüler. Die persönliche Unterstützung hob ihre Arbeitsmarktaussichten auf das Niveau von Jugendlichen mit höherem sozio-ökonomischem Status an Hauptschulen. Als hilfreich erwiesen sich auch Informationen im Blick auf den Übergang vom Gymnasium in eine Ausbildung bzw. ein Studium. So zeigte das „Best Up“-Projekt in Berlin, dass eine nur etwa 20-minütige Informationsveranstaltung über die Vorteile und Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums oder einer Ausbildung Studienberechtigte aus bildungsfernen Elternhäusern darin bestärken konnte, ihren Studienwunsch zu verwirklichen.

Diese und weitere Beispiele zeigen, wie sehr insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und ihre Eltern von direkter Unterstützung und gezielt bereitgestellten und gut aufbereiteten Informationen profitieren können. Gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels kommt es darauf an, dass Bildungsentscheidungen auf Grundlage guter und zutreffender Informationen über die eigenen Fähigkeiten, Interessen und Möglichkeiten getroffen werden, um Bildungsumwege zu vermeiden.

Dazu bedarf es zwangsläufig mehr Ressourcen im Bildungssystem, die jedoch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wohl kaum zu mobilisieren sind. Ein Dilemma? Nicht unbedingt. Zum einen können Engpässe vermieden werden, wenn Bildungseinrichtungen nicht nur pädagogische Fachkräfte im engeren Sinne einstellen, sondern sich zunehmend als multiprofessionelle Teams verstehen.

In solchen Teams können die pädagogischen Fachkräfte durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unterstützt und beispielsweise auch durch Verwaltungs- und IT-Fachkräfte

gestärkt werden. Auf diesem Weg würde mehr Zeit für guten Unterricht gewonnen werden. Und je besser Sozialarbeit in Kitas und Schulen Eltern und Kinder erreicht, umso eher können frühe Bildungsnachteile besser erkannt und ausgeglichen werden. Denn das, was in den frühen Lebensjahren nicht versäumt wird, muss in nachfolgenden Bildungsetappen nicht mit ungleich höherem Aufwand an Personal und finanziellen Mitteln ausgeglichen werden.

Produktivität durch neue Technologien erhöhen

Des Weiteren könnte in Analogie zu anderen Wirtschaftszweigen auch im Bildungssektor versucht werden, die Produktivität der vorhandenen personellen Ressourcen durch den Einsatz neuer Technologien zu erhöhen. Doch bisher kommen die Fortschritte der Digitalisierung nicht in vollem Umfang und erst recht nicht flächendeckend im Schulalltag an, und noch viel weniger in Kitas. Dabei geht es zunächst gar nicht um die Vermittlung von Kompetenzen für die Nutzung digitaler Medien, sondern um den sinnvollen Einsatz dieser Technologien, um beispielsweise die Verwaltung, Dokumentation und Kommunikation zwischen Fachkräften, Eltern, Kindern und weiteren Akteuren zu vereinfachen.

Neue Anwendungen können auch zum Einsatz kommen, wo es darum geht, Informationen zielgerichtet, sinnvoll und einfach zugänglich zu verbreiten. Im Schulwesen hat die Coronapandemie gezeigt, wie groß der Nachholbedarf beim Thema Digitalisierung ist. Überdies sind große regionale Unterschiede in der Umsetzung der Digitalisierung des Schulbetriebs sichtbar geworden. Die Pandemie hat zwar Digitalisierungsimpulse gegeben, aber diese drohen im Klein-Klein der Umsetzung zwischen Anträgen und Verwaltungsprozessen teilweise zu versanden. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Politik das Ziel gesetzt hat, den Abruf der Mittel aus dem „Digitalpakt Schule“ zu beschleunigen und Antrags- und Genehmigungsverfahren zu entbürokratisieren.

Noch weniger systematisch genutzt als in den Schulen werden die Chancen der Digitalisierung in den Kindertageseinrichtungen. Einen „Digitalpakt Kita“ gibt es nicht, obwohl die Vorteile für die frühkindliche Bildung immens sein können. Auch hier geht es zunächst darum, die Prozesse in Kitas für die Verwaltung, die Kommunikation mit Eltern und die Dokumentation von kindlicher Entwicklung zu vereinfachen. Es geht aber auch um die Weiterbildungsmöglichkeiten der pädagogischen Fachkräfte. Kita-Apps, die für solche Anwendungen entwickelt wurden, verbreiten sich nur langsam. Sie sind vermutlich eher in Einrichtungen zu finden, die schnell bereit sind, neue Entwicklungen aufzugreifen und eine solche Implementierung personell und finanziell zu unterlegen.

Einrichtungen, die unter Personalmangel leiden oder den möglichen Mehrwert einer solchen Investition nicht unmittelbar erkennen, könnten dann weiter zurückfallen, so dass die Unterschiede in der Qualität von frühkindlicher Bildung – und damit wohl auch ungleiche Entwicklungschancen – wiederum weiter zunehmen dürften. Der Weg zu mehr Digitalisierung in Kitas sollte daher auch deswegen mit mehr Nachdruck beschritten werden, weil er zum Abbau von Bildungsungleichheiten beitragen kann.

Prof. Dr. Sandra Buchholz lehrt Soziologie an der Leibniz-Universität Hannover und ist Leiterin der Abteilung „Bildungsverläufe und Beschäftigung“ am Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW). Zudem ist sie Mitglied des Kuratoriums des BiB.

Apps und KI

Auch außerhalb von Bildungsinstitutionen kann die Politik dabei helfen, dass die Potentiale von Kindern besser gefördert werden. Wichtige Ansatzpunkte sind hier die frühen Hilfen, also Programme, die Familien als Bildungsorte stärken und den Zugang zu weiteren Bildungsangeboten vereinfachen. Und auch hier könnte Digitalisierung helfen. Sinnvoll wäre es, wenn Eltern ab der Geburt ihres Kindes durch einen App-basierten Elterncopiloten mit zielgerichteten Informationen und genauem Bezug zu regionalen Regelungen und Strukturen dabei unterstützt werden, ihre Kinder durch das Bildungssystem zu „navigieren".

Eine solche App könnte auf den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz aufmerksam machen, über nahegelegene Kitas informieren, Anmeldeverfahren erläutern oder für die Anmeldung selbst dienen. Eine solche App könnte auch an wichtige kinderärztliche Untersuchungen erinnern oder über die Schulwahl informieren. Durch Push-Nachrichten könnten Eltern im Alltag Impulse erhalten, wie sie die Entwicklung ihres Kindes fördern könnten. Programme, die Eltern bei der Förderung ihrer Kinder unterstützen, gibt es bereits und wurden in ihrer Wirkung auf die kindliche Entwicklung untersucht.

Auch die jüngsten Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) können für ein solches Vorhaben nutzbar gemacht werden. Natürliche Sprachmodelle können dazu dienen, dass den Eltern relevante Informationen bereitgestellt und diese je nach Bedarf in unterschiedlichen Sprachen oder in einfacher Sprache aufbereitet werden. Das alles setzt allerdings voraus, dass die Informationen qualitätsgesichert sind.

Im Schulbereich haben sich die Kultusministerkonferenz und zahlreiche Kultusministerien den Einsatzmöglichkeiten von KI zugewendet. Dabei ist es wichtig, die Möglichkeiten zum personalisierten und adaptiven Lernen dieser Technologien zu erkennen und zu erlernen, wie man mit möglichen Gefahren umgeht. Vielfach wird der Einsatz der Technologie im Unterricht sogar schon erprobt. Die Chancen für individuell angepasste Lernerfahrungen sind mit diesen Technologien enorm. Sie sollten vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels entschlossen ergriffen, aber gleichzeitig mit systematischer Begleitforschung geprüft werden. Denn nur so erfahren wir, welche Ansätze besonders effektiv und effizient sind.

KI kann Brücken schlagen

Auch für Jugendliche und Erwachsene, die auf der Suche nach beruflicher Orientierung sind, kann KI neue Brücken schlagen. Die Technologie könnte beispielsweise als Mentorin oder Mentor genutzt werden oder über Berufs-, Studien- oder Weiterbildungsmöglichkeiten informieren. KI-basierte Programme könnten dazu beitragen, fehlende Informationen im Elternhaus oder sozialen Umfeld auszugleichen. Sie könnten persönliche Kontakte und Netzwerke ergänzen. All diese Anwendungsmöglichkeiten sollten allerdings voraussetzen, dass die Informationen qualitätsgesichert sind. Außerdem können diese digitalen Ansätze menschliche Interaktionen ergänzen, aber nicht ersetzen. Die sinnvolle Nutzung dieser technischen Errungenschaften ist kein triviales Unterfangen. Trotzdem könnte sie einen signifikanten Beitrag dazu leisten, dass Bildungsungleichheiten abgebaut und Bildungspotentiale effektiver erschlossen werden.

Der demographische Wandel stellt das deutsche Bildungssystem – wie viele andere gesellschaftliche Bereiche auch – vor große Herausforderungen. Diese ernsthaft an-

zugehen erfordert ein Denken in neuen Bahnen. Dabei wird es mehr denn je darum gehen müssen, jeden – gleich welchen familiären Hintergrunds – bestmöglich mitzunehmen. Fortschritte in der Digitalisierung und die Nutzbarmachung von KI bieten zahlreiche Möglichkeiten, Bildungsungleichheiten zu reduzieren und die Passung zwischen Bildungsnachfrage und Bildungsangebot zu verbessern. Diese Chancen sollten entschlossen ergriffen werden, zumal sie die Aussicht bieten, der Abnahme des Potentials an Erwerbspersonen zumindest teilweise entgegenzuwirken.

6

Einwanderung im internationalen Wettbewerb gestalten?

Von Andreas Ette und Irena Kogan

Veröffentlicht in FAZ.NET am 20.06.2023

Ohne den Zuzug aus dem Ausland schrumpft die Bevölkerung, und insbesondere die Zahl der Erwerbstätigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen: Darin sind sich alle Vorhersagen über die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland einig. Schon in den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter trotz Einwanderung um durchschnittlich mehr als 60.000 im Jahr verringert.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht bereits seit längerem davon aus, dass eine Nettozuwanderung von durchschnittlich 400.000 Personen im Jahr das Erwerbspersonenpotenzial auch langfristig weitgehend konstant halten würde. Ein Blick zurück auf die vergangenen drei Jahrzehnte zeigt aber, dass im jährlichen Durchschnitt gut 300.000 Menschen mehr nach Deutschland zugezogen sind als fort.

Das ist zwar viel, ist aber immer noch deutlich weniger als der für die kommenden Jahre prognostizierte Bedarf. Mit dem gegenwärtigen Ausscheiden der Babyboomergeneration aus dem Arbeitsmarkt ist die Schließung der verbleibenden Lücke durch mehr Einwanderung eine zentrale Handlungsoption.

Das Einwanderungsland erfindet sich neu

Der demographische Wandel ist nicht neu, und auch die Politik hat bereits früh damit begonnen, über die Auswirkungen von sinkenden Geburtenzahlen und steigender Lebenserwartung zu diskutieren. Die Gestaltung der Einwanderung wurde in der politischen Diskussion in Deutschland aber lange Zeit nicht als Aufgabe gesehen, die der demographische Wandel mit sich bringt.

Noch im Jahr 1998 argumentierte eine im Deutschen Bundestag eingerichtete Enquete-Kommission, dass Einwanderung die Handlungszwänge, die von dem demographischen Wandel ausgingen, nicht entscheidend verändern könne. Erst mit der Jahrtausendwende begann sich der öffentliche Diskurs über Einwanderung in diesem Kontext zu wandeln.

Die Verabschiedung der „Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für hochqualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie“ im August 2000 – landläufig als deutsche „Green Card“ bezeichnet – setzte für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland voraus, dass gesteuerte Einwanderung unabdingbar sei. Die damalige Begrenzung auf 20.000 Arbeitsbewilligungen zeigt, wie vorsichtig der damalige Wiedereinstieg in eine Erwerbsmigration nach Deutschland erfolgte.

Die Bedeutung der Einwanderung für den deutschen Arbeitsmarkt ist seitdem fester Bestandteil der Demographiepolitik und aller folgenden politischen Reformen. Das Zuwanderungsgesetz im Jahr 2005 regelte erstmals umfassender, dass ausländische Arbeitskräfte gemäß den wirtschaftlichen Erfordernissen nach Deutschland einwandern könnten. Seitdem kommt es im Rhythmus von zwei bis drei Jahren zu schrittweisen Liberalisierungen der Arbeitsmigration.

Schon im Jahr 2013 wurde Deutschland durch die OECD bescheinigt, eine der liberalsten Einwanderungspolitiken für Hochqualifizierte etabliert zu haben. Seitdem wurden auch die Rahmenbedingungen für den Zuzug von nicht akademischen Fachkräften vereinfacht.

Das Einwanderungsland Deutschland hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein differenziertes Regelwerk zur Steuerung des Zuzugs von Fachkräften entwickelt. Auch der aktuelle Gesetzesentwurf zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung wird vermutlich nicht der letzte bleiben. Schon jetzt und damit noch vor seiner Verabschiedung im Bundestag liegen weitergehende Vorschläge zur Entbürokratisierung und Vereinfachung des bisherigen Systems vor.

Solche Gesetzesinitiativen sind notwendig, denn die Rahmenbedingungen für den Zuzug internationaler Arbeitskräfte werden in den kommenden Jahren nicht einfacher. In den vergangenen zwei Jahrzehnten waren die unmittelbaren Nachbarstaaten in der Europäischen Union die wichtigsten Herkunftsländer. Die Erweiterungsrunden der EU und die Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise sorgten dafür, dass der Anteil an Migranten aus der EU nach Deutschland von 42 Prozent in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende auf mehr als 65 Prozent im Jahr 2012 gestiegen ist – um in den folgenden Jahren wieder abzunehmen.

Die niedrigen Geburtenraten sowie die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten lassen erwarten, dass die Arbeitsmigration aus dieser Region nach Deutschland künftig eher zurückgeht. Also müssen Drittstaaten an Bedeutung gewinnen, wenn Einwanderung einen substanziellen Beitrag zur Bewältigung des demographischen Wandels leisten soll. Drei Aspekte sind von Bedeutung, wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb um reguläre Einwanderer attraktiv und konkurrenzfähig bleiben will.

Vorteile im internationalen Wettbewerb identifizieren

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich Deutschland als Einwanderungsland neu erfunden, die Zahl zuziehender Fachkräfte steigt von Jahr zu Jahr. Allerdings steht Deutschland mit seiner demographischen Entwicklung und Nachfrage nach Migranten nicht alleine da. Wenn die Zahl der Zuzüge weiter steigen soll, müssen Menschen überzeugt werden, die im Hinblick auf ein mögliches Zielland unentschieden sind: Warum soll ich nach Berlin, Frankfurt oder Dresden ziehen, wenn ich auch in Paris oder Toronto leben könnte? Das „Rennen um Talente“ beschreibt eindrücklich, dass die nationalen Einwanderungs-

Dr. Andreas Ette ist Leiter der Forschungsgruppe „Internationale Migration“ am BiB.

politiken immer im unmittelbaren Wettbewerb mit denen anderer potenzieller Zielstaaten stehen. Wenn Menschen zu einem Zuzug nach Deutschland bewegt werden sollen, sind in diesem Wettbewerb die spezifischen Regelungen, Einkommensgrenzen und Sprachkenntnisse nur die eine Seite der Einwanderungspolitik. Genauso wichtig sind die Verständlichkeit und Nutzerfreundlichkeit eines solchen Systems. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland sollte hier in den kommenden Jahren genutzt werden, um auch für Bewerber, die mit dem deutschen Verwaltungswesen nicht vertraut sind, eingängige Verfahren anbieten zu können. Mit der Digitalisierung sollten Bearbeitungszeiten reduziert werden und die Antragsteller den Stand der Bearbeitung jederzeit einsehen können.

Auch nach der Ankunft in Deutschland sind die Einwanderer mit mühsamen Verwaltungsprozessen konfrontiert. Dass die Ausländerbehörden in vielen Regionen mittlerweile als „Welcome Center“ firmieren, entspricht nicht immer der Realität. Wartezeiten für persönliche Termine sollten reduziert beziehungsweise Behördengänge durch die Digitalisierung vermieden werden. Der Mangel an Fachkräften insbesondere auf den kommunalen Ebenen der öffentlichen Verwaltung macht die Modernisierung in der Praxis nicht einfacher.

Mehr Personen mit eigener Einwanderungserfahrung für die Verwaltung zu gewinnen, wäre ein Weg, um dem gravierenden Mangel an Mitarbeitenden entgegenzuwirken. Eine eigene Einwanderungserfahrung würde den Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung auch dabei helfen, Dienstleistungen kundenzentriert zu erbringen und heutigen Neuzuwanderern gegenüber Verständnis zu zeigen.

Für potenzielle Einwanderer muss aber auch das Gesamtpaket langfristig stimmen. Dies betrifft Regelungen für die Einwanderung von Familienangehörigen und auch die Schnittstellen mit anderen gesellschaftlichen Bereichen. Neben Offenheit in Unternehmen und Verwaltungen gegenüber Neuzugewanderten betrifft dies nicht zuletzt auch die Offenheit des Bildungs- und Betreuungssystems für deren Kinder.

Die geringen Erwerbsquoten von neuzugezogenen Frauen spiegeln nicht unbedingt ihr familiäres Rollenbild. Sie sind auch eine Konsequenz dessen, dass jüngst zugezogene Familien es schwer haben, adäquate Bildung und Betreuung für ihre jungen Kinder zu finden. Eine höhere Beteiligung der neuzugewanderten Kinder in ganztagsschulischen Einrichtungen und Kitas würde nicht nur helfen, späteren Benachteiligungen im Bildungssystem vorzubeugen, sondern würde auch die Erwerbsbeteiligung von Migrantinnen erhöhen.

Krisen als Chance im Zuwanderungsgeschehen begreifen

Das bestehende Regelwerk zur Steuerung der Erwerbsmigration nach Deutschland orientiert sich an den Erfordernissen des nationalen Arbeitsmarktes. Die Definition von Einkommensgrenzen, die Orientierung an Mangelberufen und die Festlegung spezifischer Herkunftsländer und Migrationskontingente folgen ökonomischen Interessen.

Internationale Wanderungsprozesse sind aber auch immer wieder Folge unvorhergesehener Entwicklungen. Diese Erfahrungen haben alle großen Einwanderungsländer in ihrer Geschichte gemacht. Das gilt auch für Deutschland: der Zuzug von (Spät-)Aussiedlern im Zuge des Zusammenbruchs des Ostblocks, der Zuzug aus Süd- und Osteuropa infolge der Finanz- und Eurokrise, die Kriege im ehemaligen Jugoslawien, in Syrien

und Afghanistan sowie zuletzt der Zuzug von mehr als einer Million Menschen aus der Ukraine haben ganz wesentlich die Einwanderung beeinflusst.

Die Einwanderung infolge wirtschaftlicher, politischer und zukünftig auch klimabedingter Krisen erfolgt in der Regel nicht über geordnete und streng gesteuerte Kanäle der Erwerbsmigration. Dennoch hat Deutschland in der Vergangenheit auch meist von krisenbedingter Migration profitiert. Vieles spricht dafür, dass unvorhergesehene Entwicklungen auch in Zukunft die Einwanderung nach Deutschland mitbestimmen werden. Hier braucht es ebenfalls flexible Rahmenbedingungen, um diesen Menschen eine Zuflucht zu gewähren sowie sie in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Reaktion der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine kann hier ein Vorbild für den Umgang mit zukünftigen Krisen sein. Mit der erstmaligen Aktivierung der europäischen „Richtlinie zum vorübergehenden Schutz“ wenige Tage nach Beginn des Krieges erhielten die Ukrainer durch die Erteilung befristeter Aufenthaltserlaubnis für zumindest zwei Jahre schnelle Rechts- und Planungssicherheit. Zusätzlich wurden sofort Möglichkeiten für eine Erwerbstätigkeit in Deutschland, die Förderangebote der Jobcenter und Zugang zu Integrationskursen und anderen Sprachprogrammen geschaffen.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) führt bereits seit Sommer 2022 mit weiteren wissenschaftlichen Partnern eine mehrfache Befragung von mehr als 11.000 Menschen durch, die aus der Ukraine geflohen sind. Bei allen verbleibenden Herausforderungen stellen die bisherige Teilhabe der Ukrainer auf dem Arbeitsmarkt, die hohe Zahl besuchter Sprachkurse sowie die Integration der Kinder in Kitas und das Schulsystem ermutigende Befunde dar für das Ankommen dieser in erster Linie Schutz suchenden Menschen.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Ukraine auch in Zukunft ein wichtiges Herkunftsland von Einwanderern nach Deutschland sein. Ein Großteil der aus der Ukraine geflohenen Menschen lebt mittlerweile seit mehr als einem Jahr in Deutschland. Die dabei entstandenen Kontakte, die neuen Sprachkenntnisse und das erlangte Wissen über Deutschland werden dazu führen, dass es auch nach einem Ende des Krieges zu einem regen Migrationsgeschehen zwischen beiden Ländern kommen wird. Länder in der Nachbarschaft der EU können eine wichtige Quelle für Einwanderung nach Deutschland darstellen. Das gilt für die Ukraine und weitere Staaten der ehemaligen Sowjetunion, aber auch für nordafrikanische und asiatische Länder.

Prof. Dr. Irena Kogan, Lehrstuhl für vergleichende Soziologie an der Universität Mannheim und BiB Fellow.

Langfristige Lebensperspektiven in Deutschland ermöglichen

Entscheidungen für einen Umzug in ein anderes Land erfolgen häufig nur vorübergehend und auf wenige Jahre befristet. Für viele Menschen stehen bessere berufliche Karriereoptionen, ein höherer Lebensstandard, ein Auslandsstudium oder auch das Sammeln neuer Erfahrungen am Anfang ihrer Überlegungen für einen Aufenthalt im Ausland. In den vergangenen Jahren wurden am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) die Erfahrungen von Deutschen im Ausland untersucht.

Vor kurzem ins Ausland verzogene Deutsche sind nicht nur zumeist jung – die Hälfte von ihnen ist höchstens 32 Jahre alt –, sondern auch überdurchschnittlich hoch qualifiziert. Beinahe drei Viertel der ins Ausland verziehenden Deutschen haben eine Hochschulausbildung absolviert. Nur etwa jede fünfte Person verlässt Deutschland mit der Absicht, auf Dauer auszuwandern. Umgekehrt kehren etwa zwei Drittel der im Ausland lebenden Deutschen innerhalb der ersten fünf Jahre wieder zurück. Unter diesen international mobilen Deutschen haben diejenigen mit den höchsten Qualifikationen die geringste Absicht, dauerhaft im Ausland zu leben.

Nach Deutschland einwandernde Menschen mit einer europäischen oder außereuropäischen Staatsangehörigkeit verhalten sich ganz ähnlich wie die im Ausland lebende deutsche Bevölkerung. Es sind meist junge Menschen, die sowohl im Vergleich zur Bevölkerung in ihrem Herkunftsland als auch der Bevölkerung in Deutschland überdurchschnittlich hoch qualifiziert sind. Und auch für sie gilt, dass die meisten nur wenige Jahre in Deutschland bleiben wollen.

Mit steigendem Zuzug steigt für gewöhnlich auch die Zahl der Fortzüge – die Nettozuwanderung steigt daher meist nur langsam an. Für die erforderliche Nettozuwanderung von durchschnittlich 400.000 Personen, die langfristig das Erwerbspersonenpotenzial weitgehend konstant halten würde, muss daher die Zahl der Einwanderer deutlich steigen.

Menschen, die mit einer dauerhaften Bleibeabsicht nach Deutschland kommen, sollte eine dauerhafte Bleibeperspektive geboten werden. Die aktuell geplanten Vereinfachungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sind ein wichtiges Signal. Sie ermöglichen nicht nur Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die schon sehr lange in Deutschland leben, eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe und Mitbestimmung. Vielmehr sind die geplanten Vereinfachungen auch ein Versprechen an Einwanderer, dass sie in Deutschland willkommen sind. Die Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit in Deutschland, wie es in vielen anderen Einwanderungsländern praktiziert wird, kann es Menschen mit Migrationshintergrund erleichtern, auch mehrere Identitäten auszuleben.

Eine schnellere Einbürgerung – zukünftig in der Regel nach fünf Jahren – zeigt einen sicheren Weg, um in Deutschland langfristig Fuß zu fassen und individuelle Lebensziele hier verwirklichen zu können. Nur so kann eine am demographischen Wandel und den Erfordernissen des deutschen Arbeitsmarktes orientierte Einwanderungspolitik langfristig gelingen. Die Erfahrungen mit der Einwanderung in den vergangenen Jahrzehnten haben gezeigt, dass der demographische Wandel gestaltbar ist.

Wenn wir Menschen attraktive Perspektiven bieten, um ihre individuellen Lebensziele dauerhaft hier zu verwirklichen, wird die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland auch zukünftig von internationaler Migration profitieren.

7 Stadt, Land, Dazwischen

Von Nikola Sander, Nico Stawarz und Hannes Taubenböck

Veröffentlicht in FAZ.NET am 27.06.2023

Wenn wir über Stadt und Land nachdenken, verbinden wir mit diesen Begriffen bestimmte Erinnerungen, Gefühle und Erfahrungen. Beim Begriff „Stadt“ denken wir häufig an vielfältige kulturelle Angebote, einen gut ausgebauten ÖPNV oder kurze Wege zu alltagsrelevanten Dienstleistungen wie Supermärkte, aber auch an hohe Mieten, verstopfte Straßen und einen hohen Lärmpegel. Mit dem Begriff „Land“ verbinden wir hingegen Leben im Grünen, Wohneigentum mit Garten und gute Naherholungsmöglichkeiten, aber auch weite Wege zum Hausarzt, schlechte Verkehrsanbindung oder einen Rückstand beim Ausbau des Internets. Diese Aufzählung ließe sich ohne weiteres fortführen.

Auch aus bevölkerungswissenschaftlicher Perspektive ist die Unterscheidung von Stadt und Land von großer Bedeutung, da sie hilft, die räumliche Verteilung der in Deutschland lebenden Bevölkerung sowie deren Altersstruktur zu analysieren und zu verstehen. Dieses Wissen ist wiederum für die Analyse der Lebensbedingungen auf regionaler Ebene, für politische Entscheidungen und Planungsprozesse wie den Ausbau von Verkehrswegen, Kitas und Schulen sowie die Schätzung von Steuereinnahmen von Bedeutung.

Ein neuer Trend?

Deutschlands Bevölkerung ist durch eine niedrige Geburtenrate und eine relativ hohe Lebenserwartung gekennzeichnet. Wie sie sich zwischen Stadt und Land verteilt, ist neben der Einwanderung aus dem Ausland stark von der Binnenwanderung abhängig. Umzüge innerhalb Deutschlands tragen entscheidend zu Veränderungen in der Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land bei. Insgesamt haben wir über den Zeitraum 2012 bis 2021 ein Wachstum aller kreisfreien Städte (mit der Ausnahme von Oberhausen) beobachtet, welches sich aus dem Zusammenspiel von Einwanderung, Binnenwanderung und mehr Geburten als Sterbefällen ergibt.

Schaut man aber gezielt nur auf die Binnenwanderungsdaten der vergangenen Jahre, so messen wir einen Trend hin zu Wanderungsverlusten für die Städte. In den beiden ersten Jahren der COVID-19-Pandemie, also 2020 und 2021, hat sich dieser Trend noch einmal verstärkt. Betrugen die Wanderungsverluste der Städte 2019 im Durchschnitt -0,3 Prozent, waren es in den Jahren 2020 und 2021 rund -0,5 Prozent. Aber bedeutet dies, dass Menschen nun häufiger aufs Land ziehen? Erleben wir eine Wiederbelebung des Landlebens? Diese Schlussfolgerung ist, wie wir sehen werden, mitunter trügerisch, denn sie hängt davon ab, anhand welcher Kriterien wir Stadt und Land abgrenzen.

Zunächst muss festgestellt werden, dass die „Stadtflucht“ keineswegs ein neues Phänomen ist. In den 1990er Jahren – und insbesondere in den neuen Bundesländern – war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Damals zogen besonders viele Menschen aus den Städten weg und bauten Häuser vor allem in den Vororten der Städte.

Die Folge war eine intensive Suburbanisierung, also eine Zunahme der Bevölkerung in vormals gering verdichteten städtischen Randgebieten. In den 2000er Jahren drehte sich dieser Trend um: Die Menschen zogen vermehrt in die größeren Städte. Die Phase der Bevölkerungsgewinne durch Binnenwanderung dauerte etwa ein Jahrzehnt, ohne dass heute ganz klar wäre, welche Faktoren diese Trendumkehr bewirkt haben. Sicher spielte der Wunsch nach einem städtischen Leben mit vielfältigen kulturellen Angeboten eine Rolle, aber auch die stärkere Konzentration von Jobs im Dienstleistungssektor und in wissensbasierten Berufen in den Städten.

Das Wachstum der größeren Städte erreichte in den späten 2000er Jahren seinen Höhepunkt. In dieser Zeit kam es dort aufgrund der Binnenwanderung zu einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum von 0,4 Prozent pro Jahr. Für eine Großstadt mit 500.000 Einwohnern entspricht dies einem jährlichen Bevölkerungszuwachs aufgrund der Binnenwanderung von 2.000 Personen. Eine der am stärksten wachsenden Großstädte war München, welches im Jahr 2006 einen Zuwachs von knapp 30.000 Personen (oder 2,3 Prozent) verzeichnete.

Hinzu kommt auch noch die Einwanderung, die sich vor allem auf die Großstädte fokussiert. Die aus der Ein- und Binnenwanderung resultierende Nachfrage nach Wohnraum führte in vielen Großstädten zu hohen Mieten und Wohnungsknappheit. Hierzu trug auch ein gestiegener Anspruch an Wohnfläche pro Kopf bei: 1995 waren es 36 Quadratmeter pro Kopf, heute sind es fast 48 Quadratmeter. Aus unseren Untersuchungen wissen wir, dass ab 2012 die gestiegenen Mieten mehr Menschen dazu bewogen, aus den Städten wegzuziehen oder diese zu meiden. Stattdessen wählten sie eher das unmittelbare Umland als Wohnort. Dies verdeutlicht empirisch, dass es häufig nicht die klischeehafte Sehnsucht nach einem Leben auf dem Land oder im Grünen ist, die die Menschen dazu bewegt, aus den Städten abzuwandern. Oftmals sind es ganz praktische Gründe.

Die aktuelle, seit dem Jahr 2014 anhaltende Phase der Abwanderung aus den Städten ins Umland geht – wie schon in den 1990er Jahren – vor allem mit einem verstärkten Wegzug von Familien einher. Der Trend der Suburbanisierung hat sich während der COVID-19-Pandemie noch einmal verstärkt. Neben dem Wegzug der Familien aus der Stadt war hierfür auch der vorübergehende Rückgang des Zuzugs junger Erwachsener in die Städte für eine Ausbildung oder ein Studium verantwortlich. Vielfach diskutiert werden zudem die Folgen der Ausweitung von Homeoffice während der Pandemie. Neben den Auswirkungen auf die Arbeitszufriedenheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann dies auch zu Veränderungen beim Umzugs- und Pendelverhalten führen. So könnte die Entscheidung häufiger zugunsten eines vom Arbeitsort weiter entfernten Wohnorts ausfallen, da die längeren Arbeitswege dann seltener bewältigt werden müssen. Allerdings deuten erste Untersuchungen darauf hin, dass dies nur dann der Fall ist, wenn an mehreren Tagen in der Woche ganztags im Homeoffice gearbeitet wird.

Dr. Nikola Sander leitet den Forschungsbereich „Migration und Mobilität“ am BiB.

Trotz der aktuellen „Stadtflucht“, die sich zwar in den Zahlen zeigt, aber kein Massenphänomen darstellt, gehen wir und andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler davon aus, dass

sehr ländlich geprägte Regionen in Deutschland weiterhin an Bevölkerung verlieren werden. Dies betrifft vor allem randständige Regionen wie Teile des Saarlands, den Bayerischen Wald oder den Harz. Für diese Prognose sprechen sowohl die anhaltende Wanderung junger Erwachsener vom Land in die Stadt als auch die Tatsache, dass sich Einwanderung vor allem auf die Städte konzentriert.

Wo ist die Grenze?

Kehren wir an dieser Stelle zu unseren Assoziationen mit den Begriffen „Stadt“ und „Land“ zurück. Unsere oftmals klischeehaften Vorstellungen lassen sich nicht einfach in eine unanfechtbare Klassifikation von Stadt und Land überführen. Für die Ausweisung von „Stadt“ und „Land“ in Bevölkerungsstatistiken gibt es verschiedene Herangehensweisen, die u. a. von konzeptuellen Überlegungen oder der Wahl von Schwellenwerten abhängen. Unter Schwellenwerten versteht man die Definition, ab wann man ein Gebiet als urban einstuft. So gelten beispielsweise Kommunen ab 5000 Einwohnern in Deutschland als urban.

Gerade aber die in der Bevölkerungsstatistik und eben auch für die Erfassung der Binnenwanderung verwendeten administrativen Raumeinheiten (Gemeinden, Kreise) sind eine Hürde für die Abgrenzung von „Stadt“ und „Land“. Denn administrative Raumeinheiten sind nicht geeignet, um genaue Aussagen über den Charakter des Wohnortes treffen zu können. Insbesondere in den neuen Ländern gab es in den 1990er Jahren Gebietsreformen, die zu sehr großen Kreisen geführt haben. Letztlich ist auf Grundlage der Kreise allenfalls eine sehr grobe Einordnung in eher „städtisch“ oder „ländlich“ möglich, da der Gebietscharakter innerhalb eines Kreises sehr stark variieren kann. Infolgedessen klassifizieren wir dann fälschlicherweise eine eher städtisch geprägte Landnutzung innerhalb eines überwiegend ländlich geprägten Kreises als ländlich. Hierzu ein kurzes Beispiel: Das im Bundesland Brandenburg gelegene Umland von Berlin wird in der Bevölkerungsstatistik überwiegend als „Land“ klassifiziert, aber in Wirklichkeit handelt es sich um den suburbanen Raum von Berlin, aus dem täglich viele Menschen zu ihrer Arbeitsstätte in Berlin pendeln.

Für die Bevölkerungsstatistiken wirft das ein weiteres Problem auf: Die einfache Unterscheidung zwischen Stadt und Land wird der Komplexität von Raumstrukturen nicht gerecht. Eine weitere Kategorie ist jene, die wir als Umland oder suburbanen Raum bezeichnet haben. Sie meint einen Zwischenraum mit oftmals geringerer Bebauungsdichte und ohne Blockbebauung, also Wohnorte, die strukturell nicht der klischeehaften Vorstellung von Stadt entsprechen. Gleichzeitig sind diese Orte über die Verkehrsinfrastruktur eng mit der Stadt verknüpft und bieten Wohnraum für einen Teil der städtischen Arbeitsbevölkerung.

Dr. Nico Stawarz leitet das Projekt zu Binnenwanderung am BiB.

Deutschland ist weniger urbanisiert als gedacht

Wie lassen sich nun die Grenzen zwischen städtischem, ländlichem und suburbanem Raum ziehen? Einen einheitlichen in der Verwaltung wie in der Wissenschaft allgemein akzeptierten Ansatz gibt es nicht. Die meisten Methoden bauen auf relativ groben administrativen Vorgaben wie

Kreis- und Gemeindegrenzen auf. Wir können mittlerweile jedoch Gebäudemodelle und Satellitendaten nutzen, um sehr detaillierte und kleinräumige Einteilungen zu erhalten. Vereinfacht gesagt bestimmen wir mittels eines Algorithmus, wo tatsächlich ein Gebäude steht, ob es sich dabei etwa um ein Einfamilien-, Doppel-, Reihen- oder Mehrfamilienhaus handelt und ob die Nachbarschaft durch hohe Gebäude- oder Bevölkerungsdichten charakterisiert wird oder die Gebäude eher fragmentiert und gering verdichtet angeordnet sind. Anhand dieser Auswertungen der bebauten Landschaft bzw. der Bevölkerungsdichte lassen sich dann Aussagen über den städtischen oder ländlichen Charakter auf lokaler Ebene treffen. Auf dieser Basis ist es möglich, auch innerhalb administrativer Grenzen Wohnorte nach ihrer lokalen Umgebung zu klassifizieren.

Was zeigen unsere Auswertungen mit der neuen Methode, die uns Stadt und Land wesentlich präziser bestimmen lässt? In Deutschland leben nach unseren Berechnungen fünfzig Prozent der Bevölkerung in verdichteten, urbanen Siedlungsstrukturen, die aber nur zwei Prozent der Fläche Deutschlands bedecken. Nur fünf Prozent der Bevölkerung leben dagegen tatsächlich auf dem Land, das dafür aber etwa 32 Prozent der Fläche ausmacht. Interessanterweise leben 45 Prozent der Bevölkerung in Übergangsregionen, die weder eindeutig städtisch noch ländlich sind. Das sind unter anderem die sogenannten Speckgürtel, die Randgebiete der Städte. Sie sind in den vergangenen Jahren die Gewinner der Abwanderung aus den Städten gewesen.

Das legt den Schluss nahe: Wenn Menschen aus der Stadt abwandern, ziehen die meisten nicht wirklich aufs Land, sondern eher in den suburbanen Raum. Unsere neuen Auswertungen verdeutlichen zudem, dass der Grad der Urbanisierung, welcher nach konventionellen Methoden für Deutschland mit mehr als 80 Prozent angegeben wird, vermutlich überschätzt wird. Deutschland ist also weit weniger urbanisiert als gemeinhin angenommen. Am anderen Ende des Spektrums zeigen unsere Auswertungen aber auch, dass es weniger wirklich ländlich geprägte Siedlungsstrukturen gibt als bisher angenommen. So widerlegen unsere Ergebnisse die Aussage, dass 90 Prozent der Fläche Deutschlands ländlich geprägt seien. Ein großer Teil dieser Fläche ist eher der Übergangskategorie zuzuordnen.

Der demographische Wandel in Stadt und Land

Werden in Zukunft mehr Menschen in verdichteten, urbanen Siedlungsstrukturen wohnen? Oder werden die Übergangsregionen die Gewinner des demographischen Wandels sein? Wie sich die Bevölkerung in städtischen, suburbanen und ländlichen Regionen in Zukunft entwickeln wird, hängt von vielen Faktoren ab. Dazu zählen die Entwicklungen der Geburtenraten, der Sterberaten, der Migration sowie Veränderungen in der Politik und Wirtschaft. Im Zuge des demographischen Wandels wird die Bevölkerung in Stadt und Land weiter altern. Dies bringt eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen mit sich, etwa für die Gesundheitsversorgung und die Ausbildung von Fachkräften. Binnen- und Einwanderung haben einen starken Einfluss auf die regionale Bevölkerungsentwicklung. Für ländliche Gebiete bedeutet dies oft eine Abnahme der Bevölkerung, eine Alterung der verbleibenden Bevölkerung und Herausforderungen bei der Bereitstellung von Dienstleistungen und Infrastruktur. Die größten Städte hingegen werden weiterhin mit wachstumsbedingten Herausforderungen wie steigenden Wohnkosten und sozialer Ungleichheit konfrontiert sein. Die suburbanen Regionen werden – so die Prognosen – in absehbarer Zukunft weiter an Bevölkerung gewinnen. Gerade diese Regionen sollten in den politischen Debatten über gleichwertige Lebensverhältnisse nicht durchs Raster fallen.

Bei der Gestaltung des demographischen Wandels in Stadt und Land spielen Politik und Planung eine wichtige Rolle. Notwendig sind eine nachhaltige, zukunftsorientierte Raumentwicklung und Raumplanung sowie eine differenzierte Betrachtung der Frage „Wo wohnen wir? In Stadt, Land, oder dazwischen?“. Viele Statistiken, sei es nach Wohnortpräferenzen, sei es nach regionaler Identität, sei es nach politischen Haltungen oder anderen Variablen, beziehen sich auf den Gegensatz von Stadt und Land. Unsere Analysen zeigen aber, dass diese Abstraktion zu vereinfachend ist und daher eine suboptimale Handlungsgrundlage für politische und planerische Entscheidungen darstellt.

Prof. Dr. Hannes Taubenböck leitet die Abteilung „Georisiken und zivile Sicherheit“ am Erdbeobachtungszentrum des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und hat den Lehrstuhl für Globale Urbanisierung und Fernerkundung an der Universität Würzburg inne. Er ist zudem BiB Fellow.

Nehmen wir als Beispiel die politische Maßgabe, jedes Jahr in Deutschland 400.000 neue Wohnungen zu bauen. Wo welche Wohnformen gebaut werden sollen, ist eine wichtige planerische Entscheidung, die auf den Wohnungsmarkt ausgleichend wirken kann. Das politische Metanarrativ, welches auf konventionellen Methoden beruht und besagt, dass Urbanisierung in Deutschland mit mehr als 80 Prozent weit vorangeschritten sei, impliziert andere Antworten als unsere neueren Analysen, die besagen, dass nur 50 Prozent der Bevölkerung in verdichteten, urbanen Siedlungsstrukturen leben. Es ist daher notwendig, eine differenzierte und kleinräumige Bewertung des Grades der Urbanisierung vorzunehmen.

Letztlich ermöglicht eine genauere Betrachtung der Frage „Wo wohnen wir?“ eine fundiertere Debatte darüber, wo neuer Wohnraum geschaffen werden sollte. Für politische Entscheidungen gilt es, dabei ökologische, ökonomische und soziale Aspekte auszubalancieren.

8 Pendeln für die Arbeit, ja oder nein?

Von Heiko Rüger und Natascha Nisic

Veröffentlicht in FAZ.NET am 04.07.2023

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Gesellschaft in vielerlei Hinsicht grundlegend verändert. Parallel zu der Bildungsexpansion, von der insbesondere Frauen profitiert haben, sind die Beteiligung am Arbeitsmarkt und die Karriereambitionen von Frauen stark gestiegen: So war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der Anteil der Akademikerinnen unter den 30 bis 34 Jahre alten Frauen zuletzt mit dreißig Prozent doppelt so hoch wie noch vor einer Generation.

Die weibliche Erwerbsbeteiligung wiederum ist innerhalb von gut drei Jahrzehnten von 57 Prozent im Jahr 1991 auf 71 Prozent im Jahr 2022 gestiegen. Parallel dazu hat sich der Anteil der Doppelverdiener unter den Paaren erhöht: 2018 waren in 65 Prozent aller Paarfamilien beide Elternteile erwerbstätig.

Erhöht haben sich im Zug dieser Veränderungen, aber auch durch den Strukturwandel der Wirtschaft und den Umbau des Arbeitsmarktes, die Anforderungen an die räumliche Mobilität von Erwerbstätigen. Das betrifft nicht nur das Pendeln, sondern auch Umzüge an den Arbeitsort. (Aus-)Bildungsabschlüsse sind stärker differenziert und spezialisiert und daher nicht in jeder Region gleichermaßen „verwertbar“. Außerdem ist der Arbeitsmarkt stärker flexibilisiert.

Immer mehr Arbeitsverhältnisse sind befristet und erfordern häufigere Wechsel von Arbeitsplatz und -ort. Lag beispielsweise der Anteil der befristet Beschäftigten unter den 25- bis 34-Jährigen laut Statistischem Bundesamt 1991 noch bei 8,4 Prozent, so waren es 2018 bereits 16,9 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung weist auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus: Waren im Jahr 2000 noch weniger als ein Drittel aller sozialversicherungspflichtigen Neueinstellungen befristet, war es auf dem Höhepunkt der Entwicklung im Jahr 2009 bereits jede zweite. Zuletzt lag der Anteil bei 32 Prozent.

Soziales Dilemma

Moderne Gesellschaften sind grundsätzlich auf räumliche Mobilität angewiesen. Sie ist ein wichtiger Mechanismus, um regionale Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, bei den Bildungsangeboten oder den Wohnmöglichkeiten auszugleichen. Dementsprechend gibt es zahlreiche Motive für die räumliche Mobilität von Individuen, etwa veränderte Wohnbedürfnisse nach der Gründung einer Partnerschaft oder Familie, die Aufnahme oder der Wechsel einer Ausbildung oder die Präferenz für bestimmte Regionen. In diesem Beitrag konzentrieren wir uns auf die berufsbedingte räumliche Mobilität. Für Erwerbstätige ist sie ein Mittel zur Verbesserung der Einkommens- und Karrierechancen.

Allerdings sehen sich Paare und Familien, insbesondere solche mit doppelter Erwerbstätigkeit, durch die räumlichen Mobilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes vor große Herausforderungen gestellt. Vor allem gemeinsame Umzüge sind im Vergleich zu Wohnortwechseln von Singlehaushalten nicht nur erheblich aufwändiger, sondern auch weniger erstrebenswert. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass beide Partner am selben Ort die jeweils individuell besten Erwerbs- und Karrierechancen vorfinden, ist gering, so dass ein gemeinsamer Umzug für den mitziehenden Partner häufig mit Nachteilen für dessen berufliche Situation verbunden ist.

Selbst wenn die Gewinne des einen Partners durch die neue Aufgabe die Verluste des anderen kompensieren, befinden sich die Paare in einer Situation, die als „soziales Dilemma“ bezeichnet werden kann. Für den Haushalt als Ganzes mag sich ein Umzug lohnen, weil er unter Umständen ein insgesamt höheres Haushaltseinkommen verspricht. Ein solcher Gewinn wird aber nicht realisiert, wenn der mitziehende Partner befürchtet, dass sich seine individuelle Lebens- und Einkommenssituation durch den Umzug langfristig verschlechtert.

Tagespendeln deutlich weiter verbreitet

Angesichts hoher Scheidungs- und Trennungsraten ist der Verzicht auf eigene Verdienst- und Karriereoptionen zugunsten des Partners auch rein wirtschaftlich betrachtet mit einem beträchtlichen Risiko verbunden. Die Folge: Berufsbedingte Umzüge über größere Entfernungen hinweg nehmen ab. Stattdessen umgehen Paare das Dilemma dadurch, dass mindestens ein Partner über eine größere Distanz zum Arbeitsplatz pendelt. Entsprechend nehmen dauerhafte Pendelarrangements zu.

Analysen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) auf Basis amtlicher Daten zeigen: Während der Anteil der Bevölkerung in Deutschland, der jährlich über Kreisgrenzen hinweg umzieht, seit langem bei rund drei Prozent stagniert, ist der Anteil der Erwerbstätigen, die regelmäßig eine einfache Pendelstrecke von mindestens dreißig Minuten zurücklegen, seit Anfang der 1990er Jahre von rund 20 auf 27 Prozent gestiegen. Gleichzeitig stieg der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsweg von mindestens 25 Kilometern von elf auf rund 18 Prozent.

Wie stark das Mobilitätsdilemma ausgeprägt ist, hängt auch von der Erwerbs- und Bildungskonstellation der Paare ab. Je gleichwertiger und höher die Einkommens- und Karrierechancen sind, desto schwieriger wird ein gemeinsamer Umzug, da berufliche Nachteile des mitziehenden Partners nicht ausgeglichen werden können.

Die Umzugsbereitschaft von Haushalten sinkt aber auch deswegen, weil es inzwischen viel mehr hochqualifizierte Frauen gibt, die sich anders als Frauen früherer Generationen nicht mehr an den Karrieren der Männer orientieren. Zudem verringern die zunehmende Höherqualifizierung und die berufliche Spezialisierung die Chancen, wohnortnah passende Arbeitsplätze zu finden – nicht alle Berufsprofile oder auch Führungspositionen werden am aktuellen Wohnort nachgefragt bzw. sind dort verfügbar.

Wie Analysen der Autorin des Beitrags zeigen, wird in solchen Konstellationen ein Umzug nur dann ernsthaft erwogen, wenn beide Partner darauf hoffen können, von einem Wechsel des Wohnortes zu profitieren. Dies ist insbesondere bei Umzügen in Ballungsräume und Großstädte der Fall, die ausreichend gute Jobmöglichkeiten für beide Partner bieten. Insgesamt gilt: Verfügen Haushalte über mehr sogenanntes orts-

Prof. Dr. Natascha Nisic lehrt am Institut für Soziologie, Arbeitsbereich Soziologie und Methoden der quantitativen Sozialforschung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie ist außerdem BiB Fellow.

spezifisches Kapital, wird eher das Pendeln als ein berufsbedingter Umzug gewählt. Umzugsbarrieren sind neben zwei erwerbstätigen Partnern überdies Wohneigentum sowie schulpflichtige Kinder, denen ein Schulwechsel nicht zugemutet werden soll.

Beim Pendeln sind zwei Formen besonders relevant: Während Tagespendelnde in der Regel täglich oder mehrmals wöchentlich die Strecke zwischen Wohn- und Arbeitsort zurücklegen, unterhalten Wochenendpendelnde einen Zweitwohnsitz in der Nähe des Arbeitsortes und pendeln in der Regel am Wochenende zum Hauptwohnsitz zurück. Dabei ist das Tagespendeln deutlich weiter verbreitet: Etwa elf Millionen Erwerbstätige benötigen dreißig Minuten oder mehr für den einfachen Weg zur Arbeit. Aber auch das Wochenendpendeln hat seit Anfang der 1990er Jahre deutlich zugenommen und sich bis 2008 verdreifacht, wenngleich sich der Anteil derer an den Erwerbstätigen, die nur am Wochenende nach Hause fahren, im niedrigen einstelligen Prozentbereich bewegt.

Hohe soziale Kosten – besonders für Frauen

Die Zunahme der Pendelmobilität wurde durch verschiedene Entwicklungen begünstigt. So hat die stärkere Verbreitung befristeter Arbeitsverträge dazu geführt, dass sich ein Umzug in die Nähe des Arbeitsplatzes oft nicht lohnt. Darüber hinaus ermöglicht Pendeln Flexibilität bei der Wahl des Wohnortes. Familien ziehen häufig ins Umland von Städten, weil dort die Wohnbedingungen attraktiver und die Wohnkosten niedriger sind. In den vergangenen Jahren sind in vielen Städten die Mieten und Immobilienpreise zudem deutlich gestiegen und haben diese Tendenz noch verstärkt. Zudem haben Verbesserungen in der Verkehrsinfrastruktur dazu geführt, dass größere Entfernungen in kürzerer Zeit zurückgelegt werden können. So haben etwa auch die Pendlerströme zwischen den Großstädten zuletzt deutlich zugenommen.

Studien weisen jedoch darauf hin, dass Familie und Beruf bei langen Pendelzeiten insbesondere für Frauen schwerer miteinander vereinbar sind. Frauen legen im Durchschnitt kürzere Arbeitswege zurück als Männer, wobei sich das Pendelverhalten insbesondere dann deutlich von dem der Männer unterscheidet, wenn Kinder im Haushalt leben. Untersuchungen des BiB mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels zeigen zum einen, dass Frauen ihre Pendeldistanz um knapp ein Drittel reduzieren, sobald sie Mutter geworden sind. Zum anderen schieben Paare ihren Kinderwunsch auf, wenn sie durch das Pendeln einen erheblichen Zeitverlust für familiäre Belange erwarten und diesen nicht in Kauf nehmen können oder wollen – was die Relevanz der Pendelmobilität für demographische Prozesse exemplarisch verdeutlicht.

Verschiedene BiB-Studien zeigen darüber hinaus, dass lange Arbeitswege in Verbindung mit Verspätungen, Staus oder überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem erhöhten Stressempfinden beitragen. Chronischer Stress wiederum gilt als eine Ursache für zahlreiche Erkrankungen. Unter anderem wurde festgestellt, dass mit der Länge des Arbeitsweges das Risiko für depressive Verstimmungen, Übergewicht, Diabetes und Migräne zunimmt. Lange Pendelwege können zudem zu Verspätungen,

verminderter Produktivität und kontraproduktivem Verhalten wie erhöhter Aggressivität am Arbeitsplatz führen und mit häufigeren krankheitsbedingten Fehlzeiten einhergehen. Auch diese Effekte sind nicht geschlechtsneutral: Lange Pendelzeiten haben auf die Gesundheit von Frauen, insbesondere von Müttern, stärkere negative Auswirkungen.

Aber auch das Privat- und Familienleben kann unter der pendelbedingten Abwesenheit und Verknappung von Zeitressourcen leiden. Dies gilt insbesondere für Frauen, deren soziale Rolle nach wie vor stärker auf Hausarbeit und Kinderbetreuung ausgerichtet ist. Untersuchungen des BiB zeigen, dass pendelnde Frauen seltener verheiratet und seltener Mutter sind als weniger mobile Frauen, während bei Männern kaum Unterschiede existieren. Erhöhte Mobilitätsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt können daher die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere für Frauen erschweren und damit ihre Position auf dem Arbeitsmarkt weiter schwächen.

Eine geringere Mobilitätsbereitschaft könnte demnach insbesondere bei Müttern zu ungünstigen Erwerbsverläufen beitragen und den Lohnabstand zwischen Männern und Frauen (das sogenannte Gender Pay Gap) weiter vergrößern. Zusätzliche Spannungen können innerhalb der Partnerschaft entstehen: Während Mütter das eigene Pendeln als Belastung empfinden, leiden Väter stärker unter dem Pendeln der Partnerin. Dementsprechend geht eine intensive Pendelmobilität von Frauen – nicht aber von Männern – mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einher, dass Paare sich trennen.

Dem beruflichen Nutzen des Pendelns stehen somit vielfältige soziale Kosten gegenüber, die dann besonders hoch sind, wenn am Wohnort weitere familiäre und private Verpflichtungen bestehen, die räumlich und zeitlich nicht flexibel eingelöst werden können. Dementsprechend leiden nicht alle Erwerbstätigen unter dem Pendeln. Für manche hat das Pendeln auch positive Aspekte, etwa dann, wenn die Pendelzeit als Übergang zwischen Berufs- und Privatleben oder als „Auszeit“ genutzt werden kann.

Auch Umzüge können belastend sein

Umzüge als Alternative zum Pendeln oder zur Verkürzung der Pendeldistanz können jedoch auch Belastungen und Beeinträchtigungen des Wohlbefindens mit sich bringen. Dazu gehören die Organisation des Umzugs, die Schwierigkeit, bestehende soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten beziehungsweise am Zielort neue aufzubauen, oder auch Gefühle von Heimweh und Einsamkeit. Dennoch zeigen Studien, dass die Auswirkungen von arbeitsbedingten Umzügen auf das subjektive Wohlbefinden im Durchschnitt positiv sind. Oft geht zunächst, nämlich vor dem Umzug, die Lebenszufriedenheit zurück, weil man mit den Lebensumständen unzufrieden oder durch das (bevorstehende) Umzugsereignis selbst belastet ist. Mit oder nach dem Umzug steigt die Lebenszufriedenheit dann wieder auf das „normale“ oder ein höheres Niveau an.

In einer aktuellen Studie sind Verbesserungen des Gesundheitszustandes jedoch vor allem bei Personen mit Hochschulabschluss zu beobachten, während Personen, die höchstens einen Haupt- oder Realschulabschluss besitzen und keine Berufsausbildung haben, eine Verschlechterung ihrer körperlichen und psychischen Gesundheit erleben können, die in ihrer Größenordnung mit dem Effekt einer Ehescheidung vergleichbar ist. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass bei Personen mit schlechteren Berufschancen der Umzug häufiger durch ökonomische Notwendigkeiten erzwungen wird. Insgesamt scheinen Umzüge, die durch externe Faktoren, etwa Betriebsverlagerungen,

bewirkt werden, das Risiko für psychische Störungen zu erhöhen. Generell lässt sich feststellen, dass unfreiwillige räumliche Mobilität, sei es in Form von Pendeln oder in Form von Umzügen, eher mit einem geringeren subjektiven Wohlbefinden verbunden ist.

Zu den negativen sozialen Folgen eines Umzugs zählen auch berufliche Nachteile für die mitziehenden Partner – dies sind aufgrund der geringeren Verdienstchancen auf dem Arbeitsmarkt meist die Frauen – sowie eine traditionellere Aufteilung der Hausarbeit in der Partnerschaft. Dies kann zu innerfamiliären Konflikten und einer Verschlechterung der Qualität der Partnerschaften führen. Tatsächlich scheinen häufige Umzüge vermehrt mit Trennungen einherzugehen. Weitere Folgen von Umzügen sind Nachteile für die Kinder und deren schulische Leistungen, umzugsbedingte finanzielle Kosten oder erhöhte Belastungen, die sich aus der Organisation des Alltags am neuen Wohnort und den Erwartungen am neuen Arbeitsort ergeben können.

Besonders spannend wird zu beobachten sein, wie sich die durch die Coronapandemie verstärkte Nutzung von Homeoffice auf die räumliche Mobilität auswirken wird. Insgesamt kann diese Möglichkeit der Arbeitsorganisation zu einer größeren Flexibilität bei der Wahl des Wohn- und Arbeitsortes führen. So könnte es zu einer stärkeren Verlagerung des Wohnstandortes aus der Stadt in das Umland beziehungsweise in ländliche Regionen kommen. In der Folge könnten sich die einfachen Pendeldistanzen zum Arbeitsort wiederum erhöhen, die jedoch aufgrund der Möglichkeiten der Arbeit von zu Hause aus seltener zurückgelegt werden. Untersuchungen deuten darauf hin, dass es insgesamt zu einer – wenn auch moderaten – Verringerung des Pendelaufwands kommen könnte.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass das Verkehrsaufkommen insgesamt abnimmt, da für andere Zwecke wie Freizeitaktivitäten mehr Fahrten unternommen werden (sogenannte „Rebound-Effekte“). Verschiedene Studien weisen demnach darauf hin, dass Haushalte, in denen mindestens eine Person regelmäßig im Homeoffice arbeitet, unter dem Strich nicht weniger Verkehr verursachen als Haushalte ohne Nutzung der Möglichkeiten, von zuhause zu arbeiten.

Erfolgversprechende Strategien

Die räumliche Mobilität der Erwerbstätigen ist, wie deutlich wurde, von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung. Sie beeinflusst die Struktur und die Entwicklung der Bevölkerung. Um die mit der räumlichen Mobilität verbundenen individuellen und partnerschaftlichen Nachteile abzubauen, sind daher Unternehmen, Kommunen und eine kluge Stadt- und Regionalentwicklung gefragt, unterstützt durch entsprechende Strategien von Bund und Ländern.

PD Dr. Heiko Rüger leitet die Forschungsgruppe „Räumliche Mobilität und Binnenwanderung“ am BiB und ist Privatdozent für Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Zunächst gilt es, räumliche Mobilität zu ermöglichen: Die Mobilität junger Familien sollte besonders gefördert werden, um Brüche in den Erwerbsbiografien insbesondere von Müttern zu vermeiden und vorhandene Arbeitskräftepotenziale in den Regionen optimal zu nutzen. Erfolgversprechend ist hier vor allem der Ausbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur für die Kinderbetreuung und das Angebot von Ganztagsschulen.

Aber auch Mobilitätsbelastungen sollten reduziert werden: Besonders geeignet erscheinen betriebliche Maßnahmen, die den Beschäftigten mehr Autonomie und Flexibilität bei der Gestaltung von Arbeitszeit und Arbeitsort einräumen. Gleitzeitregelungen etwa können dazu beitragen, Stoßzeiten zu vermeiden.

Auch Angebote, die tägliche Arbeitszeit zu verlängern und im Gegenzug an einem Tag überhaupt nicht zu arbeiten (komprimierte Arbeitswoche) oder in gewissem Umfang von zu Hause aus zu arbeiten (Homeoffice), sind hilfreich, um die Zahl der Pendeltage zu reduzieren. Betriebliche Weiterbildungsangebote können darüber hinaus die Beschäftigten mit Kompetenzen ausstatten, die es ihnen ermöglichen, besser mit der Mobilität und dem damit verbundenen Stress umzugehen und so dazu beitragen, gesundheitliche Risiken zu verringern. Zudem gilt es, Mobilitätserfordernisse zu reduzieren: So könnten attraktive wohnortnahe Arbeitsmöglichkeiten (Ansiedlung von Gewerbebetrieben in Wohnquartieren) und bezahlbarer Wohnraum in Ballungszentren geschaffen werden. Schließlich sollten „aktive“ Formen des Pendelns gefördert werden: Durch die Verbesserung der Infrastruktur für den Rad- und Fußverkehr können Verkehrs- und Umweltbelastungen verringert und die Gesundheit der Pendelnden gefördert werden.

9 Alterung: Fluch oder Segen?

Von Andreas Mergenthaler, Martina Brandt und Sebastian Klüsener

Veröffentlicht in FAZ.NET am 13.07.2023

Ein Megatrend entfaltet im Schatten akuter Krisen wie etwa dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine seine umfangreichen und langfristigen Auswirkungen auf westliche Gesellschaften. Die Rede ist vom Alterungsprozess im Kontext des demographischen Wandels, der bisweilen auch als demographische Revolution bezeichnet wird. Dieser Prozess wird unter anderem getragen durch einen starken Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung. Laut dem Statistischen Bundesamt liegt diese bei Geburt in Deutschland aktuell bei Männern bei 78,5 Jahren, bei Frauen bei 83,4 Jahren.

Damit ist die Lebenserwartung mehr als doppelt so hoch wie im späten 19. Jahrhundert, als sie erstmals für das Deutsche Reich erfasst wurde. Das Gute daran: Wir haben ein erhebliches Maß an Lebenszeit gewonnen, und es ist sogar Potenzial für eine weitere Erhöhung der Lebenserwartung vorhanden. Im Zuge dieser Entwicklung können viele Menschen damit rechnen, ein hohes Lebensalter zu erreichen – ein historischer Erfolg der Menschheit.

Ein weiteres prägendes Element des demographischen Wandels in westlichen Gesellschaften sind niedrige Geburtenraten. Diese treiben neben dem Anstieg der Lebenserwartung den Alterungsprozess der Gesellschaften voran: Relativ wie absolut gibt es mehr ältere und hochaltrige Menschen, was in der Wissenschaft auch als „dreifaches Altern“ bezeichnet wird. Dieses Phänomen ist allerdings längst nicht mehr auf Europa oder den „Westen“ beschränkt. In den kommenden Jahrzehnten wird der Alterungsprozess praktisch alle Gesellschaften weltweit betreffen.

Deutschland in Europa führend bei der Alterung

In Europa wiederum nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Alterung ein. Die Gründe dafür sind in der demographischen Entwicklung zu suchen, die das Land spätestens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs genommen hat. Wurden in den 1950er und 1960er Jahren in beiden deutschen Staaten relativ hohe Geburtenraten verzeichnet, so wurde diese Epoche in Westdeutschland ab 1970 und in Ostdeutschland ab den 1980er Jahren durch eine bis heute andauernde Phase mit sehr niedrigen Geburtenraten abgelöst. Die damit verbundene Alterung der Gesellschaft als Ganzes wird durch den Anstieg der Lebenserwartung noch verstärkt und kann durch Einwanderung zwar gebremst, aber nicht umgekehrt werden.

Tatsächlich ist die Zahl der Bürgerinnen und Bürger im Alter von 67 Jahren und mehr laut dem Statistischen Bundesamt allein in den vergangenen drei Jahrzehnten um sechs Millionen Menschen auf 16,4 Millionen im Jahr 2021 gestiegen. Aufgrund dieser Entwicklung stehen schon heute gesellschaftliche Institutionen wie das Renten- und Gesundheitssystem unter Druck. Das wird in den kommenden Jahrzehnten nicht anders

sein. Vor dem Hintergrund schon heute spürbarer Herausforderungen sollte aber auch die Frage gestellt werden, wie aus dem historischen Erfolg des längeren und gesünderen Lebens für Einzelne auch eine gesellschaftliche Erfolgsgeschichte werden kann.

Was macht die Babyboomer aus?

Hier lohnt es sich, die sogenannten Babyboomer und ihre Rolle in der Gesellschaft näher zu betrachten. Aus Sicht der Bevölkerungswissenschaft umfassen die Babyboomer die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1970. Dies sind in Deutschland rund zwanzig Millionen Menschen; zahlenmäßig sind sie die größte Generation der Nachkriegsgeschichte. Die Babyboomer haben in den zurückliegenden Jahrzehnten das politische, wirtschaftliche und soziale Leben in Deutschland maßgeblich geprägt und werden dies auch in den kommenden Jahren tun.

Aufgrund ihrer hohen Zahl haben die meisten Babyboomer im Laufe ihres Lebens die Erfahrung der „Überfüllung" gemacht: zunächst im Kindergarten, dann in der Schule und schließlich am Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wurden sie in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs geboren und erlebten in ihrer Jugend ein im Vergleich zu den Kriegsjahrgängen relativ hohes Maß an Wohlstand. Diese Erfahrungen haben auch Auswirkungen auf ihr Konsumverhalten und ihre Einstellung zur Erwerbsarbeit und zum Ruhestand.

Ein weiteres Merkmal der Babyboomer ist ihr hoher Bildungserwerb im Vergleich zu früheren Jahrgängen. Sie sind die ersten Jahrgänge, die stark von der Bildungsexpansion in Deutschland profitiert haben. Viele haben im Zuge dessen studiert oder eine berufliche Ausbildung absolviert und verfügen somit über ein breites Wissen und eine hohe berufliche Kompetenz und Erfahrung.

Im gesellschaftlichen Alterungsprozess nehmen die Babyboomer also eine Schlüsselstellung ein. Es kann sogar gesagt werden, dass die demographische Alterung in Deutschland bis ins Jahr 2040 im Wesentlichen von den Babyboomern bestimmt wird. Diese Verschiebung des Altersaufbaus hat aber nicht nur Auswirkungen auf individuelle Biografien, sondern beeinflusst auch das Zusammenleben aller Generationen und stellt den Arbeitsmarkt sowie die sozialen Sicherungssysteme vor Herausforderungen. Die Auswirkungen des demographischen Wandels sind bereits heute deutlich sichtbar: Da die in das Erwerbsleben eintretenden Geburtsjahrgänge zahlenmäßig geringer besetzt sind als die derzeit austretenden Babyboomer, ergeben sich Lücken auf dem Arbeitsmarkt. Der mit dem Nachwuchsschwund verbundene Fachkräftemangel wird es – wenn nichts unternommen wird – erschweren, offene Stellen mit qualifizierten Arbeitskräften zu besetzen. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, belastet dies nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern ist auch eine Hypothek für den Wirtschaftsstandort Deutschland und den darauf aufbauenden Wohlfahrtsstaat.

Dr. Andreas Mergenthaler leitet die Forschungsgruppe „Altern und Alterung" am BiB.

Die Belastung des Rentensystems

Durch den Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge wird es zudem zu Belastungen des umlagefinanzierten Rentensystems kommen, da sich das Verhältnis zwischen der Anzahl der Beitrags-

zahlenden zu den Bezieherinnen und Beziehern einer Altersrente verschiebt. Der sogenannte Altenquotient spiegelt diese Entwicklung eindrucksvoll wider: Kamen laut der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2021 drei Personen im erwerbsfähigen Alter auf eine Person im Rentenalter, so werden dies im Jahr 2035 voraussichtlich nur noch zwischen 2,3 und 2,5 Personen sein.

Prof. Dr. Martina Brandt, Lehrstuhl für Sozialstruktur und Soziologie alternder Gesellschaften an der TU Dortmund. Sie leitet die Sachverständigenkommission zum 9. Altersbericht der Bundesregierung. Sie ist zudem BiB Fellow.

Neben der gesetzlichen Rentenversicherung werden vor allem auch die Kranken- und die Pflegeversicherung in Deutschland von der Alterung der Babyboomer betroffen sein. Auf der Einzahlungsseite des Gesundheits- und Pflegesystems gehen die Einnahmen schon mit der Verrentung der Babyboomer zurück. Zu einem späteren Zeitpunkt wird es auch auf der Ausgabenseite zu erheblichen Zusatzbelastungen kommen, da die Gesundheitskosten pro Kopf und das Risiko einer Pflegebedürftigkeit mit dem Beginn der Hochaltrigkeit ab etwa 80 Jahren deutlich steigen. Insgesamt muss wegen der Alterung der Babyboomer in den kommenden Jahren mit enormen fiskalischen Belastungen gerechnet werden, welche die gesamte Gesellschaft, Alt und Jung, betreffen.

Demographiesensible Lösungen gesucht

Ob die demographischen Herausforderungen auf der gesamtstaatlichen Ebene erfolgreich bewältigt werden, wird sich in den kommenden 15 Jahren entscheiden. In diesem Zeitraum müssen Politik, Sozialpartner und Gesellschaft langfristige und demographiesensible Lösungen finden, die auch die Bedürfnisse, Ansprüche und Kompetenzen der wachsenden Zahl älterer Menschen berücksichtigen.

Eine wesentliche Grundlage zur Bewältigung der zukünftigen Gestaltungsaufgaben ist wissenschaftliche Expertise. Auf diesem Feld haben die verschiedenen Bundesregierungen frühzeitig gehandelt: So wurde das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) Anfang der 1970er gegründet, als sich aufgrund des Geburtenrückgangs abzeichnete, dass Deutschland in den kommenden Jahrzehnten vor demographischen Umwälzungen steht. Darüber hinaus leisten auch andere Forschungsinstitute und Universitäten im In- und Ausland seit Jahren wertvolle Forschung über alle Themen, die im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel von Bedeutung sind.

Vier entscheidende Maßnahmen

Auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse aus den vergangenen Jahren plädieren wir für einen Vierklang von entscheidenden und miteinander verknüpften Maßnahmen, um den Alterungsprozess erfolgreich gestalten zu können:

Erstens muss ein neues Altersbild gefördert werden, das die Kompetenzen älterer Menschen betont. Dies ist verbunden mit der Verabschiedung von der Vorstellung, dass Personen ab einem Alter von 65 Jahren schon zum „alten Eisen“ gehören. Zweitens ist die Stärkung von Anreizen und Angeboten wichtig, so dass sich noch mehr ältere Menschen in die Gesellschaft einbringen können und wollen, sei es auf dem

Arbeitsmarkt, im Ehrenamt oder in der Familie. Drittens ist der Ausbau von präventiven Maßnahmen in der Gesundheitsvorsorge erforderlich, um die Gesundheitskosten zu senken und durch die Vermeidung von Krankheiten die Lebensqualität von Älteren und deren Angehörigen zu erhöhen. Viertens sollte älteren Personen in kritischen Lebensphasen und -umständen gezieltere Unterstützung gewährt werden, etwa nach dem Verlust des Partners bzw. der Partnerin, aber auch bei Einsamkeit und Altersarmut. Nicht nur bei dieser letztgenannten, sondern bei allen vier Maßnahmen sollten gerade sozial benachteiligte oder von Lebensrisiken stark bedrohte Menschen in den Blick genommen werden, da sich solche Risiken im Lebensverlauf häufen und somit im höheren Alter besonders ausgeprägt sein können.

Die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Maßnahmen sind vergleichsweise günstig. Viele Babyboomer haben als Nachkriegsgeneration die Möglichkeit, gesünder älter zu werden, wodurch sie die Lebensphase Alter aktiver gestalten könnten als die Generationen vor ihnen. Somit verfügen sie generell über große Potenziale für eine längere aktive Teilhabe an der Gesellschaft. Das hilft dabei, den Wohlstand zu sichern. Solche Potenziale älterer Menschen stellen einen wichtigen Teil der Lösungen für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme dar. Darüber hinaus sind Maßnahmen, welche die Teilhabechancen im Alter verbessern und die Partizipation älterer Menschen fördern, nicht nur ein wesentlicher Baustein für die Sicherung des Wohlstands, sondern auch für den Zusammenhalt der Generationen.

Die gleichberechtigte Teilhabe fördern

Was leitet sich aus dem Vierklang an Maßnahmen konkret für die großen „Baustellen" Arbeitsmarkt und Rente sowie Gesundheit und Pflege ab? Ein Schlüsselelement besteht darin, mehr Ältere zu befähigen, länger im Arbeitsmarkt zu bleiben. Dies kann allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn die Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter verbessert werden – beispielsweise durch flexible Arbeitszeitmodelle, eine altersgerechte und gesundheitsförderliche Gestaltung des Arbeitsmarktes sowie eine angemessene Entlohnung. Gesundheitsförderung und Attraktivität der Arbeit könnten dabei Hand in Hand gehen: So ist eine wertschätzende Führung nachweislich ein Beitrag, Stress zu reduzieren. Auch Fort- und Weiterbildungen und Gesundheit bilden eine Einheit: Wer hierzu früh die Chance erhält, stärkt das Wohlbefinden auch durch Kompetenzaufbau.

Dass hier noch nicht alle Potenziale ausgeschöpft sind, wird am faktischen Renteneintrittsalter deutlich. Im Jahr 2021 lag es nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung Bund mit rund 64 Jahren deutlich unter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter. Würden die Babyboomer auch nur wenige Monate länger arbeiten, könnte dies angesichts der Größe dieser Jahrgänge schon eine große Wirkung am Arbeitsmarkt entfalten. In diesem Zusammenhang spielt auch der Trend zu einer fortgeführten Erwerbstätigkeit jenseits des Renteneintrittsalters eine Rolle, der in Deutschland seit den 2000er Jahren beobachtet werden kann.

Mehr Menschen arbeiten auch nach dem Renteneintritt

So stieg nach Angaben der amtlichen Statistik der Anteil von Menschen im Rentenalter, die gleichzeitig einer bezahlten Tätigkeit nachgingen, von 2,8 Prozent im Jahr 2002 auf 8,4 Prozent im Jahr 2022. Nach den Ergebnissen der BiB-Studie „Transitions and Old Age Potential" (TOP) unterscheiden sich die Erwerbstätigenquoten jedoch nach dem

Bildungsniveau. So waren ältere Menschen mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen häufiger im Rentenalter erwerbstätig als Personen mit geringer schulischer und beruflicher Bildung. Diese Ergebnisse zeigen, dass es wichtig ist, Teilhabebarrieren und soziale Ungleichheiten im Blick zu haben.

Teilhabeaspekte berühren nicht nur die Arbeitsmarktchancen, sondern auch den materiellen Wohlstand sowie die Gesundheit und die Lebenserwartung. So haben Studien aus der Gesundheitsforschung gezeigt, dass die Lebenserwartung eng mit dem sozialen und ökonomischen Status einer Person zusammenhängt. Zugespitzt ausgedrückt: Menschen mit niedrigem Einkommen leben durchschnittlich weniger gesund und sterben früher als Menschen mit hohem Einkommen. Dieser Unterschied hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht etwa verringert, sondern vergrößert. Gesundheitliche Ungleichheiten machen sich schon früh im Lebenslauf bemerkbar und bestimmen mit, ob und wie ältere Personen am Arbeitsmarkt verfügbar sind, aber auch in der Zivilgesellschaft und in der Familie.

Die sozialen Ungleichheiten in der Lebenserwartung sind ebenfalls im Zusammenhang mit der aktuellen Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters relevant, da gerade sozial benachteiligte Menschen mit niedrigen Renten das Risiko einer geringeren Rentenbezugsdauer haben. Diesem wird von der Politik durch flankierende soziale Maßnahmen Rechnung getragen. Insgesamt wäre eine Anpassung der gesetzlichen Alterssicherung an die mit der Alterung verbundenen Herausforderungen leichter umzusetzen, wenn es gelänge, die sozialen Unterschiede bei der Lebenserwartung zu reduzieren.

Lebenslange Fort- und Weiterbildung unerlässlich

Daher sind neben der lebensbegleitenden Fort- und Weiterbildung schon jetzt auch gezielte Maßnahmen zur Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung geboten, um die Potenziale älterer Personen in Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken, soziale Ungleichheiten der Gesundheit zu verringern und möglichst lange ein selbstbestimmtes Altern zu ermöglichen. Solche Maßnahmen sind prinzipiell in jedem Alter gewinnbringend. Gerade Deutschland hat beim Thema Prävention einen Rückstand im Vergleich zu vielen anderen Ländern.

Sollte es gelingen, entsprechende Programme in den kommenden 15 Jahren zu verwirklichen, könnte Deutschland als Vorbild des „guten Alterns“ für die vielen anderen Länder dienen, die vor ähnlichen demographischen Herausforderungen stehen. Die Alterung birgt aus dieser Perspektive viele Chancen zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung und zur Sicherung des Wohlstands. Fluch oder Segen dieser Entwicklung hängen somit nicht zuletzt auch davon ab, wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren gestaltet werden. Dies setzt wiederum voraus, dass der demographische Wandel endlich als eine der zentralen politischen und gesellschaftlichen Aufgaben begriffen wird und dringend erforderliche Maßnahmen besser heute als morgen in Angriff genommen werden.

Dr. Sebastian Klüsener leitet den Forschungsbereich „Alterung, Mortalität und Bevölkerungsdynamik“ des BiB.

10 Niedrige Lebenserwartung in Deutschland – ein Warnsignal

Von Sebastian Klüsener und Domantas Jasilionis

Veröffentlicht in FAZ.NET am 15.07.2023

Zu Deutschlands Selbstverständnis gehört es, bei vielen Kennzahlen Spitzenpositionen einzunehmen. Es ist das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union mit dem größten Bruttoinlandsprodukt und einem stark ausgebauten Wohlfahrtsstaat. Weniger bekannt ist, dass Deutschland in Westeuropa bei einem der wichtigsten Gesundheitsindikatoren, der Lebenserwartung bei Geburt, zu den Schlusslichtern gehört.

Gleichzeitig nimmt Deutschland aber in Westeuropa bei den Gesundheitsausgaben pro Kopf eine Spitzenposition ein, wobei praktisch der gesamten Bevölkerung Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung gewährt wird. Was sind die Hintergründe für dieses Paradox, welches allein schon Anlass zur Sorge gibt? Und warum ist die relativ niedrige Lebenserwartung ein Warnsignal für die Bewältigung der aktuellen großen Aufgaben, die sich durch die Alterung der Gesellschaft stellen? Diesen Fragen wollen wir hier nachgehen.

Für einen internationalen Vergleich bieten sich die westeuropäischen Länder an, da deren Wohlfahrtsniveau mit dem von Deutschland vergleichbar ist. Wir betrachten hier die 15 westeuropäischen Länder inklusive Deutschland, welche vor der ersten EU-Osterweiterung im Jahr 2004 zur Europäischen Union gehörten, sowie als sechzehntes Land die Schweiz. Es werden Daten für das Jahr 2019 verwendet, um den Vergleich nicht durch kurzfristige Trendänderungen während der Coronapandemie zu beeinflussen.

Das Ergebnis dieses Vergleichs fällt für Deutschland nicht günstig aus. Bei den Männern liegt Deutschland mit einer Lebenserwartung von 78,8 Jahren auf Platz 15, mehr als drei Jahre hinter dem Spitzenreiter Schweiz mit 81,9 Jahren. Bei den Frauen befindet sich Deutschland mit 83,5 Jahren auf Platz 14, hier deutlich hinter dem Spitzenreiter Spanien mit 86,2 Jahren.

Wenn Männer und Frauen zusammen betrachtet werden, ist Deutschland sogar mit dem 16. Platz Schlusslicht. Im Gegensatz zu der Situation in den USA, die ein noch ungünstigeres Verhältnis zwischen Lebenserwartung und Gesundheitsausgaben aufweisen, ist Deutschlands schlechte Position selbst in der Fachwelt nur unzureichend bekannt.

Lebenserwartung: oft falsch interpretiert

Um Zahlen zum Indikator „Lebenserwartung“ richtig einordnen zu können, muss zunächst auf einige in der öffentlichen Diskussion häufig auftauchende Missinterpretationen eingegangen werden. Die Lebenserwartung bei Geburt für das Jahr 2019 gibt an, wie alt ein neugeborenes Kind hypothetisch durchschnittlich werden würde, wenn im Verlauf des Lebens in jedem Alter jeweils genau die altersspezifischen Sterberaten wirken würden, welche 2019 gemessen wurden. Insofern wird dieser Indikator in der

Fachdiskussion als ein Maß verwendet, um die allgemeine Sterblichkeitssituation einer Bevölkerung in einem bestimmten Zeitraum zu erfassen.

In der öffentlichen Diskussion wird dagegen oft davon ausgegangen, mit diesem Indikator würden Prognosen darüber aufgestellt, wie lange heute geborene bzw. aktuell lebende Personen durchschnittlich leben werden. So wird der Indikator in der Fachdiskussion aber nur selten interpretiert, da für Prognosen auch Änderungstrends bei den Sterberaten berücksichtigt werden sollten. Diese Veränderungen können über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten erheblich sein.

Dr. Sebastian Klüsener leitet als Forschungsdirektor den Forschungsbereich „Alterung, Mortalität und Bevölkerungsdynamik“ des BiB.

Eine im Kontext unserer alternden Bevölkerung noch größere Problematik ergibt sich dadurch, dass häufig auch ältere Personen annehmen, die Lebenserwartung bei Geburt wäre für sie ein wesentlicher Maßstab. Wenn sie so vorgehen, unterschätzen sie aber tendenziell ihre verbleibende Lebenszeit. Bei der Berechnung der Lebenserwartung bei Geburt werden schließlich auch Todesfälle in jüngeren Altersgruppen berücksichtigt, welche ältere Personen bereits überlebt haben.

Für Personen, die auf das Rentenalter zugehen, ist daher die Lebenserwartung im Alter 65 viel aussagekräftiger. Lag die Lebenserwartung bei Geburt 2019 für Männer bei 78,8 Jahren und für Frauen bei 83,5 Jahren, so betrug die fernere Lebenserwartung der 65-Jährigen 18,1 bzw. 21,3 Jahre. Addiert man die bereits erreichten 65 Jahre hinzu, so ergibt sich für Personen im Alter von 65 Jahren eine durchschnittliche „Lebenserwartung“ von 83,1 Jahren bei den Männern und 86,3 Jahren bei den Frauen.

Diese Werte können auch viel eher als Prognose interpretiert werden, da sich Sterberaten innerhalb von 20 Jahren viel geringer verändern als über gesamte Lebensspannen. Derartige Zahlen tauchen in der öffentlichen Diskussion aber nur selten auf. Insofern ist davon auszugehen, dass viele Personen bei Entscheidungen in Bezug auf den Renteneintritt ihre verbleibenden Lebensjahre systematisch unterschätzen.

Wenig bekannt ist auch, dass in Deutschland große soziale Unterschiede bei der Lebenserwartung bestehen, und dass diese in den vergangenen Jahrzehnten nicht geringer, sondern größer geworden sind. Diese Unterschiede können in Deutschland wegen fehlender amtlicher Datenquellen nur indirekt berechnet werden, etwa anhand von Rentendaten und dort fundiert auch nur für Männer.

Für die jüngsten verfügbaren Berechnungen, die sich auf das Jahr 2016 beziehen, wurden die Rentenbezieher nach den während der gesamten beruflichen Laufbahn erworbenen Rentenpunkten in fünf gleich große Gruppen geteilt. Westdeutsche Männer in der niedrigsten Gruppe hatten mit 65 Jahren eine fernere Lebenserwartung von 15,7 Jahren, in der höchsten Gruppe dagegen eine fernere Lebenserwartung von 20,4 Jahren. Insofern ergibt sich hier ein Unterschied von fast fünf Jahren. In Ostdeutschland war die Differenz mit 15,8 beziehungsweise 21,2 Jahren sogar noch etwas höher. Die Vergrößerung der sozialen Differenzen seit Ende der 1990er Jahre ist frappierend. Damals lag der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Gruppe in Westdeutschland nur bei drei und in Ostdeutschland bei 3,5 Jahren. Allgemein ist

festzuhalten, dass Deutschland durchschnittlich eine vergleichsweise niedrige Lebenserwartung verzeichnet. Allerdings gibt es auch große Gruppen, die eine sehr hohe Lebenserwartung haben. Hierzu zählen insbesondere Personen mit hohen Renten.

Was sind die Ursachen für die relativ niedrige Lebenserwartung?

In einer kürzlich veröffentlichten Studie im European Journal of Epidemiology haben wir uns zusammen mit Alyson van Raalte und Pavel Grigoriev eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Es zeigt sich, dass sich der Rückstand Deutschlands auf führende Länder wie Japan, Spanien, die Schweiz und Frankreich überwiegend durch eine erhöhte Sterblichkeit an Herz-Kreislauf-Erkrankungen erklärt.

Hier ist wichtig, zu betonen, dass die Verlängerung der Lebenserwartung in den vergangenen fünfzig Jahren überwiegend durch eine verbesserte Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erreicht werden konnte. Auch Deutschland konnte dabei große Fortschritte erzielen, aber nicht in dem Maß, wie dies anderen Ländern gelungen ist. Insofern gibt es in Deutschland noch viele Todesfälle durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die eigentlich vermeidbar wären.

Deutschlands Rückstand tritt auch bereits in relativ jungen Sterbealtern auf. Männer in Deutschland haben schon ab einem Alter von 50 Jahren eine geringere Lebenserwartung als die Vorreiterländer. So verliert Deutschland bei Altern zwischen 50 und 65 Jahren gegenüber der Schweiz bereits fast ein Jahr an Lebenserwartung. Bei Frauen erklärt sich der Rückstand dagegen überwiegend aus erhöhter Sterblichkeit in Altern über 65 Jahren.

Die Suche nach den zugrunde liegenden Ursachen gestaltet sich schwieriger. Wie bereits angesprochen wurde, gehört Deutschland bei den Gesundheitsausgaben pro Kopf zu den Spitzenreitern. Studienergebnisse weisen darauf hin, dass die Vorbeugung und die Früherkennung von Krankheiten in Deutschland im internationalen Vergleich eher unterentwickelt sind. Dies hat zur Folge, dass viele Erkrankungen erst relativ spät behandelt werden, also wenn sie bereits stark fortgeschritten und Behandlungen oft sehr kostenintensiv sind.

Diffuser werden die Befunde bei der Frage, ob auch das Gesundheitsverhalten der Bevölkerung zu der höheren Sterblichkeit durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen beiträgt. So sind etwa hoch verarbeitete Lebensmittel weit verbreitet, was gegenüber der mediterranen Ernährungsweise in den südeuropäischen Ländern ein Nachteil sein könnte. Beim Rauchen und Alkoholkonsum, die mit vielen Herz-Kreislauf-Todesfällen in Verbindung stehen, sticht Deutschland dagegen nicht besonders hervor. Über die genauen Ursachen für Deutschlands Schlusslichtposition in Westeuropa muss sich die Forschung noch Klarheit verschaffen.

Warum die niedrige Lebenserwartung für die Alterung der Gesellschaft problematisch ist

Für das Rentensystem stellen die zunehmenden sozialen Unterschiede bei den Lebenslängen, gerade auch im höheren Alter, eine Herausforderung dar. Wie bereits gezeigt wurde, ist die Lebenserwartung von Personen mit hohen Renten deutlich höher, wobei die Unterschiede zu Personen mit niedrigen Renten weiter zunehmen. Insofern tragen gerade Personen mit hohen Renten zu finanziellen Herausforderungen im Rentensystem durch die Alterung bei. Wenn dem nun mit Erhöhungen des gesetzlichen

Renteneintrittsalters begegnet werden sollte, ginge dies mehr zu Lasten von Personen mit niedrigen Renten, da deren durchschnittlich verbleibender Anteil von Lebenszeit in Rente stärker reduziert würde.

Dies bedeutet nicht, dass Anhebungen des gesetzlichen Renteneintrittsalters, wie sie momentan bis 2031 erfolgen, grundsätzlich problematisch sind. Schließlich hat sich die Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten in allen Bevölkerungsgruppen verlängert. Derartige Maßnahmen sollten aber wie bisher mit sozialem Augenmaß erfolgen und entsprechend flankiert werden. Eine Anpassung der Sozialsysteme an die Herausforderungen durch den Alterungsprozess wäre einfacher zu bewerkstelligen, wenn es gelänge, die sozialen Unterschiede bei den Lebenslängen zu reduzieren.

Auch für das Gesundheitssystem ist die geringe Lebenserwartung trotz hoher Gesundheitsausgaben ein Warnsignal. Sowohl für die Ausgaben als auch für das Wohlbefinden einzelner Personen und ihrer Angehörigen ist es am besten, wenn Menschen nach einem langen gesunden Leben ohne größere Krankheit versterben.

Die letzten Lebensjahre sehen in Deutschland aber oft anders aus: Bereits stark erkrankte Personen werden mit hohen Kosten behandelt. Andere Länder weisen dagegen ein deutlich besseres Verhältnis zwischen Gesundheitsausgaben und Lebenserwartung auf, unter anderem durch einen stärkeren Fokus auf Prävention. Dies deutet auf Ineffizienzen im deutschen Gesundheitssystem hin. Es ist abzusehen, dass sich diese Problematik durch die Alterung der Babyboomer noch verstärken wird, da diese Entwicklung den Anteil älterer Personen weiter erhöht.

Was Deutschland besser machen kann

Um Deutschlands Rückständigkeit bei der Lebenserwartung zu überwinden und uns damit auch auf die Alterung der Bevölkerung besser einzustellen, halten wir drei ineinandergreifende Maßnahmen für wesentlich.

Erstens muss das Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung gestärkt werden. Denn unabhängig davon, wie weit Deutschland international beim Gesundheitsverhalten zurückliegt, ist in diesem Bereich noch viel Luft nach oben. Zugang zu gesunder Ernährung ist zwar zum Teil auch eine Kostenfrage, sie ist aber auch in einem hohen Maße eine Wissensfrage. So ist das Wissen über gesunde Verhaltensweisen in gut situierten Bevölkerungsteilen sehr weit verbreitet.

Dr. Domantas Jasilionis ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock.

Anders sieht es dagegen bei sozial schlechter gestellten Bevölkerungsteilen aus, da dort schmale Geldbeutel häufig mit mangelndem Wissen über das Warum und Wie einer gesunden Ernährungsweise gepaart sind. Auch gesundheitsschädliche Verhaltensweisen wie das Rauchen konzentrieren sich zunehmend in diesen Bevölkerungsteilen.

Besonders vielversprechend, das Gesundheitsbewusstsein auch gerade in sozial schlechter gestellten Bevölkerungsteilen zu stärken, sind Maßnahmen im Kindes- und Jugendalter. Während es für die Gesellschaft außer Frage steht, dass jedes

Mitglied unserer Gesellschaft Kompetenzen in Bereichen wie Lesen, Schreiben und Mathematik erwerben soll, kommen Kompetenzen für eine gesunde Lebensweise auf dem Lehrplan nur begrenzt vor. Hier besteht viel Potenzial, um durch den Ausbau der Vermittlung dieser Kompetenzen Menschen besser darauf vorzubereiten, ein möglichst gesundes Leben zu leben. Während solche Maßnahmen eher langfristig wirken, so bestehen auch bei älteren Bevölkerungsschichten noch erhebliche Potenziale, um deren Gesundheitsbewusstsein zu stärken. Auch dort sollte der Fokus gerade auf sozial schlechter gestellten Bevölkerungsteilen liegen.

Zweitens muss die Funktionsweise des Gesundheitssystems überprüft werden. In Deutschland ist es zu sehr auf die kostenintensive Behandlung von bereits stark fortgeschrittenen Erkrankungen fokussiert, während der präventive Bereich unterentwickelt ist. Dies hat zur Folge, dass Personen sich oft erst dann mit ihrer Gesundheit beschäftigen, wenn sie bereits schwer erkrankt sind. Dann können sie auf ein sehr gut ausgebautes Gesundheitssystem zurückgreifen, welches aber auch sehr kostenintensiv ist.

Ein humanerer und kostengünstigerer Ansatz wäre allerdings, wenn durch präventive Maßnahmen mehr Krankheiten vorgebeugt oder früh erkannt würden. Diese Umstellung hin zu einem größeren Fokus auf präventive Maßnahmen erfordert einen Kulturwandel, der in unserem komplexen Gesundheitssystem nur schwer zu vollziehen ist. Es finden sich im aktuellen Koalitionsvertrag zahlreiche Maßnahmen, die in die richtige Richtung weisen. Hierzu zählt etwa die Schaffung eines Nationalen Präventionsplans. Aber um die aktuelle Logik zu durchbrechen, werden ein langer Atem und viel politischer Wille nötig sein.

Zum dritten haben in den vergangenen Jahrzehnten fast alle Länder Westeuropas erhebliche Anstrengungen unternommen, um bessere statistische Daten zur Verfügung zu haben. Diese erlauben, soziale Probleme in den Bevölkerungen genauer zu erfassen und mit politischen Maßnahmen gezielter angehen zu können. Dabei wurden unterschiedliche Wege beschritten. In Deutschland hat die amtliche Statistik auch Fortschritte gemacht, aber in vielen Bereichen nicht in dem Maße wie im westeuropäischen Ausland.

Um etwa sozial ausgewogene Reformen unseres Rentenversicherungssystems ins Auge zu fassen, wäre es sehr hilfreich, ein vertieftes Verständnis zu besitzen, wie sich die Lebenserwartung in verschiedenen sozialen Gruppen unterscheidet. Diese Trends lassen sich mit den zur Verfügung stehenden Daten nur bedingt ermitteln. Der Registerzensus, der vom Jahr 2031 an derartige Daten liefern soll, verspricht Abhilfe, kommt aber für die Bewältigung der durch die Alterung der Babyboomer entstehenden Herausforderungen zu spät. Insofern besteht hier dringender Handlungsbedarf. Auch bei den verfügbaren Gesundheitsdaten ist im Vergleich zu anderen Ländern noch Luft nach oben.

Mit diesem Dreiklang an Maßnahmen könnten mindestens drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Durch die Vorbeugung und frühzeitige Erkennung von Krankheiten können (1) die Lebensqualität der Bevölkerung gesteigert, (2) die Teilhabemöglichkeiten älterer Personen in gesellschaftlichen Entwicklungen verbessert, und (3) einer Explosion der Kosten im Gesundheits- und Pflegesystem entgegengewirkt werden.

Diese Systeme stehen angesichts der Alterung der Babyboomer ohnehin stark unter Druck. Da es sich hier um eine Win-Win-Win-Situation handelt, ist schon die Frage angebracht, warum wir in diesem Bereich trotz eines akuten Handlungsbedarfs nur langsam vorankommen.

11 Was wir über die globale Bevölkerungsentwicklung wissen

Von Elke Loichinger und Catherina Hinz

Veröffentlicht in FAZ.NET am 26.07.2023

Im November vergangenen Jahres lebten erstmals acht Milliarden Menschen auf der Erde. Nur zwölf Jahre zuvor hatte die Weltbevölkerung die Sieben-Milliarden-Marke überschritten. Bis zur neunten Milliarde soll es laut den jüngsten Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) mit 14 Jahren schon etwas länger dauern, bis zur zehnten sogar weitere 21 Jahre.

Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die schon vor längerer Zeit eingesetzt hat: Auch wenn in vielen Teilen der Welt weiterhin mehr Menschen geboren werden als sterben, so geht die jährliche Wachstumsrate der Weltbevölkerung doch kontinuierlich zurück. Mittlerweile liegt sie bei weniger als einem Prozent.

Die Bevölkerungsfachleute der UN haben berechnet, dass die Größe der Weltbevölkerung in etwa sechs Jahrzehnten mit 10,4 Milliarden ihren Höhepunkt erreichen wird. Andere Institutionen kommen in ihren Vorausschätzungen zu einer etwas geringeren Zahl.

Doch gleich ob gut oder annähernd zehn Milliarden – die eingangs beschriebene Trendwende ist vielen nicht bewusst: Bei der TV-Ratesendung „Wer wird Millionär?“ wurde vor ein paar Wochen die Frage gestellt, mit wie vielen Menschen die Weltbevölkerung zum Ende des Jahrhunderts wohl ihren Höchststand erreichen werde.

Auch der „Publikumsjoker“ brachte nicht annähernd die richtige Antwort. Die Studiogäste überschätzen die maximale Größe der Weltbevölkerung haushoch um mehrere Milliarden Menschen. Offenkundig herrscht in den Köpfen vieler noch immer der Eindruck vor, die Menschheit werde noch auf Jahrzehnte hin ungebremst wachsen. Diese Zeiten sind jedoch vorbei.

Demographische Trägheit – was bedeutet das?

Kern jeder Bevölkerungsvorausberechnung sind Annahmen über die Entwicklung der Anzahl an Geburten, der Sterbefälle sowie der Zu- und Abwanderung. Für diese Annahmen wird auf vergangene Trends, Bevölkerungsmodelle und die Expertise von Fachleuten zurückgegriffen. Niemand kann exakt voraussagen, wann der Scheitelpunkt erreicht sein wird, von dem an die Weltbevölkerung schrumpft. Zu viele Einflussfaktoren und unvorhersehbare Ereignisse lassen jede Prognose als notwendigerweise unsicher erscheinen.

Für die kommenden zwei bis drei Jahrzehnte lässt sich die globale Bevölkerungsentwicklung jedoch recht gut prognostizieren. Das hängt mit der sogenannten demogra-

phischen Trägheit zusammen: Die in weiten Teilen der Welt noch relativ junge Bevölkerung lässt erwarten, dass es in vielen Ländern trotz abnehmender durchschnittlicher Kinderzahl bei einem Geburtenüberschuss bleibt. Die Elterngeneration von morgen ist heute schon geboren.

Vorausberechnungen verschiedener Institutionen unterscheiden sich vor allem in Bezug auf den prognostizierten Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau in ärmeren Ländern und der Entwicklung der Lebenserwartung. Allgemein wird erwartet, dass ein Großteil des globalen Wachstums in Zukunft auf Afrika südlich der Sahara sowie auf einige Länder Asiens entfällt. In den übrigen Teilen der Welt werden alternde Bevölkerungen und Bevölkerungsrückgänge die Regel sein.

Alle als seriös einzustufenden Vorausberechnungen haben Weiteres gemein: Sie gehen von einem Ende des Bevölkerungswachstums vor der Jahrhundertwende aus. Diese Einschätzung hat vor allem mit einem globalen Trend zu tun: Überall auf der Welt sinken die Geburtenraten. Mittlerweile bekommen Frauen im weltweiten Durchschnitt im Laufe ihres Lebens 2,3 Kinder. Anfang der 1960er Jahre lag die durchschnittliche Kinderzahl noch bei etwa fünf Kindern pro Frau.

Weltweiter Trend: sinkende Kinderzahlen

In der Bundesrepublik wie in der ehemaligen DDR lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau schon seit Anfang der 1970er Jahre unter zwei. Deutschland befindet sich damit in der letzten Phase des sogenannten demographischen Übergangs. Dieses Konzept beschreibt den modellhaften Verlauf von Veränderungen des Geburten- und Sterbeniveaus von hohen zu niedrigen Werten. Dieser demographische Übergang ist weltweit unterschiedlich weit fortgeschritten. Der Rückgang des Geburtenniveaus hat aber in allen Ländern eingesetzt. Die tatsächliche Kinderzahl je Frau hängt stark von den jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab.

Laut den UN leben mittlerweile zwei Drittel der Menschen in Ländern, in denen die Kinderzahl pro Frau auf knapp über zwei gesunken ist. Dieser Wert wird landläufig als „Bestanderhaltungsniveau“ bezeichnet: Eine Generation findet sich dann zahlenmäßig in der nächsten wieder, und die Bevölkerung stabilisiert sich nach und nach. Neben den Staaten Europas und Nordamerikas gibt es in allen Weltregionen Länder, die in diese Gruppe fallen, zum Beispiel Bangladesch, Brasilien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Mauritius und seit kurzem auch Indien. Niedrige Geburtenraten sind also keine Ausnahmen mehr.

In einigen Regionen nehmen die Kinderzahlen allerdings nur langsam und mit zeitlicher Verzögerung ab. In den afrikanischen Staaten bekommt eine Frau im Schnitt mehr als vier Kinder, die Bevölkerung wird sich voraussichtlich von heute 1,4 auf 2,5 Milliarden Menschen im Jahr 2050 fast verdoppeln.

Dr. Elke Loichinger ist Leiterin der Forschungsgruppe „Globale und regionale Bevölkerungsdynamik“ am BiB.

Aber auch in Afrika gibt es regionale Unterschiede: In Tunesien, Marokko, Südafrika und Botsuana, die im demographischen Übergang bereits weiter fortgeschritten sind, bringen Frauen im Laufe

ihres Lebens heute zwei bis drei Kinder zur Welt, mithin deutlich weniger als noch vor einigen Jahrzehnten. Auch in Ruanda, Malawi und Senegal geht die Kinderzahl zurück, während in Ländern wie Niger, wo nur etwa ein Drittel der Erwachsenen lesen und schreiben kann, Frauen im Schnitt immer noch 6,8 Kinder bekommen.

In Ländern mit weiterhin relativ hoher Säuglings- und Kindersterblichkeit bekommen Frauen bis heute im Schnitt mehr Kinder als in Ländern, in denen fast alle Kinder überleben. Steigende Bildung von Frauen wie Männern, zunehmende Geschlechtergerechtigkeit, eine abnehmende Bedeutung der Beschäftigung in der Landwirtschaft sowie generell verbesserte Möglichkeiten für Erwerbstätigkeit von Frauen außerhalb des Haushalts sind Faktoren, die global betrachtet mit einem Rückgang des Geburtenniveaus einhergehen.

Diese Zusammenhänge lassen sich grundsätzlich auf Länder mit noch vergleichsweise hohen durchschnittlichen Kinderzahlen je Frau übertragen, so dass auch in diesen Ländern von einem zukünftigen Rückgang der Geburtenzahlen auszugehen ist. Die Frage ist nur, wie zügig sich dieser Wandel vollzieht. Denn die dafür notwendigen Fortschritte setzen politischen Willen sowie hohe Investitionen voraus, zum Beispiel in den Bildungssektor.

Bei Diskussionen über das Geburtenniveau sollte allerdings immer die freie Entscheidung des Individuums über die Zahl der gewünschten Kinder im Mittelpunkt stehen, nicht die Begrenzung des Bevölkerungswachstums. Das Schlüsselwort lautet Selbstbestimmung. Auf diese Position hat sich die internationale Gemeinschaft schon 1994 auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo geeinigt. Selbstbestimmung dient seitdem als Leitlinie in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wie auch in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Für mehr Selbstbestimmung sind Rahmenbedingungen nötig, die Frauen und Paaren diese Entscheidungsfreiheit ermöglichen. So müssen sie über ausreichend Informationen über die Möglichkeiten der Familienplanung verfügen und Zugang zu modernen Methoden der Empfängnisverhütung haben. Tatsächlich haben weltweit nur drei von vier Frauen, die mit modernen Methoden verhüten möchten, dazu auch die Möglichkeit.

In Afrika beispielsweise haben derzeit etwa 58 Millionen Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren einen ungedeckten Bedarf an modernen Verhütungsmethoden. Das bedeutet, dass sie eine Schwangerschaft vermeiden möchten, aber keine moderne Verhütungsmethode nutzen oder sich auf weniger wirksame traditionelle Methoden verlassen. Ein verbesserter Zugang zu Familienplanung – wie etwa in Ruanda über eine gemeindebasierte Krankenversicherung – könnte hier Abhilfe schaffen.

Chancen des demographischen Wandels nutzen

Die Phasen des demographischen Übergangs können Gesellschaften – junge wie ältere – gestalten und als Chance für einen Entwicklungsschub nutzen. Nachdem die Geburtenrate von einem hohen Niveau aus zu sinken begonnen hat, durchläuft eine Gesellschaft nach einiger Zeit eine Phase mit einem besonders günstigen Verhältnis zwischen Personen im Erwerbsalter sowie Jungen und Älteren. Dabei nimmt der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu, was Potenziale für wirtschaftliche Entwicklung eröffnet. Viele der ärmsten Länder mit großen jungen Geburtsjahrgängen befinden sich am Anfang dieses „Fensters für Entwicklung“ oder haben es noch vor sich.

Catherina Hinz ist geschäftsführende Direktorin und Vorstand des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Der afrikanische Inselstaat Mauritius konnte dank eines starken Rückgangs der Geburtenraten in den 1960er und 1970er Jahren bereits in den 1980er Jahren von der wirtschaftlich günstigen Altersstruktur profitieren. Während Mauritius diese bereits in eine Dividende – also einen demographiebedingten Entwicklungsschub – ummünzen konnte, liegt der „demographische Bonus" für die meisten anderen afrikanischen Länder noch in weiter Ferne.

So kann Niger – das Land mit dem aktuell höchsten Bevölkerungswachstum weltweit – frühestens um 2080 auf einen solchen Bonus hoffen. Länder wie Tunesien, die früh umfassend in Bildung, Gesundheit und Frauenförderung investiert und das „demographische Fenster" bereits um die Jahrtausendwende erreicht haben, müssen nun ausreichend Arbeitsplätze für die nachwachsenden Generationen schaffen, denn eine Dividende stellt sich nicht von selbst ein.

Ob und in welchem Umfang die Wirtschaft wächst, hängt neben der Altersstruktur von einer Reihe von weiteren Faktoren ab. Einer davon, der Bildungsstand der Bevölkerung, hat sich als besonders relevant erwiesen.

Deshalb hat sich das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) mit Trends von formalem Bildungserwerb und Frauenerwerbsbeteiligung im subsaharischen Afrika beschäftigt und zeigen können, dass längere Zeiten der formalen Ausbildung zu einer deutlich steigenden Frauenerwerbsbeteiligung geführt haben. Ebenso wurde in der einschlägigen Studie gezeigt, dass zunehmende Bildung vermehrt mit Tätigkeiten außerhalb der Landwirtschaft einhergeht.

Alterung: in vielen Ländern schon Realität

Im weiteren Verlauf des demographischen Übergangs verschiebt sich die Altersstruktur der Bevölkerung weiter: Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter geht zurück, dafür steigt der Anteil der Älteren. Den höchsten Anteil an Personen im Alter 65 Jahre oder älter weisen heute Länder in Europa und Nordamerika sowie Japan auf, die geringsten Anteile Länder in Afrika südlich der Sahara. In vierzig Jahren wird nach den Vorausberechnungen der UN knapp jeder fünfte Mensch auf der Welt 65 Jahre oder älter sein.

Alternde Bevölkerungen sehen sich in der Regel besonderen Herausforderungen hinsichtlich des Angebots an Arbeitskräften und der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme gegenüber. Sobald der Anteil der Älteren gegenüber den Menschen im Erwerbsalter steigt, geraten die Sozial- und Rentensysteme zunehmend unter finanziellen Druck. Viele hochentwickelte Länder sind inzwischen auf Einwanderer angewiesen. In Deutschland zum Beispiel steigt die Zahl der Einwohner nur aufgrund von Migration.

In einzelnen Ländern kann Einwanderung die gesellschaftliche Alterung verlangsamen. In Deutschland etwa gleicht sie derzeit das Geburtendefizit aus und verschiebt den Rückgang der Bevölkerung auf einen Zeitpunkt in der Zukunft. In der Summe bedürfte Europa einer hohen Einwanderung, um die aktuellen Alterungsprozesse aufzuhalten.

Ein anhaltend niedriges Geburtenniveau unter dem „Bestandserhaltungsniveau“ und in der Folge ein Geburtendefizit werden allerdings in immer mehr Regionen der Welt die Realität sein. Damit verringert sich auch die Zahl der Länder, die als potenzielle Herkunftsgebiete für Migranten dienen können.

Länder mit noch vergleichsweise junger Bevölkerung haben die Chance, sich auf künftige Alterung vorzubereiten – die Trägheit demographischer Entwicklungen eröffnet langfristige Planungshorizonte.

Gleichzeitig stehen Länder mit noch vergleichsweise niedrigem Durchschnittseinkommen vor der Aufgabe, finanzielle und planerische Vorsorge für eine zukünftige Alterung vorzunehmen und zeitgleich in eine noch wachsende junge Bevölkerung zu investieren – vor allem in Gesundheit, Bildung, Gleichberechtigung und Jobs.

Was den demographischen Übergang beschleunigen kann

In armen Ländern muss die Gesundheitsversorgung verbessert werden, da es Krankenhäusern an Technik, gut ausgebildetem Personal und Medikamenten fehlt. Für diejenigen Staaten, in denen die Bevölkerung heute noch stark wächst, ist es schon eine Herausforderung, auch nur die bestehende Gesundheitsversorgung für die wachsende Zahl an Menschen aufrechtzuerhalten.

Diese Länder sind gefangen in einem Teufelskreis: Je stärker die Bevölkerung wächst, desto schwieriger wird es, den Menschen Schulbildung, Berufsperspektiven und eine ärztliche Grundversorgung zu bieten, was langfristig wiederum Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung nimmt. Denn erfahrungsgemäß sinkt das Bevölkerungswachstum, wenn sich die Lebensbedingungen verbessern.

Es gibt auch gute Nachrichten: In Ruanda hat die Regierung 45.000 Ärzte und Pfleger ausgebildet, die in abgelegenen Dörfern Kinderkrankheiten behandeln, über Familienplanung informieren und sich um das Wohlergehen von Müttern und Neugeborenen kümmern. Die Mütter- und Kindersterblichkeit ist mittlerweile um rund 30 Prozent gesunken. Und wenn weniger Kinder sterben, werden erfahrungsgemäß nach einer Weile auch weniger geboren.

Wie hoch die durchschnittliche Kinderzahl ist, hängt vor allem mit dem Bildungsstand von jungen Frauen zusammen. Mit steigender Bildung wachsen ihre Möglichkeiten, selbstbestimmt und gleichberechtigt zu entscheiden, wie sie ihr Leben führen wollen. In der Regel bringen sie dann später und insgesamt weniger Kinder zur Welt: In Tansania bekommen Frauen mit Sekundarschulabschluss im Schnitt 3,6 Kinder, mit Grundschulabschluss sind es 5,1 und ohne Schulabschluss 6,4 Kinder.

Der Aufbau sozialer Grundsicherungssysteme ist ebenfalls eine wichtige bevölkerungspolitische Maßnahme. Geldtransfers und kostenlose Kranken- oder Rentenversicherungen versprechen, die Bedürftigsten aus der Armut zu holen, Fortschritte bei der Ernährung, Gesundheit und Bildung zu beschleunigen, die Selbstbestimmung der Frauen zu stärken und den demographischen Wandel voranzutreiben. Nötig sind insbesondere Sozialversicherungen für junge Erwerbstätige, die im informellen Sektor arbeiten.

Angesichts der großen Jugendgeneration, die jetzt auf den Arbeitsmarkt strömt, sollten afrikanische Regierungen vor allem Sozialversicherungen für junge Erwerbstä-

tige stärker in den Blick nehmen. Ein Großteil der jungen Menschen arbeitet im informellen Sektor – ohne jegliche Absicherung.

Ob sie sich bei Krankheit, Verlust des Jobs oder im Alter absichern können oder nicht, wird sich nicht nur auf ihre Zukunftschancen, sondern auch auf ihre Familienplanung auswirken. Das Gleiche gilt auch für die Aussicht auf eine soziale Absicherung im Alter: In Namibia hat eine Grundrente von rund 80 Dollar im Monat dazu geführt, dass Frauen dort heute im Schnitt ein Kind weniger zur Welt bringen. Wo Menschen im Alter eine Rente erhalten, sind sie nicht mehr auf die Versorgung durch möglichst viele Kinder angewiesen.

Lebensbedingungen und Verhalten

Heutige Investitionen in die Gesundheit, Bildung und Zukunftsperspektiven der Jugendgeneration in Afrika, die an der Schwelle zum Erwachsenenalter steht, werden mit darüber entscheiden, wie sich die Weltbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten entwickelt. Es ist die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit, die Partnerländer im Sinne einer gemeinsamen nachhaltigen Zukunft und menschlichen Entwicklung für alle dabei zu unterstützen.

Letztendlich geht es darum, heutigen und zukünftigen Generationen in Ländern jeglichen Entwicklungsstands nachhaltige Entwicklung und Lebensbedingungen zu ermöglichen. Dass dies auch zu einem Ende des globalen Bevölkerungswachstums führen wird, sollte nicht das Hauptziel menschlicher Entwicklung sein. Der Fokus auf die absolute Größe der Weltbevölkerung lenkt davon ab, was die eigentlichen Probleme für ein nachhaltiges Leben und Wirtschaften auf der Erde darstellen: vergangene und gegenwärtige nicht nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster in den (hoch-)entwickelten Ländern.

12 Gut leben in Deutschland

Von Katja Patzwaldt, C. Katharina Spieß und Gert G. Wagner

Veröffentlicht in der FAZ am 14.08.2023

Geht es darum, Wohlstand zu erfassen und zu vergleichen, ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach wie vor der dominierende Maßstab. Erfasst werden dazu der Wert aller im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen. Freilich gehen in das Bruttoinlandsprodukt auch Elemente ein, welche die Lebensqualität einer Gesellschaft mindern können, etwa die Ausgaben für Zigarettenwerbung oder die Treibstoffkosten für das Pendeln zur Arbeit, das der Lebenszufriedenheit nicht unbedingt förderlich ist. Darüber hinaus sagt das Bruttoinlandsprodukt nichts über das Ausmaß von Armut oder Einkommensungleichheit, über den Stand der familiären Kinderbetreuung oder über ehrenamtliche Dienstleistungen aus.

Eine alleinige Betrachtung der Wirtschaftsleistung eines Landes reicht also nicht aus, um den Wohlstand oder die Lebensqualität in einer Gesellschaft zu messen. Denn es sind viele verschiedene Facetten, die den Wohlstand einer Gesellschaft ausmachen. Diese Erkenntnis ist nicht sonderlich originell. John Stuart Mill schrieb schon 1848 von der Bedeutung der Wohlstandsmessung jenseits wirtschaftlicher Maßzahlen: “When a country has reached a reasonable economic level, it is time to stabilise the economy and rather focus on quality of life.

Auch der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ ist mittlerweile der Ansicht, dass das BIP um weitere Indikatoren ergänzt werden müsse. „Ganzheitliche Wohlfahrt“ soll der Maßstab sein, der auch die ökologische und soziale Nachhaltigkeit des Wirtschaftens statistisch abbilden kann. Darunter summieren die „Wirtschaftsweisen“ neben Einkommen auch Lebensqualität, Umweltbedingungen, Bildungsstand, politische Mitsprache und soziale Kontakte. All das gehört zu dem, was ein breiter Wohlstandsbegriff umfasst.

Allerdings ist es nicht einfach, diesen Begriff in statistische Messungen umzusetzen, die zudem so eingängig sind wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das aus nur einer Zahl besteht. Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Akteure haben deswegen in den vergangenen Jahrzehnten versucht, diese Aufgabe mit unterschiedlichen Ansätzen zu lösen.

Eine Enquetekommission des Bundestags hat bereits vor zehn Jahren Indikatoren im Dreiklang des materiellen Wohlstands, sozialen Zusammenhalts und der Ökologie definiert, mit denen sich analog zu den Nachhaltigkeitszielen der UN die Entwicklung der Gesellschaft sinnvoll beobachten lässt. Dieses sogenannte „W3-Indikatoren“-Konzept ähnelt auch dem Better-Life-Index der OECD. Dieser erfasst elf Facetten der materiellen Lebensbedingungen, etwa die Wohnsituation, das subjektive Gefühl der Sicherheit oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Im Jahr 2016 entwickelte das Bundeskanzleramt unter Angela Merkel mit dem Indikatoren-Tableau „Gut leben in Deutschland“ ein weiteres Statistiksystem, um Politik besser an einem breiten Wohlstandsbegriff auszurichten. Der Bericht der damaligen

Dr. Katja Patzwaldt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am BiB.

Bundesregierung zur Lebensqualität beschreibt in zwölf Dimensionen mit 46 Indikatoren die Lebensqualität. Sie reichen von der Lebenserwartung bei Geburt über Vertrauen in die Polizei bis hin zur Energiequalität. Neben den Ergebnissen eines sechsmonatigen Bürgerdialogs hat die Bundesregierung damals Erkenntnisse der Forschung und den Bericht der Enquetekommission des Bundestages zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ berücksichtigt.

Die fast 50 Indikatoren haben allerdings keine klar erkennbare und erst recht keine messbare politische Wirkung entfaltet. Das liegt zum einen an der großen Zahl, zum anderen aber auch daran, dass sich die Politik nicht selbst verpflichtet hat, diese Indikatoren regelmäßig zu aktualisieren und auch politisch zur Diskussion zu stellen – ein Vorschlag, den die Enquetekommission des Bundestages für ihr eigenes Konzept gemacht hatte. Auch die 34 Indikatoren, die die Ampelregierung seit 2022 nachrichtlich in einem Sonderkapitel des Jahreswirtschaftsberichts darstellt, zeigen bisher kaum eine breite messbare Wirkung.

Wir gehen auf diesen zentralen Aspekt der Wirkung am Schluss dieses Beitrags noch einmal ein. Zunächst begründen wir unseren Vorschlag, die mit Bevölkerungsumfragen messbare Lebenszufriedenheit der Menschen als den zentralen Indikator zur Erfassung von Wohlstand zu nehmen. Dabei leitet uns die Überzeugung, dass der Indikator „Lebenszufriedenheit“ aufgrund seiner Einfachheit, analog dem BIP, die politische Diskussion – auch im Bereich der Demographiepolitik – zielgerichteter und wirksamer macht. Traditionell nutzt die Forschung eine ganze Reihe von Indikatoren, um Bevölkerungsentwicklungen zu beschreiben, etwa die Geburtenrate, die Ein- und Auswanderungsströme, die Lebenserwartung und auch das Bildungsniveau. Sie spiegeln zu einem gewissen Grad bereits Wohlstand wider, wenn wir zum Beispiel daran denken, dass eine längere Lebensdauer zwangsläufig auch das Ergebnis eines gut funktionierenden Gesundheitssystems ist, welches auf Basis unseres wirtschaftlichen Wohlstands finanziert wird.

Das Beispiel der Lebenserwartung verdeutlicht aber auch, dass rein demographische Parameter nicht ausreichen, um Wohlstand zu beschreiben. Denn es sagt nichts darüber aus, ob ein Leben von neunzig oder hundert Jahren mit einer zufriedenstellenden Lebensqualität einhergeht oder nicht. Deswegen hat die Wissenschaft das Konzept der „gesunden Lebensjahre“ entwickelt: Dieses Maß misst die Zahl der Jahre, die eine Person in guter gesundheitlicher Verfassung lebt.

Ein weiteres Beispiel ist die Geburtenrate. Im Sinn einer modernen Familienpolitik geht es nicht darum, eine bestimmte Geburtenzahl zu erreichen, auch wenn die Bevölkerungsforschung traditionell beschreibt, was ein sogenanntes bestandserhaltendes Niveau ist, was wiederum eine entsprechend hohe Geburtenrate als wünschenswert suggeriert. Im Fokus der Politik steht hingegen das Ziel, dass Menschen ihre Lebensvorstellungen mit Kindern oder ohne Kinder möglichst gut realisieren können. Deswegen beschäftigt sich die Bevölkerungsforschung auch damit, ob Menschen etwa aufgrund einer schlechten Vereinbarkeit von Beruf und Familie ihre grundsätzlich vorhandenen Kinderwünsche aufgeben.

Die Bevölkerungsforschung stellt sich in diesem Kontext aber auch die Frage, ob beispielsweise das größere Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten hierzulande dazu geführt hat, dass wieder mehr Kinder geboren wurden oder es zu weniger Schwangerschaftsabbrüchen kam. Und sie fragt, ob ein gestiegenes Kitaangebot die Zufriedenheit damit steigert. Die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung ist demnach ein Indikator, um die (Nicht-)Verwirklichung von Kinderwünschen zu erklären.

Zudem kann das Bildungsniveau einer Bevölkerung als Wohlstandsmaß angesehen werden. Je höher die Bildung, umso höher der Wohlstand, denn ein höheres Bildungsniveau ist mit einem höheren technischen Fortschritt sowie einer höheren Produktivität und damit im Prinzip besseren Lebenschancen verbunden – und in der Tat steigt die Lebenszufriedenheit mit dem Bildungsniveau. Mehr wirtschaftlicher Wohlstand verbessert zudem die Bildungschancen von Kindern – auch das ist hinlänglich bekannt, wenn man an den Zusammenhang von elterlichem Einkommen und dem Bildungsniveau von Kindern denkt.

All diese Beispiele zeigen, dass und wie Wohlstand und demographische Ereignisse wie Geburt, Ein- oder Auswanderung oder Tod auf vielfältige Weise verknüpft sind. Wie kann es trotzdem gelingen, all dies mit einem einfachen, aber zugleich umfassenden Wohlstandskonzept – analog dem BIP – zu beschreiben und zu erklären?

Hinter dem Bruttoinlandsprodukt steht ein abstraktes Konzept, nämlich das des Nutzens, der von Gütern und Dienstleistungen gestiftet wird. Das BIP misst diesen Nutzen indirekt als Einkommen, das erzielt wird. Ein analoges Konzept zur Messung von Wohlstand kann die „allgemeine Lebenszufriedenheit“ sein. Dieses subjektive Maß drückt unmittelbarer als das Einkommen den Nutzen aus, den wir aus Gütern und Dienstleistungen ziehen.

Tatsächlich ist die Lebenszufriedenheit in der sogenannten positiven Psychologie weltweit als ein Maß des guten Lebens etabliert. Neben der Psychologie hat es Eingang in die Breite der Sozialwissenschaften, inklusive der Ökonomie, gefunden. Die Messung ist denkbar einfach, aber äußerst aussagekräftig: Repräsentativ ausgewählte Personen werden gebeten, eine Antwort auf die Frage zu geben „Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben?“. Die Antworten werden in der Regel mit Hilfe einer 11er-Skala gemessen, die von null (für „ganz und gar unzufrieden“) bis zehn läuft (für „ganz und gar zufrieden“). Sozialwissenschaftliche Erhebungen weltweit erfassen so das individuelle Wohlbefinden. Zudem werden zusätzlich sogenannte bereichsspezifische Zufriedenheiten erfasst, wie zum Beispiel die Zufriedenheit mit der Familie, dem Einkommen oder dem Beruf.

Die Lebenszufriedenheit, die nicht zu verwechseln ist mit spontanen Glücksgefühlen, unterscheidet sich nach Alter und Geschlecht, nach Familienstand, Gesundheitszustand, Bildungsniveau und nach vielen anderen sozioökonomischen und -demographischen Faktoren. Nach allen bisherigen Erkenntnissen ist sie auf individueller Ebene über das Erwachsenenleben hinweg relativ konstant, denn das Bildungsniveau, das man erreicht hat, spielt eine große Rolle. Allerdings sinkt sie bei einschneidenden Lebensereignissen wie einer Trennung oder einer Verwitwung, und dies zumindest für einige Jahre; bei chronischer Krankheit sinkt sie auf Dauer.

Nicht ganz einfach ist es, die individuelle Lebenszufriedenheit aus eigener Kraft dauerhaft zu steigern. So hält der Anstieg der Zufriedenheit nach einer Heirat oder nach einer Geburt nur kurz an. Mit sinnerfüllenden Gedanken und Tätigkeiten, etwa durch soziale Aktivitäten, kann man seine Lebenszufriedenheit als Erwachsener anhaltend erhöhen. Dazu passt, dass Erwerbstätige dauerhaft zufriedener mit dem Leben sind als Arbeitslose.

Die Gesellschaft als Ganzes spielt auch eine Rolle und eben auch die von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen, zum Beispiel die Infrastruktur in der direkten Nachbarschaft, aber auch Presse- und Meinungsfreiheit oder konkrete finanzielle Unterstützung, etwa durch Elterngeld oder Kurzarbeitergeld.

Das Wohlbefinden, erfasst über die allgemeine Lebenszufriedenheit, ist außerdem ein kommunikativ eingängiges und forschungsökonomisch gut zu erfassendes Maß, dessen Validität vielfach geprüft und bewiesen wurde. Denn Fragen über Wohlbefinden beantworten die meisten Personen gerne. Kurzum: Die (erfragte) Lebenszufriedenheit ist die lange gesuchte Ergänzung zum BIP, und das auch aus praktischer Sicht. Ergebnisse können sehr schnell vorliegen – im Gegensatz etwa zum Einkommen, bei dem viele Befragte Antworten verweigern. Einkommensdaten müssen daher aufwendig aufbereitet werden.

Wie steht es nun um die Lebenszufriedenheit in Deutschland? In den vergangenen drei Jahrzehnten vor dem Ausbruch der Coronapandemie ist sie gestiegen. Allerdings verlief dieser Anstieg nicht linear, sondern in Wellenbewegungen. Ein Rückschlag war etwa die Finanzkrise der Jahre 2008/2009.

Nach der Wiedervereinigung gab es in Ostdeutschland viel Aufbruchstimmung. Mit dem baldigen wirtschaftlichen Einbruch sank dort die Lebenszufriedenheit sehr deutlich. Heute liegt sie noch immer nicht ganz auf dem westdeutschen Niveau. Niedriger ist insbesondere die Zufriedenheit mit dem Einkommen. Eine Ausnahme bildet die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung. Sie ist im Osten höher als im Westen.

Ein Anstieg der Lebenszufriedenheit war auch in vielen anderen Ländern der EU zu beobachten. Deutschland lag bei der Lebenszufriedenheit in der Vor-Corona-Zeit im Mittelfeld, ist im Verlauf der Pandemie jedoch nach hinten gerutscht. Laut Eurostat betrug die Lebenszufriedenheit im Durchschnitt der EU-Länder im Jahr 2022 7,1 auf der besagten Skala von null bis zehn. Deutschland lag mit 6,5 etwas darunter. Am zufriedensten waren die Österreicher mit einem Mittelwert von 7,9. Auf den Plätzen danach folgten Polen, Rumänien und Finnland. Schlechter als Deutschland schnitt etwa Bulgarien mit einer mittleren Lebenszufriedenheit von 5,6 ab.

Insbesondere in der Coronapandemie hat sich gezeigt, wie größere Veränderungen die Lebenszufriedenheit beeinflussen. Während der Pandemie ist sie vor allem in Familien mit niedrigerem Bildungsniveau und mit geringem Einkommen gesunken – insbesondere bei Frauen mit Kindern. Besonders stark war der Einbruch in den Phasen, als Kitas und Schulen geschlossen waren. Entsprechend nahm die Zufriedenheit wieder zu, sobald die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wieder öffneten.

Dieser Befund mag nicht überraschen. Aber mit der Lebenszufriedenheit konnte die Belastung durch Schließungen valide empirisch erfasst und differenziert in ihrem Ausmaß beobachtet werden. Heute weiß man, dass Gruppen mit hoher Belastung mehr Unterstützung nötig gehabt hätten. Das wäre schon damals klarer gewesen, wenn man seitens der Politik differenzierter auf die erfragte Lebenszufriedenheit geachtet hätte.

Prof. Dr. C. Katharina Spieß ist Direktorin des BiB und lehrt Bevölkerungsökonomie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Prof. Gert G. Wagner ist Fellow am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und BiB Fellow.

Wie erwartet haben sich Veränderungen der Lebenszufriedenheit während der Coronapandemie auch in familiendemographischen Ereignissen niedergeschlagen. Beispielsweise ging die Zahl der Geburten zurück. Denn die Entscheidung für ein Kind korreliert sehr deutlich mit der Lebenszufriedenheit. So zeigen Studien, dass Frauen, die sich ein Kind wünschen, sich von denjenigen Frauen, die kinderlos bleiben, ungefähr fünf Jahre vor einer Geburt in ihrer Lebenszufriedenheit unterscheiden: Die künftigen Mütter sind mit ihrem Leben zufriedener als die Frauen, die auch später ohne Kind leben.

Bemerkenswert ist auch der Befund, dass Personen, die zu einem relativ frühen Zeitpunkt im Leben Eltern geworden sind, meist weniger zufrieden mit ihrem Leben sind. Das liegt daran, dass ein Kind nicht per se glücklich(er) macht, sondern es auch darauf ankommt, ob es gewünscht war und ob weitere Bedingungen erfüllt sind, etwa eine hohe Qualität der Partnerschaft und ein ausreichendes Einkommen. Neben der Paarsituation und der Beziehung zu den Kindern ist für die Lebenszufriedenheit der Eltern auch wichtig, wie verfügbar und wie gut die Kinderbetreuung ist. Der Ausbau der Plätze in Kitas für Kinder ab drei Jahren, wie er in den 1990er Jahren forciert wurde, hat so beispielsweise erwerbsorientierte Frauen zufriedener gemacht, nicht aber Männer.

Die Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit beeinflusst aber nicht nur die allgemeine Lebenszufriedenheit von Eltern, sondern auch die der Kinder, und das nicht nur kurzfristig. Der intergenerationale Zusammenhang zwischen der Lebenszufriedenheit der Mutter und der ihrer Kinder ist empirisch belegt. Dasselbe gilt für den positiven Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der Mutter und kindlichen Entwicklungsindikatoren. Somit lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem subjektiven Wohlbefinden der Mütter und dem Humanpotential von morgen konstatieren.

Das über die Lebenszufriedenheit gemessene individuelle Wohlergehen beeinflusst auch Wanderungsbewegungen. Vielfach erfolgt Migration mit dem Ziel, den eigenen Wohlstand zu steigern. Dies macht sich auch darin bemerkbar, dass die Lebenszufriedenheit nach Migration ansteigt, wenn auch nicht unbedingt auf Dauer. Die Zufriedenheit steigt insbesondere dann nicht nachhaltig, wenn bei internationaler Migration enge Familienangehörige im Heimatland zurückbleiben. Wir wissen aus der Forschung aber auch, dass weniger zufriedene Menschen eher daran denken, ihre Heimat zu verlassen, sie aber oft weniger finanzielle Mittel haben, um diesen Wunsch zu realisieren. So kann es zu einem „happiness drain“ (gemeint ist „Zufriedenheitsverlust“) kommen, da es sich in ärmeren Ländern eher zufriedene Menschen leisten können zu migrieren. Bemerkenswert ist auch, dass die subjektive Zufriedenheit Migration besser voraussagt als beispielsweise Erwartungen über Karriereaussichten oder vieles andere.

Auch in Hinblick auf das Altern zeigen sich vielfache Verbindungen zwischen Lebenszufriedenheit und Lebenserwartung. Eine hohe Lebenszufriedenheit verlängert die Lebenserwartung und zugleich auch die aktive Lebenszeit. Das haben zum Beispiel Lebensverlaufsdaten für Großbritannien und Japan gezeigt.

Die Coronazeit hat abermals verdeutlicht, dass eine Beschreibung des rein wirtschaftlichen Wohlstands nicht ausreicht, um zu wissen, wie es der Bevölkerung geht und wo sie besondere Belastungen wahrnimmt. Für eine Politik, die nicht mit der Gießkanne arbeiten will, sind Durchschnittswerte nicht ausreichend. Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen Gruppen und Regionen können deshalb wertvolle Hinweise für die Politik geben, wo wer gezielter unterstützt werden sollte und wo weniger dringende Bedarfe vorliegen. Die Analyse eines „Wellbeing Gaps" als der Differenz im Wohlbefinden von zwei Gruppen kann somit eine wichtige Grundlage für die Gestaltung von Politik sein. Würden die Unterschiede detailliert beschrieben, hätte die Politik neben der Demoskopie aktuelle Anhaltspunkte dafür, wo ein Handlungsbedarf besteht – immerhin werden ganze Politikfelder auf anderen „Gaps" aufgebaut, den „Gender Pay Gap", den „Education Gap" oder anderen Unterschieden, zum Beispiel in der Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit.

Die Lebenszufriedenheit alleine sollte jedoch nicht der einzige Wohlstandsindikator sein. Vielmehr muss sie in Verbindung mit anderen Indikatoren zur Erfassung eines „guten Lebens" auf der Basis repräsentativer Daten erhoben werden. Zur Beschreibung all dieser Faktoren liegen in Deutschland einige Surveys vor. Sie sollten systematisch(er) analysiert werden anstatt immer wieder neue Befragungen für neue Zwecke zu veranstalten und sie zu beenden, sobald das Interesse an ihnen erloschen ist. Stattdessen sollte die existierende sozialwissenschaftliche Dateninfrastruktur auch zur Beschreibung und Entwicklung des Wohlbefindens wie auch des demographischen Wandels verwendet werden.

Überlegenswert wäre es auch, ob in die jährliche Haushaltsbefragung des Statistischen Bundesamtes, dem amtlichen Mikrozensus, eine Frage aufgenommen werden könnte, die die Zufriedenheit erfasst. Die große Stichprobe – sie erfasst ein Prozent der Bevölkerung, also mehr als 800.000 Personen – liefert belastbare und zugleich differenzierte Ergebnisse, selbst für kleine und schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen. Aber selbst die systematische, regelmäßige und differenzierte Erfassung der Zufriedenheit auf repräsentativen Datensätzen wäre allein nicht ausreichend, um Empirie wirkmächtig zu machen. Das haben die vergangenen Jahrzehnte deutlich gezeigt. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität", die 2013 ein Indikatorensystem zur Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität vorschlug, empfahl deswegen eine (Selbst-)Verpflichtung der Bundesregierung. Sie sollte idealerweise per Gesetz festschreiben, dass sie zu einem durch Indikatoren regelmäßig ausgewiesenen Stand von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in konsistenter Weise explizit Stellung bezieht. Beim BIP ist das der Fall: Im Jahreswirtschaftsbericht muss die Bundesregierung zum Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen Stellung beziehen. Die von der Ampelregierung in einem Sonderkapitel des Jahreswirtschaftsberichts ausgewiesenen 34 „Wohlfahrts"-Indikatoren werden dagegen nicht systematisch politisch kommentiert.

Eine über wirtschaftliche Belange hinausgehende, regelmäßige und forschungsbasierte Berichterstattung über das individuelle Wohlergehen, verdichtet in der erfragten Lebenszufriedenheit und damit unseren Wohlstand, würde der Politik zeigen, wie es um den Wohlstand in Deutschland bestellt ist – nicht nur, aber eben auch für die Demographiepolitik. Dabei darf es eben nicht nur darum gehen, wie groß, alt, bunt, mobil und wie gebildet unsere Bevölkerung ist. Es muss auch darum gehen, wie gut es ihr geht, denn das beeinflusst auch, wie sich der demographische Wandel entwickelt hat und künftig entwickeln wird.